

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 27. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Kaiser gegen das Volk!

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeige und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wilhelm II. hat wieder gesprochen, zum erstenmal seit dem der Novembersturm durch Deutschland gebrannt ist. Und jedes Wort dieser Rede beweist, daß der elementare und einstimmige Protest des deutschen Volkes gegen das persönliche Regiment zu schwach war, um auf Wilhelm II. Eindruck zu machen, beweist, daß Wilhelm II. aus jenen Tagen zu lernen nicht willens ist.

Was Wilhelm II. diesmal gesprochen, klingt wie eine Antwort auf jene Forderung, die Grenzen einzuhalten, die dem deutschen Kaiser durch die Verfassung gezogen sind, und diese Antwort auf das Verlangen des deutschen Volkes ist ein schroffes und herausforderndes Nein.

Wilhelms II. Rede ist ein offenes Bekenntnis zum Absolutismus, die offene Proklamation des Gegensatzes, der zwischen dem Willen des Kaisers zur Alleinherrschaft und dem Willen des Volkes nach Selbstregierung besteht. Die Klust, die in den Novembertagen sichtbar ward, ist wahrlich nie überbrückt worden. Sie ist heute breiter und tiefer als je zuvor!

Die Rede Wilhelms II. ist vom offiziellen Depeschbüro verbreitet worden und lautet folgendermaßen:

„Es liegt mir am Herzen, den Herren der Provinz der Freude Ihrer Majestät und meiner Ausdruck zu geben, daß wir wiederum in den Grenzen dieses schönen Landes uns befinden und daß wir von Seiten der Bürgerchaft unserer treuen Königstadt und der Provinz in so begeisterter Weise empfangen worden sind. Die Stimmung, die in diesen Tagen in Königsberg zum Ausdruck kommt, ist der Beweis dafür, daß ganz besonders innige Bande Stadt und Provinz mit unserem Hause verbinden. Und in der Tat, wenn man zurückblickt auf die Geschichte des Landes und des Hauses, so ergibt sich daraus, daß große und bedeutende Abschnitte beiden gemeinsam sind. Hier war es, wo der Große Kurfürst

aus eigenem Recht

zum souveränen Herzog in Preußen sich machte, hier setzte sich sein Sohn die Königskrone auf Haupt, und das souveräne Haus Brandenburg trat damit in die Reihe der europäischen Mächte ein. Friedrich Wilhelm I. stabilisierte hier seine Autorität „wie einen rocher de bronze“, unter Friedrich dem Großen hat die Provinz Freude und Leid seiner Regierung geteilt, dann kam die schwere Zeit der Prüfung. Der große Soldatenkaiser der Franzosen residierte hier im Schloß und ließ, nachdem Preußens Macht zusammengebrochen war, seine erdarmungslose Hand Stadt und Land fühlen. Hier wurde aber auch der Gedanke der Erhebung und der Befreiung des Vaterlandes am ersten zur Tat. Auf Taurroggen folgte der begeisterte Beschluß des preussischen Provinziallandtages, als der alte eiserne Hock die Herren mit flammender Rede begeisterte, das Werk der Befreiung zu beginnen. Und hier setzte sich mein Großvater wiederum aus eigenem Recht die preussische Königskrone auf Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie

von Gottes Gnaden allein

ihm verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflichten versehe. Und mit dieser Krone geschmückt, zog er, vor 40 Jahren, ins Feld, um zu ihr noch die Kaiserkrone zu erringen. Fürwahr, was für ein Weg bis zu dem berühmten Telegramm des Kaisers an meine selige Großmutter: „Welche Wendung durch Gottes Fügung!“ Dieses Bild würde jedoch unvollkommen sein, wenn ich nicht einer Figur gedächte, die besonders in diesem Jahre das preussische, und ich kann wohl sagen, das deutsche Volk beschäftigt und von neuem gepackt hat. Es ist die Zeit unseres Zusammenbruchs und unserer Erhebung gar nicht denkbar ohne die Gestalt der Königin Luise! Auch die Stadt Königsberg und die Provinz Ostpreußen hat diesen Engel in Menschengestalt unter sich wandeln gesehen, ist von ihr beeinflusst worden und hat auch mit ihr so schweres Leid getragen. Die hohe Königin ist von vielen Seiten eingehend geschätzt worden, und unser Volk hat sich in dankbarer Erinnerung mit ihr beschäftigt. Aber ist meine, das eine kann nicht genug hervorgehoben werden, daß in dem allgemeinen Zusammenbruch unseres Vaterlandes, wo selbst Staatsmänner und Heerführer alles für verloren gaben, die Königin die einzige gewesen ist, die nie einen Augenblick an der Zukunft des Vaterlandes gezweifelt hat. Sie hat durch ihr Beispiel, durch ihre Tüchtigkeit, durch ihr Jureden und durch die Erziehung ihrer Kinder dem Volk den Weg gewiesen, auf dem es sich wiederfinden konnte. Sie hat die Umkehr zur Religion und damit die Umkehr zur Selbsterkenntnis und zum Selbstvertrauen gewiesen. Sie hat unser Volk angefeuert zu dem Gedanken, sich wieder um den König zu scharen und die Freiheit zurückzugewinnen. Und als sie — eine hohe Märtyrerin — verblüht war, und die Begeisterung im Lande aufkam, und alt und jung zu den Waffen griff, um die Unterdrücker aus dem Lande zu treiben, da ist sie im Geiste vor den Fahnen hergeschritten und hat den Mut der Krieger belebt, daß das große Werk vollbracht werden konnte. Was lehrt uns die hohe Figur

der Königin Luise? Sie lehrt uns, daß, wie sie einst ihre Söhne vor allen Dingen mit dem einen Gedanken erfüllt hat, die Ehre wiederherzustellen, das Vaterland zu verteidigen, wir Männer alle kriegerischen Tugenden pflegen sollen; wie in der Zeit der Erhebung jung und alt herbeiströmte und das Letzte hergab, wie selbst Frauen und Mädchen ihr Haar nicht schonten, so sollen auch wir stets bereit sein, um vor allem

unsere Rüstung

lückenlos zu erhalten, im Hinblick darauf, daß unsere Nachbarmächte so gewaltige Fortschritte gemacht haben. Denn nur auf unserer Rüstung beruht unser Friede. Und was sollen unsere Frauen von der Königin lernen? Sie sollen lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiet des Versammlungs- und Vereinswesens liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleich tun können, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie. Sie sollen die junge Generation erziehen, vor allen Dingen zum Gehorsam und zum Respekt vor dem Alter! Sie sollen Kindern und Kindeskindern klar machen, daß es heut nicht darauf ankommt, sich auszuheben auf Kosten anderer, seine Ziele zu erreichen auf Kosten des Vaterlandes, sondern einzig und allein das Vaterland im Auge haben, einzig und allein alle Kräfte und Sinne für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen. Das ist die Lehre, die die hohe Gestalt uns überliefert hat, die unser Vaterland und die Bürgerchaft dieser Stadt auf ihrem schlichten Denkmal so schön „den guten Genius Preußens“ genannt hat. Ich hege die feste Hoffnung, daß alle hier versammelten Ostpreußen mich verstehen und daß, wenn sie wieder heimgehen zu ihrem Werk und ihrer Quantierung, sie sich von diesem Gedanken erfüllen lassen. Alles soll mitarbeiten am Wohl des Vaterlandes, gleichgültig, wer und wo er sei. Und ebenso wird für mich der Weg dieser hohen Vorbildlichen vorbildlich sein, wie er meinem Großvater vorbildlich war.

Als Instrument des Herrn

mich betrachtend,

ohne Rücksicht auf Tagesansichten und Meinungen,

gehe ich meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gewidmet ist. Aber ich bedarf hierbei der Mitarbeit eines jeden im Lande, und zu dieser Mitarbeit möchte ich auch Sie jetzt aufgefordert haben. Daß diese Bestimmung in der Provinz Ostpreußen stets herrsche und mit Ihre Hilfe in meinem Streben zuteil werden möge, darauf leere ich mein Glas. Es lebe die Provinz Ostpreußen! Hoch! Hoch! Hoch!

Die Rede des 25. August ist viel schlimmer als die Neujahrreden, die den Novembersturm entfesselt haben. Wilhelm II. bekennt sich mit einem Nachdruck, der selbst in früheren Reden nicht erreicht worden ist, zum Gottesgnadentum. In seinem Hirn, die Erkenntnis der Wirklichkeit überschattend, hat der mythische Gedanke sich eingegraben, daß er ein auserwähltes Instrument Gottes sei. Und er selbst hebt den unverföhlichen Gegensatz, in dem dieser Gedanke zu jeder wirklichen konstitutionellen Verfassung steht, mit schneidender Schärfe hervor. Aus eigenem Recht und von Gottes Gnaden sei den preussischen Königen die Krone verliehen worden, nicht aber von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen. Wilhelm II. läßt auch nicht einen Moment einen Zweifel daran aufkommen, daß diese Auffassung nicht etwa nur eine in die Irre gehende historische Betrachtung über die Entstehung des preussischen Königtums sei; er spricht vielmehr mit aller Bestimmtheit den Entschluß aus, diese Auffassung sofort in der Praxis zu betätigen und sie als seinen politischen Leitgedanken der Auffassung des deutschen Volkes entgegenzustellen. Denn ohne Rücksicht auf Tagesansichten und -meinungen will Wilhelm II. seinen Weg gehen. Als auserwähltes Instrument des Himmels ist Wilhelm II. allein offenbart, was für das deutsche Volk, das vom Himmel nicht begnadet ist, gut und nützlich ist. Minister, Parlament, die Meinung des Volkes sind nur Hindernisse und Hemmungen, die den Kaiser von Gottesgnaden nicht beirren dürfen. Es ist die Auffassung des asiatischen Despotismus, die Wilhelm II. als die seine dem deutschen Volke bietet.

Und eine solche Rede wird dem deutschen Volke gehalten, wo es kaum mehr als einundeneinhalb Jahre her sind, daß ihm das feierliche Versprechen ward, der Kaiser werde sich künftighin die nötige Zurückhaltung auferlegen. Am 17. November 1908 veröffentlichte der „Staatsanzeiger“ folgende Erklärung:

„In der heute dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte Se. Majestät der Kaiser und König einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen; er erläuterte ferner die Haltung, die er in den Verhandlungen des Reichstages über die Interpellationen eingenommen habe.

Se. Majestät der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit großem Ernste entgegen und gab seinen Willen dahin kund:

Unbeirrt durch die von ihm als ungerechtfertigt empfundenen Uebertreibungen der öffentlichen Kritik erblickte er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Demgemäß billigte Se. Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten v. Bülow seines fortwährenden Vertrauens.“

Unbeirrt durch diese Erklärung hat Wilhelm II. auf's neue den Versuch gemacht, sein persönliches Regiment als rocher de bronze zu stabilisieren. Sein Wort wird mehr vom Kaiser über die Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten verloren; Wilhelm II. hat das Blatt Papier, das Fürst Bülow ihm abgeliefert, aus eigener Machtvollkommenheit zerrissen, und die Fäden dem deutschen Volke vor die Füße geworfen. Der Pakt, mit dem die herrschenden Klassen den Gegensatz zwischen dem Absolutismus und der Verfassung zu beseitigen gehofft hatten, existiert nicht mehr. Wilhelm II., der ihn, als die Bogen des Volkzorns so hoch brandeten, unterzeichnet hatte, hat ihn nun selbst vernichtet.

Wobon aber der Kaiser des Gottesgnadentums schweigt, davon wird desto lauter und vernichtlicher das deutsche Volk reden. Als wir Sozialdemokraten erklärten, daß der Kampf gegen das persönliche Regiment nur dann erfolgreich durchgeführt werden könne, wenn die Verfassung durch organische Einrichtungen ausgestaltet und absolute Herrschaft durch gesetzliche Institutionen für immer unmöglich gemacht würden, als wir in den Versammlungen draußen und durch unsere Abgeordneten drinnen im Parlament den Reichstag drängten, durch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, durch Schaffung eines wirklichen Interpellationsrechts, durch Errichtung einer parlamentarischen Regierung dem deutschen Volke endlich jene Rechte zu erkämpfen, die alle Kulturvölker besitzen, da haben die bürgerlichen Parteien alle ohne Ausnahme vollständig versagt. Da haben sie uns auf das Versprechen Wilhelms II. als auf einen großen Erfolg verwiesen und haben abgesehen zu tun, was ihre Pflicht gewesen war. Und heute? Heute hat Wilhelm II. bestätigt, was wir Sozialdemokraten vorausgesagt, und fühner als je erhebt das persönliche Regiment sein Haupt.

Und die gleichen Gefahren kehren wieder, die uns im November 1908 bedroht haben. Wilhelm II. hat nicht nur die deutsche Verfassung mit einer nichtachtenden Handbewegung gleichsam als ein Hindernis des Gottesgnadentums abgetan. Er hat auch von neuem Worte gesprochen, die in unere auswärtige Politik föhrend eingreifen und sich auch hier in offenem Widerspruch zu den heftigsten Wünschen und dringendsten Forderungen des deutschen Volkes gesetzt. Wir wollen — und hier sprechen wir im Namen der überwältigenden Majorität des deutschen Volkes — das Aufhören des wahnwitzigen Wettrennens, wir wollen mit England eine Vereinbarung über die Flotte, und wir fordern das als das wichtigste Mittel zur Erhaltung des Friedens. Wilhelm II. aber proklamiert als seinen Willen die Fortdauer und Verstärkung der unerträglichen Rüstungen. Oesterreiches Wettrennen — das ist der letzte Schluß dieser greissenbarten Weisheit. Und diese Weisheit wird in derselben Zeit proklamiert, wo die liberale englische Regierung immer wieder verkünden läßt, daß sie nur auf ein Wort der deutschen Regierung warte, um Verhandlungen über ein Flottenabkommen zu beginnen; in derselben Zeit, in der auch in Deutschland die Stimmen für Vernunft in der auswärtigen Politik sich mehrten. Es ist kein Zweifel, daß die Wirkung der Kaiserrede in England die denkbar ungünstigste sein muß. Bedeutet sie doch nichts anderes als die Ausrufung neuer Heeresvorlagen, neuer Flottenvorlagen! Klingt doch die ganze Rede fast wie die Drohung mit einem Militärkonflikt!

Und da taucht denn die Frage auf, ob diese Ankündigung ohne Antwort bleiben soll. Noch haben wir eine deutsche Verfassung, noch einen verantwortlichen Minister. Was meint Herr v. Bethmann Hollweg, der Kanzler des Deutschen Reiches, zu dieser Rede? Hat er ihren Wortlaut gekannt und ist er bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen? Oder hat er nichts von dieser Rede gewußt und ist er bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen, zu denen sich Fürst Bülow im Reichstage verpflichtet hat, als er erklärte, die Krone werde sich künftighin mehr Zurückhaltung auferlegen; wäre dem nicht so, könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung dafür tragen.“

Diese ernste Frage kann nicht unbeantwortet bleiben und sie muß beantwortet werden vor dem Forum, das dazu von der Verfassung bestimmt ist.

Wir fordern die Einberufung des Deutschen Reichstages!

Wilhelm II. hat das persönliche Regiment proklamiert, der Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, hat die unabweisliche Pflicht, den Fehdehandschuh aufzunehmen und der Krone die verfassungsmäßigen Grenzen anzuweisen.

Das ist keine sozialdemokratische Forderung, das ist eine Forderung der bürgerlichen Parteien. Wir Sozialdemokraten sind Republikaner und die neueste Rede des Kaisers wird die Anhänger der republikanischen Staatsform um viele Tausende vermehren. Eine Pflicht des Bürgertums aber ist es, die deutsche Politik im Innern und nach außen nicht zum Spielball eines Einzigen werden zu lassen, eines Mannes, über dessen Eignung zur Führung der Politik eines 64 Millionen-volkes dieses in den Novembertagen ein Urteil gefällt hat, das die neueste Rede nur aufs Neue bestätigt.

Aber diese Rede hat auch bewiesen, daß mit bloßen parlamentarischen Phrasen nicht das Geringste getan ist. Diese Rede ist ein Kampfruf, und den Kampf um die Sicherung der deutschen Verfassung zu führen, ist der Deutsche Reichstag berufen. Zu große und wichtige Dinge gilt es, als daß ein Ausschub möglich wäre. Die Freiheit nach Innen, den Frieden nach Außen zu sichern, darf das deutsche Parlament nicht zögern, ohne daß die bürgerlichen Parteien unübergebare Schuld sich aufbürden.

Eine Kampfanfrage ist Wilhelms II. Rede; nimmt das deutsche Volk den Kampf auf, führt es ihn entschlossen zu Ende, so hat der deutsche Kaiser dem deutschen Volke einen wichtigen Dienst geleistet.

Der Reichstag gegen das persönliche Regiment.

Die Königsberger Kaiserrede mit ihrer Verherrlichung des Absolutismus und ihrer Betonung der Nichtachtung der Tagesansichten und -meinungen ist auch von der bürgerlichen Presse als verspätete Antwort auf die Reichstagsverhandlungen des 10. und 11. November 1908 bezeichnet worden.

Damals, in den denkwürdigen Novembertagen 1908, waren alle Parteien des Reichstags, mit einziger Ausnahme der Heidebrand-Gruppe, einig in der schärfsten Verurteilung des persönlichen Regiments. Folgende Zitate aus dem amtlichen Stenogramm der damaligen Reichstagsverhandlungen mögen das beweisen:

Baermann (Nl.):

Die Meinung des Inlandes — man kann wohl sagen, die einmütige Meinung Deutschlands — hallt wieder in der Presse aller Parteien, sie hallt wieder in Tausenden von Zuschriften und Privatbriefen, die in den letzten Tagen hier in diesem hohen Hause bei den Abgeordneten eingetroffen sind. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen und links.) Es ist nahezu ein einmütiger Freier gegen das Eingreifen Seiner Majestät des Kaisers in die öffentliche Politik Deutschlands (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und links) gegen das, was man im Lande das persönliche Regiment nennt. (Sehr richtig links.) Ich will nicht sprechen von der Konjunktur für Wirtschaftler, für Majestätsbeleidigungen. Das ist ja hier nebensächlich. Sie ist so günstig, daß eine Beschlagnahme bei der Rassenhaftigkeit derselben nicht als rätlich erscheint. (Sehr wahr! links.) Das müssen wir sagen: wie nie zuvor ist in allen Kreisen Deutschlands bis weit hinein die Frauen und in das heranwachsende Geschlecht das politische Interesse wachgerufen und das Gefühl erweckt, daß so die Dinge nicht weitergehen können (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und links).

Ich möchte sprechen von den monarchisch Gesinnten im Lande, ich möchte von ihnen sprechen, weil ihr Herz von tiefer Trauer erfüllt ist. Das monarchische Gefühl, das monarchische Prinzip soll nicht rot leiden in den Zeiten, in denen eine starke republikanische Partei in Deutschland besteht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir können als Anhänger der Monarchie nicht wünschen, daß Seine Majestät der Kaiser in den Mittelpunkt einer abfälligen Kritik gestellt wird. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir revidieren deshalb unser monarchisches Gefühl nicht (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); aber weite Kreise in Deutschland, die republikanischen Anschauungen anhängen, finden in solchen Vorgängen den ihnen willkommenen Agitationsstoff gegen die Monarchie. . . .

Am schärfsten ist die Umgebung des Kaisers von einem konservativen Politiker, dem Freiherren v. Zedlitz, im „Tag“ kritisiert worden: „Eine treibhausartige Entwicklung autoritärer Triebe in der Gistatmosphäre hässlichen Byzantinismus“. Darin erblickt er die Ursache mancher Erscheinung. Man behauptet, daß Schen vor Widerspruch gegen kaiserliche Meinung jede freie und männliche Wehrung zurückdrängt. Wir lesen da und dort, daß viele Besucher sich in einer Adorantenstellung, nach bekanntem Liebenbergers Rezept, gefallten. Das muß verwerflich wirken, weil es statt der vielleicht rauhen Wirklichkeit einen durchaus falschen Schein erzeugt. Ich meine, in dieser doch recht schwierigen Zeit — schwierigen Zeit für die auswärtige und die innere Politik — sind an allen Stellen Männer notwendig mit fester Meinung und festem Rückgrat, die auch auf die Gefahr der Ingnade hin ihre freie Meinung äußern. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Wiemer (Fr. Volksp.):

Wie der Herr Vorredner, so muß auch ich als den schwersten Mißstand das fortgesetzte Hervortreten des persönlichen Regiments bezeichnen. (Sehr richtig! links.) Der konstitutionelle Grundsatz, daß der Träger der Krone nicht in die parlamentarische Erdrierung gezogen werden soll, ist gewiß gut, und ist auch von und im Reichstag durch Jahrzehnte befolgt worden; aber ihn heute anzuwenden, ist nicht möglich. Der Träger der Krone tritt selbst aus dem konstitutionellen Rahmen heraus, tritt ohne „ministerielle Bekleidungsstücke“ in scharf ausgeprägten politischen Forderungen vor die Öffentlichkeit, und ich meine, bei dieser Sachlage hat die Volksvertretung die Pflicht, auch ihrerseits dazu Stellung zu nehmen. . . .

Die komplizierte Staatsmaschine, wie sie heute besteht, verträgt keine ungeschickten und unbefugten Eingriffe (Sehr richtig! links), und es gibt keinen Monarchen und auch keinen Staatsmann, der alle einzelnen Teile dieser Maschine allein richtig

handhaben und einstellen könnte. Napoleon I. hat einmal das Wort gesprochen: „Ich brauche mehr Kopf und weniger Zunge!“ Das gilt auch vom heutigen Staatswesen. Es ist nicht notwendig, daß die Welt fortgesetzt durch Reden und Kundgebungen persönlicher Auffassung des monarchischen Subjektivismus in Atem gehalten werde. Nicht impulsive Reden sollen die Politik beherrschen, sondern stetiges Wollen und klares Erkennen dessen, was not tut und was Erfolg verspricht! (Bravo! links.)

Ich hoffe mit dem Herrn Vorredner, daß die Aussprache im Reichstag die von allen gewünschte Aenderung herbeiführen wird. Geschieht das nicht, so wird die Frage einer Abänderung der Verfassung in allem Ernst aufgerollt werden müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Darüber wollen wir uns doch nicht täuschen: das monarchische Empfinden ist im deutschen Volke leider im Rückgang begriffen.

Singer (Soz.):

„Meine Herren, über die Vorgänge und ihre Begleiterscheinungen glaube ich mich genügend geäußert zu haben. Was aber selbstverständlich von außerordentlicher Wichtigkeit ist, auch für und von Wichtigkeit ist, das ist die Frage: wie sind solche und ähnliche Vorgänge zu verhindern? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie ist es möglich, aus der Politik der Konfusion, aus der Politik des Reichstags und der Unfähigkeit, aus der Politik der Reden, Briefe und Telegramme herauszukommen zum Wohle des deutschen Volkes, zu einer Politik, die das deutsche Volk kraft seiner Intelligenz, kraft seiner Leistungen in der Welt zu fordern berechtigt und zu treiben verpflichtet



Parteienossen!

Die Folgen der einseitigen agrarischen Wirtschaftspolitik, die in dem Wucherzolltarif ihre Grundlage hat, hat jetzt das gezeitigt, was die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag vorausgesehen haben, unerschwinglich hohe Lebensmittelpreise.

Unter den Lebensmitteln, die von dieser schamlosen agrarischen Preistreiberei gegenwärtig am meisten betroffen sind, steht das Fleisch an erster Stelle. Seit Monaten bewegen sich die Fleischpreise in fortgesetzt aufsteigender Linie. Die Regierung hat bisher vollkommen untätig zugehört. Man glaubt sich damit begnügen zu können, daß man diese enormen Fleischpreise als eine „vorübergehende Erscheinung“ bezeichnet. Damit kann aber dem Volke nicht gedient sein, dessen Lebensbedingungen sich immer mehr verschlechtern.

Das Junkertum hat heute goldene Zeiten; die Grenzen sind gesperrt; soweit die Vieheinfuhr möglich ist, wird sie durch Schikanen aller Art erschwert; Millionen fließen in die unergründlichen Taschen der Agrarier und schwerer als je kämpft das Volk um eine menschenwürdige Existenz. Alles was in den letzten Jahren auf wirtschaftlichem Gebiet an Vorteil für die Arbeiterklasse errungen werden konnte, wird völlig aufgemoggen durch die unerhörten Preise der Lebensmittel. Strebt die Arbeiterschaft danach, einen Ausgleich durch Lohnerhöhung zu verhandeln, dann antwortet das Unternehmertum mit dem brutalen Mittel der Aussperrung.

Man will offenbar nicht sehen, daß die Vertiefung der Lebensmittelnotwendigerweise die Volksgesundheit untergraben muß. Als Antwort auf das Verlangen der Arbeiterpresse, die Grenzen zu öffnen, fordert das Agrarierum eine noch schärfere Abschließung und ein fast völliges Verbot der Vieh- und Fleischinfuhr aus dem Auslande. Den Seuchenschutz schützt man vor und das Profitinteresse der Agrarier meint man. Es ist eine unumgängliche Notwendigkeit, daß das wertvolle Volk durch flammenden Protest Verwahrung einlegt gegen diese unerhörte Ausbeutung und wie das in einzelnen deutschen Städten bereits geschehen ist, so fordern wir die Parteienossen Deutschlands auf, allenthalben eine Protestbewegung gegen den Fleischwucher insbesondere, und gegen die agrarische Raubwirtschaft im allgemeinen, in die Wege zu leiten.

Berlin, den 26. August 1910.

Der Parteivorstand.



ist? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, es ist die allerhöchste Zeit — vielleicht ist es die zwölfte Stunde —, daß der Reichstag Wandel schafft in dieser Politik, Wandel gegen den Kanzler, Wandel gegen den Kaiser. (Sehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die gegenwärtige Situation verlangt gebieterisch, daß der Reichstag sich auf sich selbst besinnt, daß er sich seines Mandates bewußt wird, die Ehre, die Würde, die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu wahren und zur Wahrung dieser drei Dinge zu verlangen, daß der Volksvertretung der ihr gebührende Einfluß auf die Entschlüsse und Handlungen der Reichsregierung auch in der äußeren Politik gewährleistet wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die wichtigste Aufgabe, die der Reichstag jetzt hat. Sie, meine Herren von der Majorität, Sie, die bürgerlichen Parteien, haben die Verpflichtung, dem Volke diesen gesetzgeberischen Schutz gegen das persönliche Regiment zu schaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie in diesem Hause kann zurzeit in diesen Fragen Warner, Mahner sein (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); wir können Ihnen nur immer wieder und wieder sagen, wie die Stimmung in den breiten Volkswaffen ist. Wir, die Vertreter der Millionen von Arbeitern, die wir die engste Fühlung mit der Arbeiterklasse haben, die wir unsere Kenntnis von dem Willen und den Forderungen der ausgebeuteten Volkswaffen nicht aus dem „Lokalanzeiger“, nicht wie der Kaiser aus den Verträgen bösscher Schmeichler und materieller Interessenten an dem herrschenden System schöpfen, sondern aus dem lebendigen Verkehr mit den Massen, wir sagen Ihnen: es ist hohe Zeit, daß dem persönlichen Regiment ein Ende gemacht, und daß Wandel geschaffen wird. Die Arbeiter, die Volkswaffen sind nicht gewillt, nur im Kaiser und Kanzler die Schuldigen zu sehen, sondern werden die Reichstagsmehrheit, wenn die aus den heutigen Verhand-

lungen sich notwendig ergebenden Konsequenzen nicht gezogen werden, als mit schuldig zur Verantwortung ziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, jetzt hat die Volksvertretung das Wort. Wenn Sie den ernstlichen und ehrlichen Willen haben, die Wiederkehr solcher Vorkommnisse dadurch zu verhindern, daß Sie die gesetzlichen Maßregeln, die ich Ihnen vorgeschlagen, durchführen; wenn Sie entschlossen sind, gegen das persönliche Regiment Schranken aufzurichten kraft der parlamentarischen Gewalt, kraft der parlamentarischen Waffen, die Sie in Händen haben, nämlich durch Verweigerung der Mittel bis nach Erfüllung der bezeichneten gesetzgeberischen Maßregeln, und wenn Sie davon keinen Schritt abweichen, wenn Sie alle sogenannten opportunistischen Bedenken beiseite schieben, wenn Sie sich einmal aufrufen wollen zu dem männlichen Entschluß, dem Kaiser und dem Kanzler zu zeigen, daß der Reichstag sich seiner Pflicht, das Volk zu schützen, seiner Ehre und seiner parlamentarischen Nachtmittel bewußt ist, wenn Sie das tun wollen: an unserer Mitarbeit soll es nicht fehlen! (Lebhafte, wiederholte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

v. Hertling (Zentr.):

„Meine Herren, der heutige Tag ist zweifellos ein Markstein in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands. (Sehr richtig! links.) Noch niemals ist der alte gute Brauch, die Person Seiner Majestät nicht in die Debatte zu ziehen, ist die Maxime monarchischer Bestimmung, wonach die Kritik vor der allerhöchsten Person halt zu machen hat, so vollkommen außer acht gelassen worden, wie heute. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer wie ich in monarchischen Empfindungen aufgewachsen ist, wer wie ich den unerschlichen Wert einer angestammten Dynastie zu schätzen weiß, wer auch seinen theoretischen Ueberzeugungen noch ganz und gar zur Monarchie steht, für den ist die Zwangslage, in der wir uns befinden, in solcher Weise hier zu reden, eine überaus unglückliche und beklagenswerte. (Sehr richtig! in der Mitte.) Meine Herren, ich sage: es war eine Zwangslage. Es sollte die Kritik vor der allerhöchsten Person schweigen. Aber, meine Herren, die Tage des französischen Sonnenkönigs und die Tage der englischen Stuarts liegen längst hinter uns (sehr gut! links), und heute, in der modernen Welt, muß auch der Träger der höchsten Macht es sich dann gefallen lassen, der Kritik der Volksvertretung unterzogen zu werden, wenn er durch seine Handlungen dazu Anlaß gegeben hat. (Sehr wahr! in der Mitte.) Aber allerdings ist es ein schmerzliches Ereignis, daß wir dazu gezwungen waren, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß es niemals mehr der Fall sein wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir durften aber — und ich gebe das den Rednern, die vor mir gesprochen haben, vollkommen zu —, der Deutsche Reichstag darf zu den Dingen nicht schweigen angesichts der Bewegung, die mächtiger als seit langem irgendeine andere das deutsche Volk durchgittert hat.“

Liebermann v. Sonnenberg (Deutsch-sozial):

„Mit Benützung kann ich feststellen, daß ich mich in einer Annahme getäuscht habe; ich erwartete nämlich, daß aus dem Munde des sozialdemokratischen Redners Schadenfreude über die Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland herausgebildet haben, hervorklingen würde. Er ist klug genug gewesen, das nicht zu tun, und hat damit seiner eigenen Partei einen Dienst erwiesen. Was er gesagt hat, kann man sachlich in vielen Punkten mit unterschreiben. (Lebhafte Zustimmung! links und bei den Sozialdemokraten.) — Ja, meine Herren, das ist ja augenblicklich ein Kennzeichen der furzweiligen Zustände im Deutschen Reich, daß die überzeugtesten Monarchisten, die bisher in ihrem ganzen Leben nie mit einem Gedanken darauf gekommen wären, dem Kaiser entgegenzutreten, heute der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, der Ueberzeugung folgen, daß man jetzt reden muß, und daß Schweigen eine Verletzung der Pflicht gegenüber dem Volke wäre. Mich, als treuen Anhänger der Monarchie, schmerzt nicht nur seelisch, nein, buchstäblich körperlich jedes Wort, was ich hier heute gegen die allerhöchste Person aussprechen muß: das Vertrauen im Volke ist auf den Nullpunkt gesunken. (Sehr wahr!) Es geht nicht weit genug, wenn in manchen der heute gehörten Reden Ausdrücke, wie gestörtes oder geschwächtes Vertrauen gebraucht wurden.“

v. Camp-Nassau (Reichspartei):

„Es liegt etwas Tragisches darin, daß ein solcher Herrscher so oft in Widerspruch tritt mit den Anschauungen der gesamten Bevölkerung, daß er aus allen Vorkommnissen der Vergangenheit keine Lehre für die Zukunft gezogen hat. (Hört! hört! in der Mitte.)

Freiherr v. Zedlitz hat als einen Grund hierfür auf die Art der Erziehung des Kaisers hingewiesen. Ich möchte in einem anderen Grunde die hauptsächlichste Ursache dieses Vorkommnisses erblicken, nämlich darin, daß der Kaiser nach dem Abgang des Fürsten Bismarck nicht Männer als Reichskanzler zur Seite hatte, die den Mut, den Willen und die Kraft hatten, ihre verfassungsmäßige Stellung und Aufgabe auch nach oben hin zu wahren. (Sehr richtig! rechts.)“

Schrader (Freis. Vereinigung):

„Wir bitten nun alle den Herrn Reichskanzler aufs eindringlichste, Seiner Majestät vorzustellen, daß es so nicht weiter gehen kann, wie es bisher gegangen ist. Meine Herren, wir haben eine starke Regierung nötig, wir haben sie nötig gerade nach diesen Verhandlungen. Darüber wollen wir uns nicht täuschen, daß das, was wir in diesen Tagen hier gesprochen haben, seinen Widerhall nicht allein findet im deutschen Volk, sondern in der ganzen Welt. (Sehr richtig! links.) Verhandlungen wie diese sind nicht allein im Deutschen Reichstag noch nicht geführt, sie sind vielleicht in der ganzen Welt noch nicht geführt. Es wird Staunen erwecken, daß sie hier haben geführt werden können, und daß sie geführt sind nicht etwa von einzelnen oppositionellen Parteien, sondern von dem ganzen Reichstage, der in allen wesentlichen Dingen einmütig gewesen ist. Man könnte im Auslande annehmen, daß diese Verhandlungen unsere Stellung dem Auslande gegenüber schwächen könnten. Ja, meine Herren, das ist möglich, wenn diese Verhandlungen verlaufen ohne das Resultat, das wir wünschen.“

Simmernann (Deutsche Reformpartei):

„Das Volk hat entschieden ein Recht darauf, auf Aenderung zu drängen; denn, meine Herren, das Volk muß mit seinem Gut und Blut schließlich die Irrungen und Wirkungen solcher selbstherrlichen Politik bezahlen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Reformpartei.) Die schwarzen Tage, die wir jetzt erleben, werden aus der deutschen Geschichte nicht leicht auszulöschen sein; mögen sie aber für unser Volk ein Fegfeuer sein, aus dem Deutschlands Kraft glühend hervortritt! Es ist trübe genug, daß die große Ersparnis an Ansehen und Vertrauen, das wir dank Kaiser Wilhelm und Bismarck in der Welt besessen haben, aufgebraucht ist, oder man kann vielleicht das schärfere Wort

gebrauchen: es ist verbracht worden. (Sehr richtig bei der Reformpartei.) Wir müssen aufs neue aufbauen, um vorwärts zu kommen. Wir hoffen: mit dem Kaiser, wenn er die durch den Reichstagsler geweckten Hoffnungen erfüllt, wenn wieder Volkswille und Kaiserwille sich zusammenfinden, anderenfalls muß es aus eigener Kraft geschehen, denn über der wechselnden Person und über der subjektiven Willensmeinung des jeweiligen Kaisers steht das Reich und das Volk Wohl."

Hausmann (jüdd. Volksp.):

Gestern konnte man sagen: „Die Szene wird zum Tribunal!“ Die ganze Haltung, welche der Reichstag eingenommen hat, war die, daß er offen und laut sich zum Vertreter der großen Sorgen gemacht hat, die gegenwärtig durch die ganze Nation gehen. Es war wie ein Tag der Rechenschaftsforderung, und die Stellung, in die der Reichstag gestern zum erstenmal eingerückt ist, läßt erwarten, daß manches, was bisher verfaumt worden ist, dann erreicht wird, wenn wir an dieser Einmütigkeit gegenüber einmütig erkannten Gefahren festhalten.

Bergegenwärtigen Sie sich: es ist gestern und auch heute niemand in diesem Deutschen Reichstag aufgetreten, der die Handlungen des deutschen Kaisers verteidigt hätte, auch kein konservativer; und ich danke es den Herren, daß sie sich nicht ausgeschlossen haben von unserem gemeinsamen nationalen Empfinden! (Bravo! links.) Nicht bloß die freisinnigen Redner haben die Wahrheit gesprochen und die Dinge beim rechten Namen genannt. Auch der Redner der nationalliberalen Partei hat die Stimmung wie nach verlorener Schlacht mit großem Ernst hervorgehoben.

Seine (Soz.):

Also, meine Herren, mit bloßen Versprechungen und mit frommen Wünschen ist gar nichts gewonnen. Wir brauchen konstitutionelle Garantien. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Abgeordnete Singer hat gestern einige der Maßnahmen erörtert, die da zur Vorbeugung weiterer solcher Ereignisse notwendig werden. Darauf hat der Herr Abgeordnete v. Heydebrand ihm erwidert, weshalb denn der Herr Abgeordnete Singer nicht lieber gleich die Abschaffung der Monarchie gefordert hätte. Nun, weil es sich bei diesen Vorschlägen nicht um prinzipielle Erörterungen handelte, sondern nur um die Frage nach Maßnahmen, die in diesem Augenblick auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung durchaus möglich wären. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Alles, was der Herr Abgeordnete Singer vorgeschlagen hat, war keine Zukunftsmusik, sondern es waren Vorschläge, die durchaus vereinbar sind mit der monarchischen Staatsform, so vereinbar, daß es eine ganze Reihe monarchischer Staaten gibt, in denen das Gesetz ist, was der Herr Abgeordnete Singer hier verlangt hat.

Noch ein paar Worte über die Richtung dieser kaiserlichen Kundgebungen. Sie sind alle von einem Geiste durchdrungen, nämlich dem: alles bezieht er auf sich, alles auf seine Familie. Deutschland haben seine Vorhaben gemacht. Ach, du lieber Gott, wir wissen doch, daß seit dem Tode Friedrichs des Großen bis zu den Tagen, wo Bismarck dem König Wilhelm die Zustimmung zur Annahme des Kaiserthums beinahe abzwang, die Könige von Preußen immer nur Hemmnisse jeder nationalen und fortschrittlichen Entwicklung gewesen sind. (Sehr richtig links.) Und wenn unter dem alten König Wilhelm bedeutende und große Erfolge zur nationalen Einigung und auch etliche sehr viel geringere zur nationalen Freiheit gemacht worden sind, so ist das nicht das Verdienst des Königs gewesen, sondern das Verdienst Bismarcks, der sah, daß er ohne das manches andere nicht machen konnte. Aber es ist eine merkwürdige Selbsttäuschung, wenn man sich einbildet, die Vorfahren hätten auch nur Preußen, geschweige denn das Reich zu dem gemacht, was es ist. Das hat man eben dem Kaiser so gesagt; das sind die Folgen des Geschichtsunterrichts, den er von seinen Lehrern erhalten haben mag, das sind die Folgen der Prinzenerziehung. Das Reich ist dem Kaiser ein Mittel zu dem höheren Glor der Familie; die Kunst dient, seine Ahnen zu feiern; die Religion hat die Aufgabe, „den Geist der Ehrfurcht gegen mich zu stärken“, wie er dem Bischof von Regensburg gesagt hat.

Weit hinter den Absolutismus Friedrichs des Großen geht seine Idee des Gottesgnadentums zurück in der Art, wie sie von ihm gepredigt wird. Diese Formel: „von Gottes Gnaden“ war ungefährlich in halb-irrtümlicher Zeit. Sie war damals ein Ausdruck frommer Bescheidenheit. Heuteutage ist sie ein Ausfluß eines — ja, ich muß sagen — Schwindels, eines phantastischen Vorstellung (Unruhe rechts), eines besonderen Verhältnisses zu Gott, als worin niedrige Sterbliche zu ihm stehen. Sie ist ein Widerspruch zu dem religiösen und sittlichen Empfinden, wie zu dem politischen Empfinden der Völker des deutschen Volkes!

Wenn der Reichstag seinerseits wieder die Antwort auf die Entgegnung Wilhelms II. gibt, wird er zwar kräftigere Töne kaum noch zu finden vermögen! Aber er wird endlich durch gesetzliche Maßnahmen einen abermaligen Rückfall in die unerträglichen absolutistischen Anwendungen Wilhelms II. unmöglich machen müssen!

Preßstimmen.

Die bürgerliche Presse ist über das Pronunciamento des Absolutismus in offensichtlicher Verlegenheit. Die liberalen Blätter haben zu eifrig die Bedeutung des kaiserlichen Versprechens gepriesen, um nun sofort die nötige Schärfe in der Zurückweisung der Aussprüche des persönlichen Regiments zu finden.

Die „V. J. am Mittag“ schreibt: „Das erneute Verkenntnis des Königs zu Staatsauffassungen, die sich mit der modernen Verfassungslehre in keiner Weise vereinbaren lassen, wird auch außerhalb Preußens ein stürmisches Echo erwecken. Der Bedeutung dieser allgemeinen Kundgebung gegenüber verschwinden die angerührten Spezialfragen betr. die Rüstungen und die Frauenbewegung. In den Bundesstaaten wird man die schwere Enttäuschung bitter empfinden, die der 28. August gebracht hat, nicht nur bei den Völkern, sondern auch bei den Fürsten.“

Vor allem bedarf es nun einer Erklärung darüber, ob die hochpolitische Königsberger Kundgebung im Einvernehmen mit Bethmann Hollweg geschehen ist. . . . hat Bethmann Hollweg sich bereit finden lassen, einer politischen Kundgebung dieser Art zuzustimmen, so wird Rechenschaft von ihm zu fordern sein.

Wir leben nicht in einer Zeit, wo die Bürger geneigt sind, dem ersten Beamten des Reiches auch nur die leiseste Anweisung der Verfassungsautorität nachzusehen. Die Kundgebung in Königsberg bedeutet Sturm.“

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: „Das deutsche Volk jedenfalls läßt daran fest, daß das neue Reich ein konstitutioneller Staat ist, und auch das preussische Volk sich einen, wenn auch vorläufig sehr bescheidenen Einfluß auf die Verwaltung und Regierung des Staates erkämpft hat und nicht aufhören wird, sein Selbstbestimmungsrecht immer ent-

schiedener geltend zu machen. Wir bedauern es, daß der Kaiser jede Rücksicht auf Tagesansichten und Meinungen ablehnt. Gerade jetzt spricht die öffentliche Meinung in einer so deutlichen Weise, daß sie auch bis zu den Stufen des Thrones bringen sollte. Eine Wahrung des Volkswillens könnte zu Konsequenzen führen, die gerade im Interesse der Stetigkeit unserer Entwicklung beklagt werden müßten. Und wir möchten trotz der Königsberger Rede nicht völlig die Hoffnung aufgeben, daß über trennende Theorien hinweg eine praktische Verständigung zwischen dem Willen des Kaisers und dem Willen des Volkes gefunden wird. Im Sinne des Gottesgnadentums und des Absolutismus wird sie freilich nicht erfolgen.“

Ähnlich meint die „Vossische Zeitung“:

„Einst hat Kaiser Friedrich auf den blutigen Schlachtfeldern Frankreichs seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß er auf dem Throne der erste Hohenzoller sein werde, der den verfassungsmäßigen Einrichtungen ohne Vorbehalt rückhaltlos zugetan sei. Zu diesen verfassungsmäßigen Einrichtungen gehört in erster Reihe auch das Parlament, über das sich der Sohn Kaiser Friedrichs hier wieder einmal in Tone des Unmuts ausspricht. Leider muß bezweifelt werden, daß seine Worte dazu angetan sind, die im Lande herrschende Richtung zu bannen.“

Sehr zurückhaltend ist die „Kritikale Germania“; sie findet, daß der Kaiser manches Beherzigenswerte namentlich über die Frauen und die Erziehung sage, nur werde es kaum Beachtung finden, und führt dann aus:

„Trotz seiner Unabhängigkeit von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen bleibt der Kaiser und König doch an die verfassungsmäßigen, den Parlamenten zu stehenden Rechte gebunden. Daß er sich dabei aber gleichzeitig an einen höheren Willen gebunden glaubt und die Ausübung seiner Regenten- und Herrscherpflichten als göttlichen Auftrag ansieht, kann selbstverständlich jeden Christen nur freuen. Wünschen wird man freilich dabei, daß er seine falsche Vorstellung von seiner Eigenschaft als „auserwähltes Instrument des Himmels“ gewinne und Ansichten und Meinungen anderer neben der eigenen nicht unbeachtet lasse.“

Von der konservativen Presse schweigt die „Kreuzzeitung“ noch; die „Deutsche Tageszeitung“ verhält sich zurückhaltend, für ein parlamentarisches Königtum, das von Parlaments- und Volksversammlungsbeschlüssen abhängt, sei kein Platz. — Aber sehr begeistert ist das „Agrarierblatt“ gerade nicht:

„Man mag, wenn man sich dazu für befugt erachtet, an einzelnen Worten und Wendungen, die der Kaiser gewählt hat, mäkeln und kritisieren; im großen und ganzen wird jeder wälsch empfindende Deutsche seinen Ausführungen zustimmen; sie bilden eine nach den Erörterungen der letzten Tage besonders wertvolle Ergänzung zu der Rede, die sein ältester Sohn jüngst in Königsberg gehalten hat.“

Der fromme „Reichsbote“ ist zufrieden:

„Die demokratische Presse wird über diese Worte wieder viel Geschrei erheben; aber im Hinblick auf die demokratische und umstricklerische Hochmut tut und nichts so nötig, als ein feister, auf das Wohl und den Frieden des Vaterlandes gerichteter Wille, der sich nicht unter diese him und her schwankende demokratische Plut beugt, sondern fest und gerade im Hinblick auf Gott und auf die Wohlfahrt des Vaterlandes seinen Weg geht. Darum müssen alle, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, in dem Kampf mit der demokratischen Plut dem Kaiser zur Seite treten.“

Schärfer geht die „Tägliche Rundschau“ ins Zeug:

„Diese Rede deutet auf Sturm. Sie wird in diesen Tagen politischer Verstimmung und Verärgerung mehr als zu irgendeiner anderen Stunde brausendes Aufsehen erregen. . . . Seit den Novembertagen haben wir mehr als einmal dankbar der großen Juridikalität gedacht, die der Kaiser seinem starken rednerischen Temperamente auferlegte. Um so mehr bedauern wir es, daß der Kaiser sich wieder ohne zwingenden Anlaß in das Feuer der öffentlichen Kritik stellt und auf den Gang unserer inneren Politik in einem Sinne einwirkt, der ihr nicht von Nutzen sein kann. . . . Niemals hat Kaiser Wilhelm die mittelalterlich-romantische Idee eines von aller Verantwortung der Menschheit losgelassen, von aller Gebundenheit an die verfassungsmäßige Mitwirkung des Volkes befreiten Gottesgnadentums so scharf in Gegensatz gestellt zu allen Stimmungen und Überzeugungen, die heute herrschen und auf denen unser Staatswesen beruht.“

Die „National-Zeitung“ stimmt der Rüstungsaufforderung zu, lehnt aber das Gottesgnadentum ab:

„In aller Loyalität müssen wir auf die staatsrechtliche Unhaltbarkeit dieser Theorie hinweisen, die im 20. Jahrhundert selbst bei byzantinischen Staatsrechtslehrern keine Anhänger mehr findet. Der moderne Herrscher ist nicht unabhängig von Tagesansichten und Tagesmeinungen, noch viel weniger von der Mitarbeit der Parlamente und des Volkes, das seinen Willen durch Wahlen und Volksversammlungen oft recht deutlich und nachdrücklich zu äußern vermag. Die letzten Reichstagswahlen, deren Ausfall dem Kaiser bekannt ist, haben das bewiesen. Und die kommenden werden es nicht minder offenbaren. Die Ausrufungen des Kaisers über das Verhältnis des Monarchen zu den Volksvertretungen und zum Volke selbst widersprechen der feierlichen Kundgebung, mit der vor zwei Jahren die preussische Wahlrechtsreform angekündigt worden ist.“

Am Vorabend des Kongresses der Internationale.

Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Kopenhagen, 26. August 1910.

(Telegraphischer Bericht.)

Das Internationale Sozialistische Bureau trat am Freitagmittag 12 Uhr in Kopenhagen zu einer Sitzung zusammen, auf der die Mehrzahl der angeschlossenen Länder vertreten waren. Den Vorsitz führte Genosse Vandervelde-Belgien. Von bekannteren Parteigenossen nahmen an der Sitzung teil: MacDonald-England, Mollenbuhr und Ebert-Deutschland, Adler und Bernerstorfer-Oesterreich, Remex und Soukup-Böhmen, Troelsira und Van Kol-Holland, Jaurès und Vaillant-Frankreich, Rubanowitsch-Rußland, Oranting-Schweden, Ansele und Huhsmans-Belgien, Salasoff-Bulgarien, Hillquit-Nordamerika u. a. m.

Der Sekretär Huhsmans teilte mit, daß auf dem Kongress über 900 Delegierte anwesend sein werden, eine Zahl, die die Besucherzahl des Stuttgarter Kongresses bei weitem übersteigt. Das Bureau schlug vor, die Präsidenten aus den drei nordischen Ländern und die Vizepräsidenten aus den anderen Ländern zu ernennen. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Klausen-Kopenhagen, Oranting-Schweden und Jepsen-Norwegen. In ihren Händen liegt die Leitung des Kongresses. Die Vizepräsidenten sollen dann an jedem Tage vom Bureau vorgeschlagen werden.

Genosse Huhsmans teilt die Vorschläge mit, welche das Bureau wegen der Kommissionen, die der Kongress ernennen muß, zu machen hat. Außer den Fragen, die das Bureau auf die Tagesordnung gestellt hat (Genossenschaften, Arbeitslosenfrage, Schiedsgerichte und Abrüstung, Arbeiterschutzgesetzgebung, Todesstrafe, Verfahren wegen rascher Ausführung der Kongressbeschlüsse und internationale Solidarität) ist noch eine Reihe von Resolutionen eingebracht worden: von England über die Einwanderungs-

frage, von Oesterreich-Ungarn über die Gewerkschaften, von Frankreich über die Einheit der Partei und über die Lage in Finnland, aus Saloniki über die Lage in der Türkei. Der Vorschlag des Bureaus lautet, fünf Kommissionen zu bilden: 1. Genossenschaftsfrage, 2. Arbeitslosenfrage, internationale Solidarität, Gewerkschaften, 3. Schiedsgerichte, Verfahren für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse, 4. Todesstrafe, Arbeiterpensionen, Kolonialpolitik. — Diese Kommissionen könnten im wesentlichen als die interparlamentarische Kommission gelten. 5. Entsprechend der Erfahrung, daß auf früheren Kongressen eine Anzahl von wichtigen Resolutionen, welche die internationale Politik betreffen, zu spät zur Beratung eingereicht wurden, soll eine besondere Kommission für die finnländische, die persische und armenische Frage eingesetzt werden, welcher dann auch noch weitere Vorschläge durch das Bureau zur Beratung und Vorbereitung überwiegen werden können. — Genosse Vaillant-Frankreich hält es für besser, wenn die interparlamentarische Kommission als selbständiges Organ arbeiten könnte. — Adler-Oesterreich wünscht, daß die dieser Kommission überwiegenen Arbeiten zu zahlreich sein könnten, so daß die Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt würde. — Hillquit-Nordamerika wäre es lieber, wenn die interparlamentarische Kommission ihre Arbeit auf solche Vorgänge beschränken würde, die lediglich durch die Gesetzgebung zu behandeln sind. Falls wir die Todesstrafe in Rußland einzuschränken versuchen, so kann das nicht in den einzelnen Parlamenten geschehen, sondern nur durch den Einfluß der öffentlichen Meinung, durch Agitation. — Huhsmans-Belgien: Es liegt ein Vorschlag der interparlamentarischen Kommission vor, die Frage der Kolonialpolitik hier zu behandeln, welchen wir nicht beistimmen können. — Mollenbuhr-Deutschland wünscht, daß zusammengehörige Fragen wie die Arbeitslosigkeit und die Versicherungsgesetzgebung, auch zusammen verhandelt werden. — Auf Grund der Debatte verlinde Vandervelde, daß das Bureau seinen Antrag zurückzieht und dem Kongress die Bildung folgender Kommissionen vorschlägt, die auf Antrag Adlers in der angegebenen Weise bezeichnet werden sollen: 1. Genossenschaftswesen, 2. Solidarität, tschechische Angelegenheit (Gewerkschaftsstreit), 3. Schiedsgerichte und Abrüstungsverfahren, Verfahren für die rasche Ausführung der Kongressbeschlüsse, Militarismus, 4. Arbeiterversicherung, Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik, 5. Todesstrafe, Finnland, Persien, Armenien (Resolutionen).

Die interparlamentarische Kommission wird sich mit der Arbeiterversicherung und der Kolonialpolitik unabhängig vom Kongress befassen. Eine Anfrage gibt Anlaß zu der Feststellung, daß Kommission 5 natürlich nur solche Resolutionen beraten kann, die ihr ausdrücklich zugewiesen werden.

Die Verhandlungen werden um 1 Uhr auf morgen (Sonntag) 10 Uhr vertagt, da über die Art und Weise der Vertretung im Bureau von den amerikanischen Delegierten genauere Angaben gewünscht werden. Die holländische Delegation hat ihre Stimmen beim Kongress so verteilt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei sieben, die sozialdemokratische Partei eine Stimme erhalten soll. Die feierliche Eröffnung des Kongresses selbst wird Sonntag vormittag erfolgen. Nachmittag findet eine große Volksversammlung statt, bei der die Mehrzahl der Bureaudelegierten, darunter Huhsmans und Troelsira das Wort ergreifen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. August 1910.

Die Kaiserrede.

Die Rede Wilhelms II. wird nicht verfehlt, die größte Erregung im deutschen Volke auszulösen. Die deutsche Sozialdemokratie wird, wie im November, so auch jetzt im Vordergrund des Kampfes stehen. Nächsten Dienstag finden in Berlin Volksversammlungen statt. Die Versammlungen sind aus Anlaß der immer zunehmenden Leuerung einberufen. Aber wo immer und aus welchem Anlaß immer sich in dieser Zeit Arbeiter versammeln werden, werden sie an der Proklamtion des persönlichen Regiments nicht gleichgültig vorbeigehen können.

Die Kaiserrede frisiert?

Am Donnerstagabend gegen 11 Uhr meldete das offizielle Vossische Telegraphen-Bureau den Redaktionen, daß wahrscheinlich noch eine Kaiserrede zu erwarten sei. Etwa eine halbe Stunde später dementierte das Bureau diese Ankündigung und erklärte, Kaiserrede kommt erst morgen früh.

Sollten etwa die so ungeheures Aufsehen erregenden Ausführungen Wilhelms II. noch schärfer gelautet haben, so daß sie erst einer Penit unterzogen wurden? Es wäre äußerst interessant zu erfahren, ob die amtlich bekannt gegebene Fassung der Rede mit dem Original übereinstimmt!

Freisinn und Reichsfinanzreform.

Der Antisemit Lattmann hat den Versuch unternommen, in einer Proklamation die Wahrheit über die Reichsfinanzreform der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Nun sind ja bekanntlich Wahrheit und Antisemitismus Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen. So ziemlich von allen Seiten, die an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform nicht beteiligt waren, wird auch gegen das Werk des Antisemiten protestiert. Am meisten verletzt scheinen sich die Freisinnigen zu fühlen, weil der Abg. Lattmann behauptet, daß alle bürgerlichen Parteien darin einig waren, daß von den neuen 500 Millionen Mark Steuern, 100 Millionen Mark dem West und 400 Millionen Mark dem Massenverbrauch aufgelegt werden müßten. Die „Freisinnige Zeitung“ macht nun den Versuch, zu bestritten, daß die Freisinnigen derselben Meinung gewesen seien. Tatsächlich haben sich aber die Freisinnigen grundsätzlich bereit erklärt, neue indirekte Steuern zu bewilligen und es ist an sich völlig belanglos, ob sie diese indirekten Steuern nun gerade mit 400 oder mit 300 Millionen Mark begrenzt wissen wollten. Ganz speziell haben die Freisinnigen sehr eifrig mitgearbeitet an der Tabaksteuer, an der Vermittlungssteuer und an der Biersteuer. Sie sind nicht einmal für die sofortige Beseitigung der Biersteuer zu haben gewesen. Wenn also jetzt die Freisinnigen angesichts der kommenden Wahlen die Sache so hinstellen wollen, als ob sie Gegner der indirekten Steuern gewesen seien, so muß diese Verlogenheit denn doch an der Hand der oben erwähnten Tatsache einwandfrei gezeigt werden. Daß der zum Fortschritt geneigte Freisinn den kommenden Wahlen mit sehr gemischten Gefühlen entgegensteht, ist zu verstehen. Daran erklärt es sich auch, daß man die Haltung des Freisinn zu der Steuerreform in ein falsches Licht zu stellen sich bemüht. Daß diese Irreführung der Wählermassen nicht gelingt, das wird Sorge der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit sein müssen.

Die Zeiten ändern sich.

Als Wilhelm II. 1894 nach Königsberg kam, hat er von der Liste der eingeladenen Personen die Namen einer Anzahl Agrarier, wie der Grafen Ranitz, Kirbach, Dohna-Bundlau, eigenhändig gestrichen. Das war die Zeit, als der Kampf um die Getreidezölle tobte und Wilhelm II. sich ganz entschieden die Rolle

des Brotwuchers verbietet. Einer der „Ausgeladenen“, dem die Lieferung der Forellen für die kaiserliche Tafel übertragen worden war, ließ die bereits abgeordnete Sendung sofort zurückgehen, und alle Welt hat damals darüber gelacht, daß das Kaiseressen ohne Forellen stattfinden mußte.

Zwischen haben sich die Zeiten geändert. Der Getreidezoll, den wir heute haben, ist höher als der, der nach Wilhelm II. Ansicht zum Brotwucher führen mußte, und die agrarischen Frondeure von damals erfreuen sich lange wieder der kaiserlichen Gnadenbrot. Das kam beim diesmaligen Besuch Wilhelms II. in Königsberg am allerdeutlichsten zum Ausdruck dadurch, daß die damals von der Einladungsliste gestrichenen Personen jetzt sogar mit Orden bedacht worden sind, in denen man nach bürgerlichen Begriffen eine „Auszeichnung“ erblickt. Wenn Wilhelm II. sich einfallen lassen sollte, wieder einmal den Wünschen der Agrarier entgegenzukommen, dann wird er sie trotz aller „Gnadenbeweise“ wieder in der schärfsten Opposition gegen seine Politik finden. Der Patriotismus der Agrarier steigt und fällt mit der jeweiligen Höhe der Brotzölle.

Gegen die Fleischnöherung.

In Köln nahmen zwei Versammlungen der Dänen- und Schweinemehrer-Genossenschaften Stellung zu der Fleischnöherung. In scharfer Weise wurde die agrarische Behauptung zurückgewiesen, daß genügend Vieh für den Bedarf des Volkes vorhanden sei. In der angenommenen Resolution wird daher auch die Öffnung der Grenzen verlangt. Zum Schutze gegen die Einschleppung von Viehseuchen wurde vorgeschlagen, daß das Vieh aus dem Ausland in plombierten Wagen direkt in die Schlachthöfe des Inlands gebracht werde.

Koloniale Unruhestifter.

Unsere südwestafrikanischen Kolonialinteressenten sind bekanntlich seit Jahren am Werke, endlich auch das Ovambo-Land der „Kolonisierung“ zu erschließen, d. h. dort in derselben Weise Land- und Viehraub und Eingeborenenverflavung durchzuführen, wie im Herero-Land. Da aber von den Ovambo kräftiger Widerstand, also die Neuaufgabe eines kostspieligen und opferreichen Kolonialkrieges befürchtet wird, beobachtet die Regierung entschieden noch vorsichtige Zurückhaltung. Diese Zurückhaltung gefällt allen den kolonialen Freiheimern sehr wenig, sie sind deshalb bemüht, gewaltsam einen Konflikt vom Zaune zu brechen. Wie man das zu machen gedenkt, verrät folgende Zuschrift, die wir dieser Tage erhielten:

Lüderichsbusch, den 2. August 1910.

An den Verlag des „Vorwärts“ Berlin.

In zirka drei bis vier Monaten wird wieder einmal eine Expedition versuchen, in das bisher noch unbekannt Land der Ovambos einzudringen, es handelt sich hier um ein Land, welches noch unter deutscher Oberhoheit steht und den Norden Südwestafrikas ausmacht. Diese Expedition ist deswegen so riskant, weil die Regierung das Betreten des Landes verbietet, da das mächtige Ovamboboll nicht gereizt werden soll.

Es handelt sich hierbei um einen bedeutenden Landstrich, der noch gar nicht erschert ist, und der doch bedeutende Bodenschätze enthält. Zweck dieses Schreibens ist, anzufordern, ob Sie eben ein Interesse daran haben, daß ich für Sie einen genauen Bericht über den Ausfall und Verlauf des Vorstoßes (!) schreibe und ob und wie Sie einen solchen Bericht zu honorieren gedenken.

Es kommt ein fruchtbares blühendes Land in Frage, allerdings auch von Krankheiten durchsetzt, aber hinsichtlich Vegetation und Tierleben typisch für Zentral-Afrika und dürfte diese Tour noch manches Überraschende bieten. Eine solche Expedition ist an und für sich ziemlich teuer und gefährlich (!), ich mache sie aber aus reiner Lust an Abenteuerern mit und erwarte gern Ihre Vorschläge, die aber bald erfolgen müßten, da der Ausbruch bei Beginn der Regenperiode erfolgen soll.

Die Schutzgebiete stehen jetzt im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und wird mancher Leser gern einmal Näheres hören.

Gochastend
Nied. Krüger
H. von Tappelskirch u. Co. Kaufm.
G. m. b. H.

Lüderichsbusch.
Wir erwarten, daß die Regierung der geplanten Expedition schleunigst das Handwerk legt, bevor durch die skrupellosen Abenteuerer Schaden angerichtet worden ist!

Von der Meisterleistung der Halle'schen Justiz.

Zu unserer gestrigen Notiz über die Vorgänge, die sich am Dienstag vor dem Halle'schen Landgericht abgespielt haben, hören wir noch weiter:

Genosse Liebknecht hat die Ablehnung des Strafkammervorsitzenden durch den Hinweis auf die vom Landgericht Halle in allen Demonstrationsprozessen verhängten hohen Strafen, auf die systematische Nichtverurteilung aller Reigen, die sich unter den Demonstranten oder in deren Nähe befanden, und schließlich darauf begründet, daß wiederholt, besonders aber in der am 9. August verhandelten Sache gegen Seibt und Genossen Verurteilung wegen Auslaufs erfolgt ist, obwohl selbst die polizeilichen Anklagezeugen ausdrücklich erklärt hatten, keine Ahnung zu haben, wo sich die Angeklagten beim Erlaß der dreimaligen Aufforderung zum Auseinandergehen befunden haben. Die Ablehnung des ganzen Gerichtshofes wegen Befangenheit wurde einmal darauf gestützt, daß der Gerichtshof in dem Vorwurf eines objektiv ungerichteten Verfahrens, der in voller Sachlichkeit erhoben war, den Vorwurf wissenschaftlicher Rechtsbeugung erblickte, sodann aber darauf, daß der Verteidiger bei Begründung der Ablehnung selbstverständlich berechtigt und verpflichtet sei, alle Bedenken gegen die Objektivität und Willkürmäßigkeit der richterlichen Amtsausübung vorzubringen, daß er hierbei sogar berechtigt sein würde, den Vorwurf der Rechtsbeugung zu erheben und daß der Gerichtshof, wenn er in dieser sachlichen Begründung der Ablehnung eine Ungebühr erblickte, damit deutlich seine Befangenheit, seine Unfähigkeit zu objektiver Beurteilung gezeigt habe.

Wir müssen in der Tat sagen, daß die Verhängung dieser Ordnungsstrafe eines der stärksten Stücke ist, das die preussische Justiz seit langem geleistet hat. Sie geht von dem Standpunkt aus, daß in der Ausübung eines gesetzlichen Rechtes eine Ungebühr liege und führt in der Konsequenz dazu, das Ablehnungsrecht völlig illusorisch zu machen. Eine Aufhebung dieser Ordnungsstrafe durch die höhere Instanz muß aufs dringendste gefordert werden.

Die Gottesgnadentumrede Wilhelms II.

hat an der Börse verknüpft. An der Börse steht Wilhelm II. Gottesgnadentum tief im Kurse. Seine gestrige Rede hat schwere Verstimmlungen hervorgerufen. Eine Hausbewegung kam mit einem Schlage zum Stillstand. Das Finanzwesen selbstherrlichen Bewußtseins, Behauptungen, die das Staatswesen in Gefahr bringen, lösen schwere Verstimmlungen in Bezug auf die Bezant. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes aus. Für solche Unterstützung der deutschen Volkswirtschaft wird man Wilhelm II. schließlich dankbar sein. Seine Rede kann in wirtschaftlicher Beziehung dem deutschen Volke underechenbaren Schaden zufügen.

Vom Luftmilitarismus.

Man schreibt uns: Die Verwendung starrer Luftschiffe für Militärszwecke hat sich als ein Mißgriff erwiesen, der das Reich große Summen gekostet hat. Die Militärverwaltung beabsichtigt, diese Luftschiffe nach dem starren System, insbesondere aber Aluminiumschiffe, nicht mehr zu beschaffen. Das Hauptaugenmerk ist zurzeit auf die Ausgestaltung des halbstarren Systems gerichtet, dessen hervorragendster Vertreter das Vasa-nachschiffe Militärluftschiff ist. Dem dem halbstarren System anhaftenden Uebelstand, daß bei einer Verletzung der Hülle das Wasserstoffgas, welches nun ohne Leberdruck ist, durch Ein- und Herwogen gefährliche Stöße gegen das hintere oder vordere Ende der Hülle ausüben kann, die, wie bei dem Erbschiff, zu einem Klappen des Lechters führen können, glaubt man künftig durch eine überaus einfache Einrichtung, nämlich durch Siebwände, abhelfen zu können.

Durch die außerordentlich gesteigerte Leistungsfähigkeit der Aeroplane ist es notwendig geworden, mit dem Luftschiff größere Höhen aufzusteigen, damit Angriffe der Flieger, denen das Luftschiff eine große Zielfläche bietet, vereitelt werden. Von der Verwendung von Bomben von dem Luftschiff aus hat man Abstand genommen; die Versuche, welche in dieser Richtung angestellt wurden, lassen sogar die Möglichkeit späterer Einführung nach Behebung vieler Mängel nicht erkennen.

Philipp Eulenburg hat zwei Jahre Schonzeit.

Das Verfahren gegen Philipp Eulenburg, der bekanntlich noch immer unter der Anklage des Meineides steht, ist, wie das „Berliner Tageblatt“ aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, durch Beschluß der Staatsanwaltschaft am Berliner Landgericht auf zwei Jahre Schonzeit worden. Innerhalb dieser Zeit soll der Fürst auch von allen gerichtsarztlichen Untersuchungen verschont bleiben. Veranlassung zu dem Beschluß soll das im Mai durch den Gerichtsarzt Dr. Störmer abgegebene Gutachten über den Gesundheitszustand des Fürsten Eulenburg gewesen sein. Es ist jetzt über ein Jahr her, daß der Prozeß gegen den Fürsten abgebrochen wurde, weil er nicht verhandlungsfähig war. Eulenburg befindet sich zurzeit auf seinem Schloß Liebenberg.

Ein Kofakenstücklein in einer bayerischen Reiterkaserne.

Der im dritten Dienstjahre stehende Unteroffizier Sabel im 6. bayerischen Chevaulegerregiment zu Nürnberg war am Nürnberg Kriegsgericht in 15 Fällen wegen Mißhandlung Untergebener und in 1 Falle wegen Verletzung eines Untergebenen angeklagt. Der von großem Nachsicht besessene Unteroffizier hat Untergebene, zum Teil während des Stalldienstes, zum Teil bei Reitübungen gestochen, geschlagen und mit Füßen getreten. Dem im 1. Jahre dienenden Reiter Sörgel, der im Zivilberuf Postbote und ein sehr löblicher Mann ist, schlug Sabel einmal mit der Faust die Zähne blutig, ein andermal schlug er ihn auf die Nase, daß diese anschwoll, öfters nahm er den Soldaten so bei den Ohren, daß sie bluteten. Am Fronleichnamstage war Reiter Sörgel, der ein frommer Christ ist, in der Kirche. Als er zurückkam und in den Stall ging, wurde er dort von Sabel mit einem Faustschlag und einem Fußtritt so traktiert, daß er in einen Pferdehand stand. Sörgel ließ der Unteroffizier durch einen Gefreiten einen Binderriemen holen, schlang diesen um den Hals des Soldaten und zog diesen an der Stange in die Höhe. Nach einiger Zeit ließ der Unteroffizier den Soldaten wieder los, es stand diesem der Angstschweiß auf der Stirn. Damit war der Unteroffizier noch nicht zufrieden, er zog den Soldaten ein zweitesmal mit dem Riemen an die Stange und drohte ihm so, daß er die Augen verdrehte und rächelte. Nach Lösung des Riemens drach der Soldat ohnmächtig zusammen. Run erst bekam der freche Unteroffizier Angst, er ließ Wasser holen und damit den zusammengebrochenen Soldaten behandeln.

Der Anklagevertreter bezog sich auf die Kammerverhandlungen im bayerischen Landtag und beantragte 6 Monate Gefängnis und Degradation. Urteil: 4½ Monate Gefängnis und Degradation. Bemerkenswert ist, daß die mißhandelten Soldaten nicht den Mut hatten, sich zu beschweren. Die Sache kam erst auf, als der Vater des Betroffenen einen anonymen Brief erhielt.

Frankreich.

Eine dunkle Geschichte.

Paris, 26. August. Aus Périgueux wird gemeldet: Ein aus Paris hier eingetroffener Korporal der Reserve, namens Verbeffout, der im 50. Infanterieregiment eine Waffenaubung machen sollte, tempelte auf der Straße einen Sergeanten an und streckte diesen nach kurzem Streik durch einen Revolvererschuss nieder. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß Verbeffout einem anderen Reservisten gegenüber den Mörder Liaboeuf verherrlicht, und Drohungen und Beschimpfungen gegen Offiziere und Unteroffiziere ausgestoßen habe.

Vom Luftmilitarismus.

Paris, 26. August. Wie aus Toul gemeldet wird, hat dort gestern ein Nachtmanöver stattgefunden, an dem zum ersten Male ein Aeroplan teilnahm. „Journal“ berichtet: In den diesjährigen großen Manövern nehmen vier Lenkballons und elf Aeroplane teil. Die Zugehörigkeit der Aeroplane zu den verschiedenen Korps wird durch besondere Abzeichen kenntlich gemacht.

Portugal.

Die revolutionäre Bewegung.

Lissabon, 26. August. Mit Rücksicht auf Gerüchte von revolutionären Absichten der Konservativen sind die Land- und Seetruppen konzentriert worden. Es wird strenge Zensur geübt. Weitgehende Vorsichtsmaßregeln sind getroffen worden.

England.

Die Oberhausfrage.

Berwick, 25. August. In einer heute hier gehaltenen Rede erklärte Staatssekretär Gren, man könne zwar noch nicht wissen, welches Ergebnis die Konferenz über die Oberhausfrage haben werde, aber auf beiden Seiten sei guter Wille vorhanden, so daß man nicht zu fürchten brauche, die Konferenz werde die Lösung der Frage hinaufziehen. Sie sei im Gegenteil gerade deswegen zusammengetreten, weil auf beiden Seiten die Ueberzeugung herrsche, daß die Frage in ihrem gegenwärtigen Stadium nicht belassen werden könne. Wenn die Konferenz sie nicht regeln könne, so würde der Kampf wieder aufgenommen werden.

Amerika.

Roosevelts Agitation.

Southend (Indiana), 26. August. Theodore Roosevelt hat hier in einer Rede erklärt, er werde den Trustsöbel zur Rechenschaft zwingen und auf Ehrlichkeit bestehen, selbst wenn dadurch das beste Geschäft des Landes ruiniert werden sollte.

Verfammlungen.

Deutscher Buchbinderverband. Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab, in der der Geschäft- und Kassenbericht für das zweite Quartal auf der Tagesordnung stand. Der Bericht liegt den Mitgliedern gedruckt vor. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle ist im Laufe des Quartals um 91 gestiegen und betrug am Quartalschluß 6834. Von den Mitgliedern sind 3668 weiblich. In der Buchbinderbranche hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber der im gleichen Quartal des Vorjahres nicht vermindert. In einer ganzen Anzahl von Betrieben der Branche kamen Tarifforderungen vor, von denen einige nicht nur das Tariffchiedsgericht, sondern auch das Tarifamt beschäftigten. Unter anderem handelte es sich um eine Differenz bei der Firma „Deutsche Werte“, die schon seit Jahren für eine bestimmte Arbeit an ihren Zeitschriften den Tariflohn nicht gezahlt hatte. Die Firma sah sich durch den endgültigen Schiedspruch des Tarifamtes genötigt, ihrem Personal den zu wenig gezahlten Lohn nachzugahlen, was gegen 700 M. ausmachte. Die durch die Gewerbeordnungsstelle festgelegte Arbeitszeit für Arbeiterinnen wurde bei verschiedenen Firmen überschritten, und in drei Fällen mußte die Hilfe der Polizei oder der Gewerbeinspektion in Anspruch genommen werden. In der Album- und Galanteriebranche war es mit der Arbeitslosigkeit auch sehr schlecht bestellt; in den meisten Betrieben, besonders in den Albumfabriken, wurde mit verkürzter Arbeitszeit geschuftet. Die Arbeitgeber suchten dadurch an den Arbeitslöhnen zu sparen, daß sie immer mehr Arbeiterinnen, die bisher von Gehilfen angeführt wurden, von Arbeiterinnen ausführen ließen. Da die Arbeiterschaft hierin eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erblickte, die noch dem für die Branche geltenden Tarifvertrag nicht eintraten darf, versuchte sie die Angelegenheit durch das Tariffchiedsgericht zu regeln, was jedoch an dem Widerstand der Arbeitgeber scheiterte. Auch weitere Versuche, durch Vereinbarung festzulegen, was in der Branche als Gehilfenarbeit zu gelten hat, haben bis jetzt nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Die Eisenbranche steht gegenwärtig in der Lohnbewegung. Ihr Tarifvertrag läuft mit dem 30. September d. J. ab; über einen neuen Tarif sind die Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch im Gange. In der Kartonbranche war der Geschäftsgang ziemlich gut. Zu Tarifforderungen kam es bei einer Firma, sie wurden durch das Schiedsgericht zufriedenstellend erledigt. In der Kartonbranche kam es bei einer Firma zu Differenzen über die Frage, ob eine bestimmte Arbeit als Gehilfen- oder Mädchenarbeit gelten soll; die Entscheidung des Tariffchiedsgerichts steht in diesem Falle noch aus. Die Luxuspapierbranche hat noch fortwährend unter schlechtem Geschäftsgang zu leiden. Es haben in der Branche mit mehreren Firmen Verhandlungen wegen Lohnhöherungen und zwecks Abschaffung von Mißständen stattgefunden, die teilweise guten Erfolg hatten. In der Goldschmiedbranche war die Konjunktur ebenso schlecht wie im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. — In allen Branchen hat eine rege Agitation zu weiterer Stärkung der Organisation stattgefunden.

Die Abrechnung vom zweiten Quartal schließt in der Lokalkasse mit der Bilanzsumme von 41 834,27 M. ab. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 4204 M. für weibliche und 7230 M. für männliche Mitglieder, die Krankenunterstützung 2743,70 M. für weibliche und 2847,25 M. für männliche Mitglieder. Für Gemeindegeldunterstützung wurden 1141,10 M. ausbezahlt, und an die Verbandskasse wurden 17 555,56 M. abgeliefert. Die Lokalkasse hatte, den alten Bestand von 51 243,16 M. mitgerechnet, 63 852,36 M. Einnahmen; die Ausgaben beliefen sich auf 12 838,92 M., so daß ein Bestand von 51 015,44 M. übrig blieb. Unter den Einnahmen sind 2656,70 M. für Bauarbeitermarken und 606,85 M. durch Litzensammlung für die ausgesperrten Bauarbeiter aufgebracht. Ausgegeben wurden für die ausgesperrten Bauarbeiter 3806,65 M.; ferner für Lokalausschlag zur Arbeitslosenunterstützung 1767,75 M., zur Gemeindegeldunterstützung 263 M., für Bauarbeiterunterstützung 432 M. usw. Arbeitslos meldeten sich beim paritätischen Nacharbeitsnachweis im Laufe des Quartals 618 Gehilfen und 812 Arbeiterinnen. Stellen wurden gemeldet: für Gehilfen 467, wovon 352 besetzt wurden, und für Arbeiterinnen 927, wovon 568 besetzt wurden.

Dem Bibliotheksbericht ist zu entnehmen, daß 21 Bände neu angeschafft wurden, wovon die Zahl der Bücher auf 1878 stieg. Ausgeliehen wurden an männliche Mitglieder 445 Bände.

An die Berichte knüpfte sich eine rege Debatte, in der namentlich über Mißstände auf dem Arbeitsnachweis geflagt wurde. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Optomski einstimmig Decharge. Zu Redatoren der Lokalkasse wurden Bergmann und Zahn gewählt. Die Versammlung beschäftigte sich sodann mit Anträgen auf Erhöhung der Beiträge zur Lokalkasse und gleichzeitiger Erhöhung der Lokalausschläge zu den Unterstützungen. Diese Anträge kamen jedoch nicht zur Erledigung. Es wurde beschlossen, daß über die Anträge durch Abstimmung entschieden werden soll.

Letzte Nachrichten.

Solidaritätsstreik

Hamburg, 26. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einer von 280 Personen besuchten Versammlung beschloßen die Arbeiter der Reparaturwerkstätte der Boormann-Linie, sich dem Streik der Werftarbeiter anzuschließen. Im Laufe des Tages haben 90 Arbeiter anderer Betriebe aus der gleichen Veranlassung die Arbeit eingestellt.

Die Wahlen in Griechenland.

Athen, 26. August. (W. Z. B.) Nach den amtlichen Ergebnissen sind in Attika 24 Kandidaten der Volksparteien gewählt worden, darunter Benizelos, 16 Vertreter der vereinigten Partei Athollis und Theotokis, 4 Kreter, die ehemaligen Minister Pavlidis und Skouzes. Man nimmt an, daß bisher im ganzen ungefähr 185 Mitglieder der vereinigten Partei Athollis und Theotokis, 40 Anhänger von Rabromichalis und 135 Unabhängige gewählt worden sind.

Triumphator Roosevelt.

New York, 26. August. (W. Z. B.) Roosevelts Reise im Westen Nordamerikas liefert einen recht bemerkenswerten Beitrag seiner beispiellosen Popularität. Gewaltige Menschenmassen begrüßen ihn auf sämtlichen Stationen, durch die sein Sonderzug fährt, und er muß viele Ansprachen halten, welche nicht im Programm vorgesehen sind. Gestern früh um 6 Uhr holten ihn 500 der bekanntesten Bürger von Buffalo vom Zuge ab und brachten ihn wie den größten Triumphator zu einem Ehrenfrühstück, an dem er wiederum eine Rede hielt, in der er die parlamentarische Unschicklichkeit im öffentlichen Leben schelte. Diese Unschicklichkeit sei, so fährt Roosevelt aus, viel schlimmer als die kaufmännische, denn durch sie würden ganze Massen betrogen. Später in Cleveland erklärte er, er werde unbedingt die großen Korporationen zwingen, das Gesetz zu beachten, wie er auch die Macht des Robbrecher werde. Diese letzte Neuerung ist auf die Straßenbahnvorgänge in Kolumbien gemünzt.

Polizei gegen Streikende.

Seranton (Pennsylvania), 26. August. (W. Z. B.) Bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Aufständigen der Pennsylvania-Kohlengrube wurde ein Aufständiger getötet, während mehrere schwere Verletzungen davontrugen. 85 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Anträge zum Parteitag in Magdeburg.

Tagesordnung des Parteitages.

Essen: Die Zuspätschiebung auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

Düsseldorf: Die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

Chemnitz und Halberstadt: Die badische Budgetbewilligung als Punkt 7 der Tagesordnung nach der preussischen Wahlrechtsfrage, der Reichsversicherungsordnung und dem Genossenschaftsweien zu erörtern.

Agitation.

Bremen: Der Parteitag wolle beschließen, einige tüchtige Sozialpolitiker zu beauftragen, geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenzustellen...

Breslau und Breslau-Land: Zur Vertiefung und Erweiterung unserer Agitation soll durch Preisaus schreiben des Deutschen Parteivorstandes ein durch Massenherstellung sehr billiges Schriftchen geschaffen werden...

- 1. Titel: Warum mußt du Sozialdemokrat sein?
2. Inhalt: Eine knappe einfache Darlegung der sozialdemokratischen Grundgedanken...
3. Umfang: Höchstens 16 Druckseiten in Oktav.
4. Papier: Stark, ansehnlich und haltbar.
5. Druck: Besonders groß und klar.
6. Einband: Fest und dauerhaft, broschiert, mit einer anmutenden bildlichen Darstellung von Arbeit und Freiheit.

Die Schrift ist wenn möglich so zeitig herzustellen, daß sie noch für die kommenden Reichstagswahlen wirken kann.

Organisation.

Höchst: Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, statistische Bestimmungen dahin zu treffen, daß Parteimitgliedern, welche auf Grund der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes als dauernd invalid anerkannt sind...

München I und II: Der Parteitag in Magdeburg beschließt: Die Regelung der inneren Landespolitik der einzelnen Bundesstaaten erfolgt durch die Landesorganisationen und Instanzen...

Der Parteitag erwartet von jedem einzelnen Parteigenossen und jeder Vertretung der Partei in jeder Körperschaft, daß sie die Prinzipien des Sozialismus wahren und bei allen tatsächlichen Maßnahmen das Interesse der Partei zu fördern bestrebt sind.

Barmen: Zur Verhinderung einer größeren Einseitigkeit in der Aktion und zur Vermeidung von Divergenzen ist das Zentralfrauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen.

Kreuznach: Dem Parteivorstand wird die Ermächtigung erteilt, denjenigen Wahlkreisen, die circa 200 Mitglieder haben, finanzielle Hilfe zu den Delegationskosten für die Beschaffung außerordentlicher oder solcher Parteitage zu gewähren...

Freiburg, Baden: Den Parteitagen nur alle zwei Jahre abzuhalten.

Bremen: Der Parteitag beschließt, das Geschäftsjahr zur Veröffentlichung der einzelnen Wahlkreisberichte an den Parteivorstand in Berlin mit dem 1. April beginnen und mit dem 31. März beenden zu lassen.

Frankfurt a. M.: Der Schluß des Geschäftsjahres der allgemeinen Parteiorganisation wird vom 30. Juni auf den 31. März verlegt.

17. sächsischer Kreis: Im § 6 des Organisationsstatuts an Stelle der Worte „bis zum 15. Juli“ zu setzen „bis zum 30. Juli“ dem Parteivorstand Bericht zu erstatten.

Berlin, 4. Kreis: Im Hinblick auf die letzten Vorgänge in Baden wird der Parteivorstand beauftragt, nach den Richtlinien des Antrages 167 (Parteitag Leipzig 1909) Mittel und Wege zu suchen, um dem Organisationsstatut der Partei die Möglichkeit der Wahlprüfung einzubringen.

Resolutionen zur Organisation.

Höchst: In der Erwägung, daß der Parteivorstand den § 5 Satz 3 des Organisationsstatuts demnach streng auslegt, daß nach demselben von allen regelmäßig erhobenen Beiträgen, also auch von den in einzelnen Zweigvereinen für bestimmte lokale Zwecke erhobenen Lokalaufschlägen 20 Proz. an die Zentralkasse abgeführt werden sollen...

Solingen: Die Generalversammlung beauftragt, daß die Bestimmungen des Organisationsstatuts über das Geschäftsjahr dem Parteivorstand nicht gestattet, den Geschäftsbericht der Partei zeitig genug zu veröffentlichen...

Berlin, 8. Kreis: Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten anzustellen...

Berlin, 8. Kreis: Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten anzustellen...

Berlin, 8. Kreis: Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten anzustellen...

Berlin, 8. Kreis: Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten anzustellen...

Berlin, 8. Kreis: Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten anzustellen...

Berlin, 8. Kreis: Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten anzustellen...

Berlin, 8. Kreis: Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten anzustellen...

Jugend-Organisation.

Mün, Stadt und Land: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu dem Zwecke in Verbindung zu setzen, um zu erörtern, ob es nicht angebracht ist, in Zukunft die Jugendauschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen.

Resolution zum Programm.

Mülhausen. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag erklärt, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unter Forderung der stufenweis steigenden Einkommen- und Vermögenssteuer sowie der Erbschaftsteuer, den Parteigenossen im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden den Kampf gegen das System der indirekten Steuern zur Aufgabe und Pflicht macht.

Mit dieser Erklärung weist er der Parteitag zurück, daß auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Elshausen am 20. Februar d. J. die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Verbot der Weitererhebung kommunaler Nahrungsmittel-Abgaben im § 13 des Sozialtarifgesetzes von 1902 als „keine arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik“ angefochten worden ist...

Maifeier.

Rürnberg: Der 1. Mai darf nur durch Arbeitsruhe gefeiert werden.

Recklinghausen: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, aufs neue mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Unterhandlung einzutreten bezüglich der Bildung der Maifeierfonds; diese soll bezwecken:

- 1. daß die Beiträge an den Fonds in ganz Deutschland einheitlich sind;
2. daß die Organisationen der Gewerkschaften und der Partei die Garantie der Zahlung übernehmen;
3. daß die Ueberschüsse der Feiern voll und ganz an den Fonds abgeführt werden.

Brandenburg, Genosse A. Währ: Der Parteitag wolle beschließen: Alle Parteigenossen, die den 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, ebenso alle Genossen, die am 1. Mai arbeiten, sind verpflichtet, einen Beitrag in Höhe von mindestens 25 Proz. des Lohnes oder Gehaltes für den Tag — bei Monatsgehalt auch dann, wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt — an den örtlichen Parteikassierer gegen Quittungsmarken zu zahlen.

Johanngeorgenstadt: Resolution. Die am 13. August tagende Versammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins zu Johanngeorgenstadt erklärt, daß eine würdige Feier des 1. Mai nur durch Arbeitsruhe zu begehen ist.

Presse und Literatur.

Reinickendorf, Genosse Hundt: Der Parteitag möge beschließen, den „Vorwärts“ in Wochen-Abonnements zu 25 Pf. abzugeben.

Zeltow-Beeskow: Der Parteivorstand und die Prekominmission des „Vorwärts“ mögen die Herausgabe eines Montagsblattes in die Wege leiten.

Zeltow-Beeskow: Der Parteitag möge die Herausgabe einer eigenen Modezeitung beschließen.

Riederbarnim: Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer Modezeitung als Beilage zur „Gleichheit“ befassen. Diefelbe soll den Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine fakultative sein.

Ludwigshafen: Der Frauenzeitschrift „Gleichheit“ sind Schnittmusterbogen mit Erläuterungen beizufügen.

Krefeld: Den „Wahren Jakob“ jede Woche erscheinen zu lassen.

Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Der „Neuen Welt“ ist eine Beilage für Haus, Garten- und Landwirtschaft beizulegen und zwar monatlich mindestens einmal.

Riederbarnim, Genosse Kette: Der Parteitag wolle beschließen: 1. Die „Neue Zeit“ erscheint vom nächsten Jahrgang ab in einer dem Titel, dem Inhalt und dem modernen Kunstempfinden entsprechenden Ausstattung.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit“ entsprechend und um die Leskreise auch den ausländischen Genossen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, zu erleichtern, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

Bremen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Vorträge des Genossen Engelbert Graf über Religionsgeschichte zu erweitern und zu ergänzen und in Form einer Broschüre für den Massenmarch herzustellen.

Essen: Der Parteitag wolle beschließen: 1. Den Parteivorstand zu ersuchen, über alle sozialpolitischen Gesetze, die im Reichstag verhandelt werden, Broschüren herauszugeben und hierin die Stellung der Sozialdemokratie besonders hervorzuheben.

2. Den Parteivorstand zu ersuchen, ein Handbändchen herauszugeben, welches in Kürze die Stellungnahme aller Parteien zu den Sozialgesetzen, der Reichsfinanzreform und der preussischen Wahlreform darlegt.

Krefeld: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, alljährlich eine Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, in welcher die krassen Klassenurteile in Spalten nebeneinander zum Vergleich gezogen werden.

Solmitzsch-Neuhaldensleben: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wolle in möglichst kurzer Zeit eine fursorgliche Broschüre herausgeben, worin die Unterlassungen und Abhängigkeiten der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der

Wahlrechtsvorlage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zinsliste angegeben sind.

Silenthal, 17. hannoverscher Kreis: Die Parteipresse ist verpflichtet, Bekanntmachungen von Versammlungen, Sitzungen und sonstigen Veranstaltungen von Parteiorganisationen in ihrem Verbreitungsbezirk unentgeltlich in ihrem Lokalen Teil aufzunehmen.

Silenthal, 17. hannov. Kreis, Genosse Vode: Herausgabe einer monatlich erscheinenden Wahlzeitung für die Landbezirke.

Kirchberg i. S., Genosse Vecher: Die Beschlußfassung des Parteitages betr. den badischen Fall mit einer eingehenden Begründung als Broschüre herauszugeben.

Bildungsausschuß.

Dortmund-Hörde: Der Parteitag erkennt an, daß die Arbeiterbibliotheken ein wesentliches Mittel zur sozialistischen Erziehung der Massen und eine der Grundlagen aller proletarischen Bildungsarbeit darstellen. Da das Bibliothekswesen aber noch viele Mängel aufweist, so wird der Bildungsausschuß beauftragt, ihm besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Parlamentarisches.

Berlin 4. Kreis, Genosse Kulzinski: Da es ein Verbrechen ist, Kindern Schnaps, Wein oder Bier zu geben, beschließt der Parteitag, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, entsprechend dem neuen italienischen Gesetzentwurf, um die Jugend gegen den Alkoholismus zu schützen.

Berlin 8. Kreis, Genosse Hallbauer: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, einen Antrag einzubringen, in dem der Sonntag als Wahltag für den Reichstag und die Landtage gefordert wird.

Solingen: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der Beratung des Justizgesetzes die Wahlrechtsjustiz und die Streikjustiz einer eingehenden und gründlichen Kritik zu unterziehen.

Resolutionen zur Budgetbewilligung.

Riederbarnim: Die Zustimmung der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Budget und die Motivierung dieser Zustimmung ist ein schwerer Verstoß gegen den auf dem Parteitage zu Nürnberg gefassten Parteitagbeschluss.

Die Generalversammlung beantragt deshalb bei dem Parteitage: zum Ausdruck zu bringen, daß der Parteibewegung schwer schädigende Disziplinbruch und die offenen Provokationen der Gesamtpartei durch die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion insbesondere mit der Verwaltung der höchsten Vertrauensämter in der Partei unvereinbar ist.

12. und 13. sächsischer Kreis: Die Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises sieht in der Budgetbewilligung der badischen Landtagsmehrheit einen Verstoß und gewollten Disziplinbruch, eine Verhöhnung und Herausforderung der Partei.

Hannau-Gelnhausen: Die am 7. August in Bad Orb stattgefundene Kreisgeneralversammlung betrachtet die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget wie deren Teilnahme an höfischen Kundgebungen als eine offene und bewußte Provokation gegenüber der Gesamtpartei und deren feierlicher grundsätzlicher Stellung.

5. sächsl. Kreis: Die Parteiversammlung des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises Dresden-Alttadt erblickt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entscheidendste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb der Partei gestellt haben.

4. sächsl. Kreis: Die Parteiversammlung des 4. Reichstagswahlkreises erblickt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Finanzgesetz einen auf das entscheidendste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb des Parteitagbeschlusses gestellt haben.

Die Teilnahme eines Teils der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an höfischen Kundgebungen ist geeignet, den republikanischen Charakter der Partei zu verhalten und das demokratische Gefühl der Genossen auf das tiefste zu verletzen.

Die Versammlung erwartet, daß die 17 Landtagsabgeordneten aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen werden.

Sagen: Die Streikkonferenz des sozialdemokratischen Vereins Hogen-Schwelm erblickt in der Zustimmung der badischen Genossen zum Budget einen Disziplinbruch, der um so schärfer zu verurteilen ist, weil er absichtlich begangen wurde.

Mannheim und Wahlkreis-Konferenz des 11. badischen Kreises: Die heutige, überaus stark besuchte Versammlung spricht der Landtagsfraktion ihre volle Anerkennung aus und erachtet die Zustimmung zum Budget als im Interesse der politischen Situation gelegen.

In Erwägung, daß die Beschlüsse des Parteitages von Lübeck und Nürnberg wegen ihrer Undurchführbarkeit zu vorliegenden Differenzen innerhalb der Partei führen, andererseits es mit den bisherigen Gepflogenheiten innerhalb der Partei unvereinbar ist, gewählte Vertreter mit gebundenen Mandaten in die Parlamente zu senden, so stellt die Versammlung an den Parteitag in Magdeburg den Antrag, den besaglichen Beschluß des Nürnberger Parteitages aufzuheben.

Breslau: Die Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion in der badischen Zweiten Kammer zum Budget ist ein schwerer Disziplinbruch, weil in schärfstem Widerspruch zu dem Beschluß des Nürnberger Parteitagess steht. Sie ist nach Lage der Sache auch eine gewollte Herausforderung der Gesamtpartei und eine absichtliche Störung der für den Kampf gerade so dringend notwendigen Einigkeit und Geschlossenheit. Die Budgetbewilligung ist ferner ein Verstoß gegen die Grundzüge der sozialdemokratischen Partei, indem sie ein vorbestimmtes Vertrauensvotum für die Regierung in ihrer Stellung als Exekutiv des kapitalistischen Klassenstaats darstellt.

Die höflich-byzantinischen Kundgebungen einiger Vertreter der Sozialdemokratie in Baden sind beschämende Zeugnisse von Schwäche oder Heuchelei; sie sind geeignet, den demokratisch-republikanischen Charakter der Arbeiterklassenbewegung zu verflüchtigen oder zu beschneiden.

Die Budgetbewilligung wie die höfischen Kundgebungen erscheinen uns in ihrem Zusammenhang mit anderen Vorgängen als ein Ausfluß jener Politik, die gewollt oder ungewollt auf eine Annäherung und Verbindung mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien hinausläuft und an Stelle des Prinzipes des Klassenkampfes das System des Opportunismus setzen will.

Dah die Mehrheit der badischen Genossen das Verhalten ihrer Vertreter ausdrücklich billigt, läßt einen bedauerlichen Mangel an prinzipieller Durchbildung erkennen und weist auf die Fehler in der bisherigen Agitation hin.

Sie fordern vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, daß er den Disziplinbruch der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Fraktion mit aller Schärfe verurteilt und seinen Zweifel darüber läßt, daß die Partei gewillt ist, ihre prinzipielle und tatsächliche Geschlossenheit zu sichern, wenn nötig durch Abstoßung von Gliedern, die sich als schädlich erweisen.

Sie fordern ferner, daß der Parteitag den Parteivorstand beauftragt, überall da, wo es als notwendig erscheint, von der Zentralstelle aus eine umfassende Agitation zur prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu veranstalten, insbesondere dafür zu sorgen, daß den badischen Parteigenossen die Bedeutung der Budgetbewilligungssache mit ihrem Zubehör hinreichend dargelegt wird.

Solingen: Die Generalversammlung für den Reichstagswahlkreis Solingen mißbilligt die Bewilligung des Staatsbudgets durch die Mehrheit unserer badischen Landtagsfraktion und die Teilnahme derselben an höfischen Kundgebungen, da sie in diesen Handlungen Verläufe gegen die Parteidisziplin und gegen die demokratisch-republikanischen Grundzüge der Partei erblickt. Die Generalversammlung erwartet vom Magdeburger Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegenüber diesen Vorkommnissen.

Berlin II, III, IV, V und Zeltow-Weestow: Der Nürnberger Parteitag hat sowohl in prinzipieller als auch in tatsächlicher Beziehung die Richtlinien bestimmt, welche in der Budgetfrage für alle Parteigenossen Deutschlands maßgebend sind.

Der Grundpfeiler der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und die Vorbedingung zu ihren Erfolgen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ist die freiwillige Unterordnung jedes einzelnen Mitgliedes unter die Beschlüsse der höchsten Instanz ihrer Organisationen. Deshalb müssen wir bei aller Meinungsfreiheit innerhalb der Partei verlangen, daß jedes Parteimitglied geltende Parteitagbeschlüsse unter allen Umständen hochhält.

Die Berliner Parteigenossen bedauern die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget, ein Beschluß, welcher eine Lockerung der notwendigen Disziplin und eine arge Schädigung der Einheitslichkeit der Partei bedeutet. Sie mißbilligen daher die Budgetbewilligung und den Disziplinbruch der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auf das allerhöchste.

Die Parteigenossen Groß-Berlins verurteilen weiter die Teilnahme der badischen Landtagsfraktion an höfischen Kundgebungen, welche geeignet ist, den republikanischen Charakter der Partei zu verflüchtigen und das demokratische Gefühl der Genossen zu empören.

Die Groß-Berliner Parteigenossen erwarten vom Magdeburger Parteitag, daß er Vorlesungen trifft, um in Zukunft Parteitagbeschlüssen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen.

Westhaveland: Die Kreisgeneralversammlung in Westhaveland mißbilligt die Bewilligung des Staatsbudgets durch die Mehrheit unserer badischen Landtagsfraktion und ihre Teilnahme an höfischen Kundgebungen auf das allerhöchste, da sie in diesen Handlungen Verläufe gegen die Parteidisziplin und gegen die demokratisch-republikanischen Grundzüge der Partei erblickt. Die Versammlung erwartet vom Magdeburger Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegenüber diesen Vorkommnissen.

Bremen: Der Parteitag in Magdeburg erklärt, daß Parteigenossen, die künftighin bewußt gegen Beschlüsse der Parteitage verstoßen, also als Disziplinbrecher zu betrachten sind, sich damit außerhalb der Partei stellen und ausgeschlossen werden müssen.

Die Versammlung fordert vom Parteitag:

- Die Befähigung der Nürnberger Budgetresolution;
- daß er alle Genossen, welche erklären, dieser Budgetresolution nicht Folge leisten zu können, für ungeeignet erklärt, fernerhin mit dem Landtagsmandat betraut zu werden;
- daß er beschließt, diese Genossen haben sofort ihre Mandate niederzulegen, andernfalls sie aufhören, Mitglieder der Partei zu sein;
- und endlich, daß er den Parteivorstand beauftragt, in Baden und überall dort, wo es ihm notwendig erscheint, Einrichtungen zu einer prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu treffen.

Dortmund-Hörde: Die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget widerspricht dem Beschluß des Nürnberger Parteitagess. Eine solche Abweisung von Parteitagbeschlüssen miß im Interesse der Einheit der Partei ganz entschieden, wenn auch mit der notwendigen Ruhe und Sachlichkeit, zurückgewiesen werden.

In Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation und der bevorstehenden Reichstagswahlen ist es um so mehr zu bedauern, daß die badischen Genossen den Parteitag wiederum vor eine solche Entscheidung gestellt haben. Wenn noch auf dem Nürnberger Parteitag scheinbar zur Entschärfung ausreichende Gründe für das Vorgehen der badischen Genossen angegeben werden konnten, so trifft das in diesem Falle nicht zu. Die für unsere Genossen gebene politische Situation in Baden, d. h. die Notwendigkeit der Zurückdrängung der konservativ-kerikalischen Reaktion, war kein genügender Anlaß, dem Budget die Zustimmung zu geben.

Unter allen Umständen aber wäre es Pflicht der badischen Fraktion gewesen, sich mit dem Landesvorstand und dem Vorstand der Gesamtpartei über ein solches Vorgehen zu verständigen.

Es ist im Interesse der Einheit der Gesamtarbeiterbewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen unbedingt notwendig, solche Disziplinwidrigkeiten und Gefahren zu bannen, die geeignet sind, die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu gefährden.

Nicht minder ist die Beteiligung unserer badischen Fraktion an monarchischen Kundgebungen zu verurteilen, die zu den demokratischen Grundzügen des Parteiprogramms im schroffen Widerspruch stehen.

Die Delegierten des Wahlkreises Dortmund-Hörde werden beauftragt, auf dem Magdeburger Parteitag in diesem Sinne zu wirken, ferner aber auch darauf zu achten, daß der Parteitag nicht zu einer Fundgrube für die Agitation der gegnerischen Parteien gemacht wird.

Hannoverscher Kreis: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlkreises des 8. Hannoverschen Wahlkreises verurteilt auf das allerhöchste die Budgetbewilligung durch die badische Landtagsfraktion als einen Akt der Disziplinlosigkeit, welcher geeignet ist, die Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie zu erschüttern.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Hofgänger mit der Bestimmung eines Sozialdemokraten unvereinbar ist.

Der Parteitag in Magdeburg möge deshalb alle Mittel anwenden, die geeignet sind, seinen Beschlüssen und Anschauungen der großen Mehrheit der Parteigenossen Geltung zu verschaffen.

Remscheid: Die am 7. August in Remscheid tagende Kreisversammlung des Wahlkreises Remscheid-Neitmann erblickt in der Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budgetgesetz einen auf das entschiedenste zu verurteilenden Disziplinbruch, durch den sich die badischen Abgeordneten außerhalb der Partei gestellt haben. Die Konferenz fordert die Abgeordneten auf, ihre Mandate niederzulegen.

Sande: Die Badener Genossen, welche im Badener Landtage für das Budget stimmten und sich damit eines schweren Disziplinbruchs schuldig machten, sind aus der sozialdemokratischen Partei auszuschließen.

Karlsruhe: Der Parteitag möge den Beschluß des Parteitagess in Karlsruhe, in bezug auf die Budgetbewilligung der Einzelstaaten, aufheben.

Düsseldorf: Die Kreisversammlung des Wahlkreises Düsseldorf verurteilt die Budgetbewilligung der badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten auf das entschiedenste. Nicht bloß wegen der damit verbundenen brüskierten Nichtachtung der Parteitagbeschlüsse, sondern auch wegen der Stellung der betreffenden parteigenössigen Abgeordneten zum Parlamentarismus überhaupt, wie sie in der Bewilligung des Budgets zum Ausdruck kommt. Die Kreisversammlung erwartet vom Parteitag in Magdeburg entsprechende Maßnahmen, die für die Zukunft ein derartiges Verhalten von Parteigenossen unmöglich machen.

Halle: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag bekräftigt von neuem die Resolution des Nürnberger Parteitagess zur Budgetbewilligung und fordert von jedem Abgeordneten eines deutschen Landtags die Erklärung, daß er sich der Resolution unterwerfe. Wird diese Erklärung verweigert oder in abweichendem Sinne abgegeben, so hat dieser Abgeordnete sein Mandat niederzulegen, andernfalls er als bewußter Disziplinverweigerer aus der Partei ausgeschlossen wird.

Württembergischer Kreis: Die Kreisgeneralversammlung des 8. württembergischen Reichstagswahlkreises lehnt es ab, über die Frage der Budgetbewilligung in Baden ein Urteil abzugeben, da die Frage der einzelstaatlichen Budgetbewilligung als eine tatsächliche, von den jeweiligen politischen Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten abhängige aufzufassen ist und daher logischerweise auch nur zur Kompetenz der einzelnen parteigenössigen Landesorganisationen gehört.

Die Konferenz hält aus gleichem Grunde die Aufhebung der in Frage kommenden Beschlüsse des Lübecker und Nürnberger Parteitagess für durchaus notwendig; insbesondere auch deshalb, weil dieselben durch ihre Unabweisbarkeit die agitatorische Tätigkeit der Partei wie deren politische Erfolge in Frage stellen.

Sächsischer Kreis: Die Kreisgeneralversammlung des 11. sächsischen Wahlkreises erblickt in der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion einen bedauerlichen Ausfluß partikularistischer und revisionistischer Kurzsichtigkeit, die die allgemeine politische Situation in Deutschland sowohl als auch den Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie vollständig verkennt. Zugleich aber sieht die Versammlung in dem Vorgehen der badischen Budgetbewilliger eine unerhörte Nichtachtung eines unzweideutigen Parteitagbeschlusses, also einen schweren Disziplinbruch, den die Versammlung einmütig auf das allerhöchste verurteilt. Die Kreisgeneralversammlung fordert den Magdeburger Parteitag auf, durch einschließliche und rücksichtslose Maßnahmen die Wiederkehr solcher parteischädigenden Vorkommnisse zu verhindern.

Dshaveland: 1. Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Simlunds durch den Faschismus protestieren; dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie aussprechen und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das klassenbewußte deutsche Proletariat zu sichern.

2. Der Parteitag möge aufs schärfste dagegen protestieren, daß der russische Zar, der Mitkuldige an allen Gräueln und Verbrechen der Gegenrevolution, der Auftraggeber und Schirmherr der Agenten, Harting und sonstigen Todsdienstleistungen, der Mitverantwortliche auch der neuen niederträchtigen Judenverfolgungen, das Haupt jener verbrecherischen Verschwörung gegen die finnische Freiheit und Selbstständigkeit als gefeierter Gast den deutschen Boden hat betreten dürfen, und daß deutsche Beamte und Soldaten zum Schutze des gekrönten Verbrechers kommandiert, die Steuererlöse des deutschen Steuerzahlers für ihn verschleudert werden konnten und damit die Ehre des deutschen Volkes, das in seiner überproportionalen Mehrheit diesen „Gast“ verabscheut, tief herabgewürdigt worden ist.

3. Die Kreisversammlung spricht über die Budgetabstimmung der badischen Fraktionsmehrheit ihr tiefes Bedauern aus. Diese Abstimmung und ihre Rechtfertigung verriet nicht nur einen Mangel an politischem Augenmaß und an tatsächlicher Sicherheit, sie ist vor allem ein schwerer Verstoß gegen die notwendigsten Anforderungen der Parteidisziplin. Dieser Verstoß wiegt um so schwerer, als er mit vollem Bewußtsein erfolgt ist und in einer politisch sehr bewegten und für den proletarischen Klassenkampf beispiellos günstigen Zeit dem vorwärtsstrebenden Proletariat Knüttel zwischen die Beine geworfen hat und Verwirrung in seinen Reihen zu stiften geeignet ist. Er ist um so schärfer zu verurteilen, als die in der badischen Kammer abgegebene Erklärung offene Mißachtung und Herabsetzung des Nürnberger Parteitagbeschlusses zum Ausdruck brachte und zwar vor Gegnern der Sozialdemokratie.

Die Teilnahme von Mitgliedern der badischen Landtagsfraktion an höfischen Kundgebungen wird als eine Verhöhnung des republikanischen Charakters der Sozialdemokratie und als eine Preisgabe des proletarischen Klassenkampfes gebrandmarkt.

Die Kreisversammlung erwartet, daß der Magdeburger Parteitag solchen Vorkommnissen ohne Rücksicht auf die hohen parlamentarischen Erfolge der künftigen Reichstagswahlen mit allen Mitteln und unter allen Umständen steuern wird.

Dshaveland, Genosse Liebnecht: Der Parteitag möge es von vornherein ablehnen, in eine Erörterung über die Abänderung des Nürnberger Budgetbeschlusses und über die tatsächliche Grundfrage der Budgetabstimmung überhaupt einzutreten, da eine solche Erörterung nur geeignet und bestimmt ist, die Situation zu verunkeln und von der klaren Tatsache des Disziplinbruchs, Teilnahme an höfischen Zeremonien und der Provokation der Gesamtpartei abzulenken.

Berliner Kreis, Genosse Schippel: I. Da auf dem Nürnberger Parteitag die hauptbeteiligten Sächsischen, einseitlich der Badener, sofort durch den Genossen Segth vollkommen offen und bestimmt ihre Auffassung des Nürnberger Budgetbeschlusses darlegten,

da demgegenüber von einer hierzu berechtigten Parteinstanz, in erster Linie vom Nürnberger Parteitag selber, eine korrigierende gegenentgegliche Auffassung niemals in parteiverbindlicher Weise festgelegt wurde,

so handelt es sich durchaus nicht um einen bewußten Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion.

II. An Stelle des Nürnberger Beschlusses tritt das folgende: Die alte demokratische, nach ihrem Ursprung jedoch keineswegs sozialistische Auffassung der Budgetabstimmung war eine durchaus richtige und notwendige Konsequenz bestimmter, aber heute längst nicht mehr vorhandener Voraussetzungen: in erster Linie des Zweiparteiensystems, wie es, nach dem Vorrang des parlamentarischen Rasterlandes England, der alten bürgerlichen Demokratie meist als Ideal vorzeichnete. Vereinerung des Budgets abends Vereinerung jedweder Budgetmehrheit war hier, unter dem Zweiparteiensystem, gleichbedeutend mit dem Sturz des ganzen gegnerischen Regierungssystems, mit dem unausbleiblichen Anstürzen der eigenen parteipolitischen Richtung. Das wechselnde Verhältnis der beiderseitigen und vereinernden Stimmen bildete das denkbar beste Kräftemaß für die beiden kämpfenden politischen Systeme. Ein Budget bejahren, hätte für die einseitliche Oppositionspartei geheißen: sich zur Regierungsübernahme für unfähig, mit einem Worte sich selber für politisch bankrott zu erklären. Daher unter solchen Voraussetzungen mit Recht die entscheidende, nicht bloß demonstrative Bedeutung der Budgetverweigerung.

Nach dem Wegfall oder beim Nichtvorhandensein der bezeichneten Voraussetzungen ist es unmöglich, noch an dieser alten, bürgerlich-konstitutionellen Budgettheorie festhalten zu wollen. Bei dem Vielparteiensystem oder bei schwankenden Parteigruppierungen handelt es sich, was das Budget anbelangt, fast niemals um die Entscheidung zwischen zwei großen politischen Systemen, sondern überwiegend darum: ob zum Teil mit (sonst ausfallenden) Stimmen der Linken ein mehr nach links verarbeitetes, oder mit den Stimmen auch der äußersten Rechten ein mehr nach rechts verarbeitetes Budget zur Annahme gelangen soll.

Für die mit ihrer Zeit fortwährenden Parteien der Linken ist deshalb mehr und mehr mit Recht die Stellungnahme zum Budget lediglich zu einer Frage der Zweckmäßigkeit geworden: das heißt zu einer Frage, die je nach den vorliegenden parlamentarischen und allgemeinpolitischen Verhältnissen vereinernd oder bejahend zu beantworten ist. Die Negation seitens der Linken kann hier jezt oft weiter nichts bedeuten als: die Regierung zu zwingen, sich stärker auf die Rechten zu stützen. „Prinzipiell“ ein solches Verhalten zu fordern und zu fördern, wäre reaktionär.

Für mit richtigem politischen Verstand und Empfinden das parlamentarische Vorgehen zu regeln, muß deshalb in den Landtagen von Fall zu Fall den beteiligten Vertretern überlassen bleiben, die ihrerseits wieder den Wahlkreisen und der Landesorganisation verantwortlich sind. Ein Eingreifen der Gesamtpartei könnte nur in Frage kommen, falls zwischen Einzelstaatsfraktion und Einzelstaats-Parteiorganisation eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen wäre.

Frankfurt a. M.: Die Bewilligung des gesamten Staatsbudgets für 1910/12 nebst monarchischen, polizeilichen und kirchlichen Ausgaben durch unsere badische Landtagsfraktion ist als ein schwerer politischer Fehler dieser Parteiführung zu bezeichnen, da weder die badische Regierung noch der badische Liberalismus der Arbeiterklasse des badischen Landes irgendwelche Zugeständnisse von politischer oder sozialer Erheblichkeit gemacht haben und auch gar nicht machen können oder wollen. Die bloße parlamentarische und wahrheitsgemäß nur vorübergehende Rettung des Zentrums vom völligen Untergang durch die Sozialdemokratie, da sie in erster Linie dem Liberalismus nützt und Liberalismus wie Zentrum in ihrem zielbewußten Klassenkampf zur Arbeiterbewegung durchaus übereinstimmen.

Die badische Landtagsfraktion irrt auch, wenn sie meint, daß ihre praktische Mitarbeit im Landtage das Vermeidnis zu unseren revolutionären Zielen anschließen und zu Konsequenzen, wie die Budgetbewilligung führen müsse. Gerade die Sozialdemokratie hat vielmehr als einzige Partei die Möglichkeit, reformerisch und revolutionär zugleich auch im Parlament zu wirken. Sie kämpft durchaus ehrlich für möglichst hohe Abschlagszahlungen an das werktätige Volk bei jeder Gesetzgebungsmaterie, und sie betont ebenso ehrlich und konsequent, wie weit jene Abschlagszahlungen heute den kulturellen Bedürfnissen der mit Kopf und Hand arbeitenden Volksmassen zurückbleiben müssen, so lange das Lohnsystem und infolgedessen die politische Klassenherrschaft bestehen.

Die Hofgänger der badischen Landtagsfraktion vollends ist eine weder die badischen Genossen noch den badischen Landesfürsten, der sie annimmt, ehrende Heuchelei, die nicht einmal in der bürgerlichen Geschäftsordnung des badischen Landtages eine Entschuldigung findet.

Die Genossen der kleineren und schwächeren Staaten des Deutschen Reiches haben vielmehr doppelte Ursache, dem übermächtigen preussischen Junker- und Scharfmachertum gegenüber nicht auf lästige parlamentarische Augenblicke zu verfallen, sondern allein auf die geschlossene Kampfbreite der deutschen Sozialdemokratie zu vertrauen, die selbst nach zahlreichen bürgerlichen Beschlüssen der einzige dauerhafte Schutz Nord- und Süddeutschlands gegen die preussische Verjunkerung und für unsere kulturelle Zukunft ist.

Vom bevorstehenden deutschen Parteitag wird daher erwartet, daß er die irrenden badischen Genossen mit dauerndem Erfolg in die durch den unternehmlichen Klassenkampf gebene einheitliche Schlachtlinie des kämpfenden Proletariats zurückruft und sie von ihren verhängnisvollen Fehlschlüssen überzeugt, so daß sie wieder als disziplinierte Schar in Reich und Glied für die Befreiung der Arbeiterklasse von wirtschaftlicher und geistlicher Knechtschaft mitkämpfen.

Sonstige Anträge.

Sächsischer Kreis: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand hat dahin zu wirken, daß für die im Dienste der sozialdemokratischen Presse stehenden Kolporteurs und deren Angehörige eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen wird, ähnlich der „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten“.

Höchst: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Kreiswohlfahrvereine soweit möglich feststellen, in welchem Kreise wegziehende Genossen ihren Wohnsitz nehmen, und der Umzug der Parteimitglieder aus einem Wahlkreise in einen anderen der bezügl. Kreisleitung des neuen Wohnortes mitgeteilt wird.

Bremen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß zu den stattfindenden Geschäftsführerkonferenzen eine Vertretung der in Parteidruckereien beschäftigten Personale zugelassen wird, da es nicht mehr wie recht und billig ist, wenn auf diesen Konferenzen Beschlüsse gefaßt werden, die für die Personale von weittragender Bedeutung sind, denselben auch eine Vertretung zugesprochen wird, die durch Teilnahme an den Beratungen imstande ist, den berechtigten Wünschen ihres Auftraggeber Ausdruck zu geben.

Ferner ist in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise sich eine Regelung der sozialpolitischen Einrichtungen in Parteidruckereien sowie die Schlichtung von in denselben aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Differenzen herbeiführen läßt, da hierzu die örtlichen Kommissionen nicht für alle Fälle die geeigneten Instanzen sein dürften.

Berlin, 4. Kreis, Genosse Kulczynski: Der Parteitag beschließt, die Genossen in den Stadt- und Gemeindevertretungen zu beauftragen, dahin zu wirken, daß in jedem Dorf und jeder Stadt Luft-, Licht-, Sonnen- und Wasserbäder eingerichtet werden, in den Schulen und Fortbildungsschulen der Unterricht im Schwimmen eingeführt wird.

Berlin, Genosse Galtzer: In der Präferenzliste des Parteitagess wird außer Name, Wohnort, Wahlkreis, auch der jeweilige Beruf oder das Gewerbe der Mitglieder des Parteitagess angegeben.

Breslau, Löbe und sechs Genossen: Der Parteitag bewahrt, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ mehrfach Artikel der Genossen Rosa Luxemburg zur Frage des Klassenkampfes und der republikanischen Propaganda aus opportunistischen Gründen zurückgewiesen hat. Er wünscht, daß in der „Neuen Zeit“, unserer wissenschaftlichen Wochenchrift, in Zukunft solche einjagende tatsächlichen Fragen frei debattiert werden können.

Tagesordnung des nächsten Parteitagess.

Brandenburg: Die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagess zu setzen.

Bremen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagess die Reichsfinanzreform zu setzen.

Ort des nächsten Parteitagess.

Solingen: Der Parteitag wolle beschließen, den nächsten Parteitag in Solingen abzuhalten.

Die Fleischnot.

Keine bemerkenswerte Verteuerung.

Unter der herrschenden Teuerung leidet in besonders starkem Maße die großstädtische Bevölkerung. Auf das Nahrungs- mittelangebot angewiesen, ist sie kaum in der Lage, durch einen plötzlichen Wechsel in der Ernährung einen Druck auf den Preis einer bestimmten Ware auszuüben. Dazu ist in dem aufreibenden Großstadtgetriebe, bei der hier üblichen intensiven Arbeit die Fleischnahrung eine Hauptgrundlage der Kräfte- und Gesunderhaltung. Aus dieser Erkenntnis heraus hat denn auch schon eine Reihe Städte an die Regierung die Aufforderung ergehen lassen, durch Einfuhr- erleichterung für Vieh und Fleisch der immer noch wachsenden Not entgegen zu arbeiten. Es muß daher Bestrebten und Empörung auslösen, daß der Magistrat der Reichshauptstadt Verstoß anstatt die Führung in der Protestbewegung gegen die Untätigkeit der Regierung in der Fleischnotfrage zu übernehmen, sich vollständig passiv verhält. Oder sollte es gar richtig sein, was bürgerliche Blätter berichten? Dann müßte von einem Skandal gesprochen werden, von einer unerhörten kaum glaublichen Verletzung der Interessen der gesamten Bevölkerung. Nach Presseberichten befaßte der Berliner Magistrat sich wohl schon mit der Angelegenheit, hat jedoch beschloffen, von irgend welchen Maßnahmen abzusehen, weil die Preise, speziell die für Schweinefleisch, noch nicht bemerkenswert gestiegen seien! Wenn ein Millionär für seine Person solcher Ansicht ist, braucht man sich darüber nicht aufzuregen, der Magistrat von Berlin ist aber verpflichtet, die Zahlungsfähigkeit der Arbeiter, Handwerker und Kleinbürger als Maßstab seines Urteils gelten zu lassen. Die Meldung von der sonderbaren magistratischen Ansicht ist nicht dementiert worden.

Die Vertretung der Stadt Berlin hat durch ihr Verhalten die Wuchergeilste der Fleischverteurer noch weiter angeheizt, der schamlosesten Blünder seinen stadtväterlichen Segen erteilt! Wie der Magistrat zu der Ansicht hat kommen können, die Preise seien noch nicht bemerkenswert gestiegen, bleibt besonders dann unerfindlich, wenn man die vom königlichen Polizeipräsidenten ermittelten Nahrungsmittelpreise anschaut. Die Nachweisungen über den Monat Juni enthalten zum Beispiel folgende Angaben: Es kostete im Durchschnitt für die ganze Stadt ein Kilogramm Mark:

Table with 4 columns: Month, Rindfleisch Keule, Rindfleisch Bauch, Schweinefleisch, Hammelfleisch. Rows for April 1910 and Juni 1910.

Innerhalb weniger Monate ist der Preis gestiegen: für Rindfleisch um 11,8 resp. 15,4 Proz., für Schweinefleisch um 11,8 Proz. und für Hammelfleisch gar um 18,8 Proz. Seit Juni sind die Preise wiederum beträchtlich hinauf geklettert. Rindfleisch kostet jetzt 2,20 bis 3,00 M., sogar für Weinstücke werden jetzt 2,00 M. pro Kilogramm verlangt und für Schweinefleisch 2 M. bis 2,50 M. Trotzdem liegt für den Berliner Magistrat immer noch kein Anlaß vor, Schritte zu unternehmen, um der Not zu steuern. Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit und der tiefgehenden Erregung, die sich wegen der Fleischsteuerung und der Meinungsäußerung des Magistrats der Bevölkerung bemächtigt hat, darf wohl erwartet werden, daß die Magistratsmitglieder in den für Dienstag, den 30. August, anberaumten Versammlungen erscheinen, um dort klar zu machen, daß die Klagen über Fleischsteuerung jeder Grundlage entbehren.

Kleines feuilleton.

Die Bilanz der arktischen Heppelin-Expedition. Nach Zeitungsmeldungen aus Kiel, wo die Heppelinsche Studienkommission wieder eingetroffen ist, soll das Ergebnis der Untersuchungen auf Spitzbergen und in den arktischen Gewässern durchaus zufriedenstellend sein. Der Arbeitsausschuß sei, so hieß es, davon überzeugt, daß mit Heppelin-Luftschiffen in der Arktis wissenschaftliche Forschungsfahrten unternommen werden könnten. An dieser — vorläufig doch nur theoretischen — Ueberzeugung des Arbeitsausschusses soll nicht gezweifelt werden. Es fragt sich aber doch, so wird aus aeronautischen Kreisen geschrieben, ob im konkreten Falle alles so glatt gehen würde, wie die Herren vom Arbeitsausschuß sich das anscheinend vorstellen. Es wurde von ihnen z. B. konstatiert, daß unter 30 auf Spitzbergen und im Polargebiet verbrachten Tagen nur 8 hinsichtlich des Wetters für die Fahrt mit Luftschiffen unangünstig gewesen wären. Daß während des Hochsommers die Witterung in der arktischen Zone vorwiegend gleichmäßig und ruhig ist, wußte man schon früher. Trotzdem kommen gelegentlich Sturmstöße vor, deren Anzahl in anderen Jahren vermutlich sogar größer ist wie im gegenwärtigen Sommer, in dem durch die abnormen Eisverhältnisse der hohe Norden fast andauernd ruhiges Hochdruckwetter hatte. Ob im gegebenen Falle vor derartigen gefährlichen Stürmen rechtzeitig gewarnt werden kann, steht dahin. Aber selbst, wenn ein solcher Sturm das Luftschiff vor Anker treffen würde, wäre die Gefahr nicht gering; haben wir doch in Deutschland wiederholt erlebt, daß Heppelin-Kreuzer vom Sturm zergerissen wurden. Dabei fehlt es auf Spitzbergen im Falle der Not an den helfenden Soldaten. Um solche Gefahren zu vermeiden, müßte schon eine Ballonhalle gebaut werden; das wäre aber auf Spitzbergen nicht nur ein sehr mühseliges, sondern auch äußerst kostspieliges Werk. Auch das Vorhandensein geeigneter Landungsplätze auf Spitzbergen besagt noch wenig für die praktische Durchführbarkeit von Forschungsauflügen; das Luftschiff muß doch, wenn es etwas beobachten und entdecken soll, weite Fahrten polwärts unternehmen, und ob dann im Falle irgendeiner unvorhergesehenen Havarie gleich ein geeigneter Landungsplatz vorhanden ist, ist doch sehr die Frage. Denn die Möglichkeit leichter Verankerung des Luftschiffes im Polargebiet besagt allein noch gar nichts für die Möglichkeit wirklich freier Bewegung des Kreuzers in jenen menschenleeren Eisregionen. Denn die Landungsstelle kann sich unter Umständen in einer völlig unerschließbaren Region befinden, und wenn es sich etwa um einen Schären handelt, der ohne größere Hilfsmittel nicht zu reparieren ist, so kann die Besatzung mit dem Luftschiff in die größte Gefahr kommen. Es geht eben nicht an, bei einem solchen Unternehmen mit der Gewissheit eines glatten Verlaufes zu rechnen; die Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß die leistungsfähigen Luftschiffe vorläufig noch äußerst empfindliche Organismen sind. Zwar gelingt es, soweit die Heppelinschiffe in Betracht kommen, in der Regelzahl der Fälle, die Havarien an Ort und Stelle auszubessern, aber was in Deutschland möglich ist, trifft keineswegs für die arktische Gegend Spitzbergens zu. Auch die Schwierigkeiten, die sich der Fahrt eines oder zweier Luftschiffe von Deutschland

Das dürfte besonders für die Hausfrauen interessant werden. Der Magistrat befehrt sie vielleicht, wie man bei den heutigen Fleischpreisen mit dem früheren Haushaltungsgeld auskommen kann.

Fleischpreise in Berlin und London.

Stellt man sich nach den Angaben in den Vierteljahreshäften zur Statistik des Deutschen Reiches die deutschen Schlachtgewichtspreise mit den englischen Fleischgewichtspreisen im ersten Quartal dieses Jahres zusammen, so erhält man folgendes Resultat:

Table comparing meat prices in Berlin and London. Columns: Berlin, London. Rows: Rindfleisch (bestes), Rindfleisch (billigstes), Schweinefleisch I. Qualität, Schweinefleisch II. Qualität, Kalbfleisch I. Qualität, Hammelfleisch I. Qualität, Hammelfleisch II. Qualität.

Da die Schlachtgewichtspreise um 30—40 Prozent niedriger sind als die Fleischpreise, so ist das Verhältnis für Deutschland noch viel ungünstiger, als in den vorstehenden Zahlen in die Erscheinung tritt. Der deutsche Konsument muß für sein Junkerlump tief, tief in den Säckel greifen, vielmehr: die Fleischwucherer greifen tief, sehr tief in seinen Säckel hinein und sie entrißten sich dabei über die Begehrlichkeit der — Arbeiter.

Kundgebungen gegen die Teuerung.

Der Stadtmagistrat von Nürnberg hat am 19. August einstimmig beschlossen, an das bayerische Staatsministerium eine Vorstellung zu richten, in der verlangt wird, die Regierung solle bei der Reichsregierung erwirken, daß die Fleisch- und Viehzölle aufgehoben oder stark herabgesetzt und eine möglichst ungehinderte Einfuhr von solchen Orten gestattet werde, wo eine geregelte Fleisch- und Trichinenschau besteht. Ferner wird gefordert, daß die Eisenbahn-Frachtsätze für Vieh und Fleisch erheblich ermäßigt und darauf hingewirkt wird, daß das angebrochte Verbot der Ausfuhr aus Oesterreich, das mit dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag im Widerspruch steht, nicht erlassen werde. Einzelne Härten des Fleischbeschaugesetzes sollen gemildert werden. Das Ministerium möge auch einen Landesauschub niederlegen, der weitere Maßregeln zu beraten habe.

Die Bezirksämter sollen den bayerischen Städten und dem Städte- lage zum Anschluß übermitteln werden.

Die Mainzer Handelskammer fordert die heftigste Regierung auf, bei der Reichsregierung für billige Fleischversorgung der Bevölkerung zu wirken.

Im Solinger Industriebezirk nimmt die Fleisch- teuerung außerordentliche Dimensionen an. In den letzten 14 Tagen ist das Schweinefleisch von 1 M. auf 1,40 M., Kalbfleisch von 1 M. auf 1,40 M., Rindfleisch von 90 Pf. auf 1 M. gestiegen. Die Fleischer verlangen Dämpfung der Grenzen.

Das Gemeindefolgeium in München hat am 18. August den Dringlichkeitsantrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, sofort geeignete Schritte bei der Regierung zu tun, um einer drohenden Fleischnot vorzubeugen.

Einem Dringlichkeitsantrage der sozialdemokratischen Fraktion folgend, beschloß die Stadtverordnetenversammlung in Lichtenberg am Donnerstag, den 25. August, den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung zwecks Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr vor- stellig zu werden.

Steuern und Zölle auf Fleisch!

Die gewaltige Fleischsteuerung läßt eine Untersuchung zeitgemäß erscheinen, die der Fleischverband über die Höhe der Gebühren und Zölle angestellt hat, die den deutschen Fleischkonsum belasten.

Nach der Auffassung des Fleischverbandes sind zunächst etwa 25—30 Millionen Mark Fleischunterstützungsgebühren, 25—30 Millionen Mark Viehversicherungskosten und 20 Millionen Mark

nach Spitzbergen entgegenstellen würden, dürfen nicht unterschätzt werden. Bisher ist es keinem Luftkruzer gelungen, eine derartige Strecke auch nur annähernd zurückzulegen, und bei der Entfernung vom Bodensee bis Spitzbergen handelt es sich um eine Distanz von rund 90 Breitengraden, das ist ein Sechstel der Erddistanz von Pol zu Pol. Uebrigens soll sich Prinz Heinrich dahin ausgesprochen haben, daß vorläufig an eine derartige Forschungs- expedition nicht gedacht werden könne. In zehn bis fünfzehn Jahren lasse sich das Projekt vielleicht verwirklichen. Der Prinz wird mit dieser Aeußerung wohl das Richtige getroffen haben, und man braucht sich durch die anders lautenden Meldungen von seiten des Arbeitsausschusses auch nicht irren machen zu lassen. Es ist durchaus begreiflich, daß die Herren die Zwecklosigkeit ihrer kostspieligen Expedition nicht ohne weiteres zugeben wollen. Aber man kann überzeugt sein, daß die Forschungsluftfahrt nach Spitzbergen im Jahre 1912, für das sie geplant war, nicht angetreten werden kann.

Epidemien. Wir werden niemals mehr die indische Cholera haben. Sie ist für Europa eine spezielle Krankheit des 19. Jahrhunderts gewesen, sie wird keine Krankheit des 20. Jahrhunderts sein. Trotz der furchtbaren Nachrichten über die Ausbreitung der Choleraepidemie in Russland spricht der bekannte französische Arzt Jacques Bertillon diese Behauptung in einem Aufsatz der Zeitschrift „Je sais tout“ aus. Er glaubt, daß der große Vernichter aller Krankheitsüberträger, die Keimlichkeit, in unserer Zeit bereits so fortgeschritten ist, um eine Ausbreitung der furchtbaren Menschheitsgeißel zu verhindern. Das Erscheinen der indischen Cholera in Europa war eine Folge des gesteigerten Reiseverkehrs. So lange man nicht reisen machte, blieb die Cholera Jahrhunderte hindurch in Indien. Das Immerwäherwerden der Choleraepidemien im Laufe des 19. Jahrhunderts, in Westeuropa wenigstens, ist ein schlagender Beweis für den Sieg der Kultur über die Epidemien.

Vor 1830 scheint die Cholera in Europa nicht epidemisch aufgetreten zu sein. Die Eroberung Indiens durch die Engländer mußte die Beziehungen zu Europa unendlich vermehren; die Schnelligkeit des Verkehrs brachte die Gefahren näher und näher. Aber die Menschen, die dem Uebel zunächst machtlos und sungslos gegenüberstanden, nahmen bald den Kampf mit dem düsteren Eindringling auf und haben ihn mit Erfolg durchgeföhrt. Ein Beweis dafür sind die Zahlen der Opfer, die die Epidemien in Paris während des 19. Jahrhunderts forderten. Am 26. März 1832 kam die Cholera zuerst nach Paris und tötete innerhalb von 6 Monaten 18 402 Personen; im Jahre 1849 kehrte sie zurück und forderte 19 615 Opfer. Die 6 folgenden Choleraepidemien, die sich ziemlich regelmäßig alle 10 Jahre wiederholten, waren immer weniger mörderisch. Die letzte von 1892 hatte 713 Todesfälle in ihrem Gefolge. Aus ihrem Herd in Indien macht die Cholera freilich beständig Versuche, ihre Eroberungszüge weiter auszu- dehnen. Doch ist sie in der wesentlichen auf die arabische Welt beschränkt, wo sie in der herrschenden Unsauberkeit die Grundbedin- gung ihrer Existenz findet. Mit den Pilgermassen, die sich all- jährlich nach dem Grabe des Propheten in Mekka wölgen, reisen die entscheidlichen Träger der Krankheit mit. Während also in dem Gebiet der Rusenmänner gleichsam eine ununterbrochene Kette der Uebertragungsmöglichkeiten für die Cholera vorhanden ist, macht sie auf dem Seewege ihre Einfälle in fernere Gebiete. Man hat

Verzinsung und Amortisation der mit einem Aufwand von 320 Millionen Mark erbauten städtischen Schlachthöfe aufzubringen. An Schlacht- und Fleischsteuer erheben nach dem Wegfall der kommunalen Fleischsteuer (die 1 1/2 Millionen Mark betrug) als Staatssteuer das Königreich Sachsen 5,7—6 Millionen Mark, das Großherzogtum Baden 0,8 Millionen Mark und das Großherzogtum Sachsen-Altenburg 130 000 M. jährlich, zusammen circa 7 Millionen Mark.

Die Zölle belasten den Fleischkonsum mit 5,7—8 Millionen Mark für Rinder, 1,5—2 Millionen Mark für Schweine, zusammen 9 bis 10 Millionen Mark für Lebendvieh.

Die Fleischzölle weisen infolge des starken Wechsels in der Ein- fuhr große Schwankungen auf; sie stellten sich in den letzten Jahren auf 4,6—6,7 Millionen Mark, für Schmalz auf 12—13 Millionen Mark.

Bemerkenswert hierbei ist, daß die Zölle für Rindvieh bis zum Jahre 1902 4 Proz., von da ab bis zur Einführung des neuen Zoll- tarifs 8 Proz. des Wertes ausmachten, während sie unter dem neuen Zolltarif in den letzten Jahren trotz der eingetretenen Preissteigerung sich auf 10 Proz. erhöhten! Der Schweinezoll stellte sich in den Jahren 1901—1905 auf 4,5 Proz. des Wertes, nach Abänderung des Zolltarifs stieg er auf 9 Proz. des Wertes. Der Fleischzoll stieg von 14—15 Proz., nach Einführung des neuen Zolltarifs auf 19 bis 21 Proz. des Wertes.

Es ist indes bei alledem zu berücksichtigen, daß die Einfuhr durch Untersuchungsgebühren, die dänische Rindereinfuhr durch die Tuberkulinprobe und Quarantäne usw. noch erheblich verteuert wird. Die Einfuhrzölle stellen sich bei einem Döfen von 500 Kilogramm Lebendgewicht ohne den Zoll auf etwa 40 M. pro Stück; bei der dänischen Einfuhr betragen die Kosten der Quarantäne allein 16 M., dazu kommen 2 M. Untersuchungsgebühren.

Berechnet man die Stückzölle auf das Durchschnittsgewicht, so ergibt sich: der Zoll pro Doppelzentner wurde erhöht:

Table showing duty rates per double centner for various types of meat: Döfen von 5,10 auf 8 M., für Kühe und Bullen von 1,80 auf 8 M., für Kälber von 0,60 auf 8 M., für Schafe von 1,70 auf 8 M., für Schweine von 3,30 auf 9 M., für frisches Fleisch von 15 auf 35 M.

Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz.

Kopenhagen, 26. August 1910.

(Vorläufiger telegraphischer Bericht.)

In dem mit den roten Bannern der parteieigenen Organisationen Dänemarks reich geschmückten Saale des „Arbejdetes Forsamlingsbygning“, des Kopenhagener Volkshauses, trat heute Freitag vormittag die zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz zusammen, zu der Einladungen an die sozialistischen Partei- und Frauenorganisationen sowie an alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen ergangen sind. Auf die Tagesordnung der Konferenz stehen der Ausbau der Verbindungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder, ferner Mittel und Wege zur Eroberung des allgemeinen Frauenwahlrechts und als weiterer Hauptpunkt die soziale Fürsorge für Mutter und Kind. Die Konferenz ist bedeutend fröhler besetzt als die erste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, die bekanntlich in Stuttgart 1907 in Verbindung mit dem VII. Internationalen Sozialistenkongress stattfand. Vertreterinnen von 16 Nationen sind zur Stelle, Genossinnen aus Deutschland, Oesterreich, Rußland, Polen, Finnland, aus der Schweiz, Holland, Ungarn, aus Norwegen, England und Nordamerika. Unvertreten sind Belgien und Frankreich. Die deutschen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen haben diesmal ausschließlich Genossinnen zur Frauenkonferenz entsandt. Unter anderen sind erschienen Genossinnen Klara Zetkin-Stuttgart, Hel. Ottlie Baader-Berlin, Frau Luise Bieh-Berlin, Frau Gradnauer-Dresden. Genossin Rosa Luxemburg nimmt an der Frauenkonferenz nicht teil, wohl aber am Kongress. Oesterreich ist durch Genossin Popp und England durch die Genossin Macdonald, die Gastin des Parlamentsmitglied, ver-

die Ratten als die gefährlichsten Verbreiter der Cholera erkannt. Ein französischer Gelehrter Dr. Simond hat festgestellt, daß die eigentlichen Träger der Pest, die sich ja auch wieder in Oestria regt, sowie der Cholera die Höhle der Ratten sind. Die Ratten haben wohl die Krankheitsüberträger, aber sie übertragen sie nicht direkt, sondern wenn die Ratte tot ist, suchen sich ihre Höhle einen neuen Gastgeber. Durch ihre Biß bringen sie dem neuen Opfer den Keim der Krankheit bei, den sie von ihren früheren Mitge- bracht haben. Neben den Höhlen der Ratten sind es die Mistkäse, die das Sumpfsieber und das gelbe Fieber verbreiten, ist es die Fleck-Plage, die die Schlafkrankheit hervorruft. Das wichtigste Mittel im Kampf gegen die Epidemien ist und bleibt die Sauberkeit.

Einen Besuch auf der Insel der sterbenden Hunde schildert ein englischer Korrespondent. Die unglücklichen Straßenhunde von Konstantinopel, die nun auf der Insel Orta im Marmarameer ausge- setzt sind, sollten nach einem Besahle der Stadtbehörden vergiftet und tald von ihren Leiden befreit werden; auch eine schnelle Ver- erdigung der Kadaver war angeordnet; aber leider ist nichts der- artiges bisher geschehen. Der Türke hält es für unmenschlich, einen Hund zu töten, aber gegen die Qualen der langsam hinsiehenden Tiere ist er völlig gleichgültig und kümmert sich nicht um das Schicksal der ausgelegten Hunde. Ein furchtbares Bild des Glends und der Verzweiflung bot sich auf der Insel dar. Überall lagen tote und sterbende Tiere; von den bereits verendeten Genossen nährten sich die noch überlebenden. Um die verwesenden Kadaver haben sich ungeheure Mengen von Fliegen gesammelt, die sogleich auch die sich der Insel nahenden Menschen bedecken und den Aufenthalt fast un- möglich machen. Unter diesen Hosen verendender, verfaulender und zerfleischer Hunde waren aber auch viele, die noch Kraft besaßen und dem Tode zähnen Widerstand leisteten. Der Mangel an frischem Wasser wird sie freilich über kurz oder lang auch neben ihre toten Genossen hinstrecken. Etwa 1/2 Duzend Männer füttern die Hunde zweimal am Tage und zu diesem Zweck wird allwöchent- lich Brot auf die Insel gebracht. Doch diese dürftige Ernährung kann nur ihr Leiden verlängern, nicht das Ende abwenden. Die Hunde sind immer ruhiger geworden und scheinen in dumpfer Verzweiflung zu verharren. Sie greifen die Besucher beim Landen mit einem wehmütigen Weheln ihrer Schwänze und trocken winselnd heran, wie wenn sie sagen wollten: „Rehmt uns mit fort von diesem unbilligen Fleck.“ Einige verjuchten, hinter dem abfahrenden Boote herzu schwimmen, aber sie mußten bald davon absehen, da sie schon zu schwach waren. Täglich sterben etwa 200 Hunde. Ein findiger Franzose hat auf der Insel eine Industrie eingerichtet; er zieht den Kadavern die Haut ab und löst sie, um die Knochen zu gewinnen; Haut und Knochen werden nach Europa exportiert.

Notizen.

Theaterchronik. Das Moderne (früher Heibel) Theater eröffnet am 1. Sept. seine Spielzeit unter der neuen Direktion Ernst Gettke mit der Erstaufführung der dreiaktigen Komödie „Die Wespe“ von André Picard.

Der 11. internationale Geologenkongress, der in Stockholm stattfand, wurde am Donnerstag geschlossen. Der nächste Kongress findet 1913 in Kanada statt.

treten. Unter den fünf von Finnland entsandten Genossen befinden sich drei weibliche Landtagsabgeordnete und unter der dänischen Delegation die Genossin Stadträtin Johanne Krohn-Rosenbagen. Besondere Beachtung verdient auch eine sozialistische Bürgermeisterin, der den Internationalen Kongress zu einem Empfang auf das Rathaus geladen hat. — Nach herzlicher Begrüßung der Konferenz durch Genossin Mac-Rosenbagen im Namen der politisch organisierten Frauen Dänemarks übernahm Genossin Clara Zellin als internationale Sekretärin und Eindrucksgeberin den Vorsitz und leitete in begeisterter Ansprache die Fortschritte der internationalen sozialistischen Frauenbewegung

in den letzten drei Jahren. Die Aufgabe der Konferenz ist, die sozialistischen Frauen aller Länder in einer geschlossenen Phalanx zu vereinen. Gerade die Frauen sind hervorragend interessiert am Ausbau der sozialistischen Gesellschaft. Unser Zukunftsbild ist nicht nur das des befreiten Weibes, sondern das der gesamten höher entwickelten und befreiten Menschheit. (Stürmischer Beifall.) Hierauf erläuterte zunächst die Vertreterinnen der einzelnen Nationen eingehende Berichte über den Stand der Frauenbewegung in ihren Ländern. Genossin Zellin beantragte zur finnländischen Frage eine Resolution, in der die Frauenkonferenz ihren Abscheu über das türkische Verbrechen des russischen Jazismus gegen die politische Freiheit Finnlands, des Landes mit dem demokratischsten Wahlrecht der ganzen Welt, zum Ausdruck bringt. Die Frauenkonferenz beklagt die finnländische Arbeiterpartei dazu, daß sie im Vordereffekt des Kampfes für das nationale Bestimmungsrecht und die politischen Rechte ihres Landes gegen die Kräfte des Jazismus steht.

Zur Begründung der Resolution führte Genossin Zellin aus: Wenn dem Jazismus die Vollenkung des geplanten Verbrechens gelingt, dann wird der Verlust der Selbstständigkeit Finnlands, eine Entrechtung des Volkes und eine Verklüftung der arbeitenden Massen die Folge sein. Darum begleiten wir mit der größten Begeisterung den Freiheitskampf, den das finnländische Volk unter Führung der Sozialdemokratie jetzt ausführt. (Stürmischer Beifall.) Die Resolution wurde unter stürmischen Beifall, Kundgebungen einstimmig angenommen. Genossin Larsson-Wiborg, Mitglied des finnischen Landtages, dankte namens der finnischen Delegation für diese wichtige Sympathiekundgebung der berufenen Vertreterinnen der sozialistischen Frauenwelt zugunsten des um seine Existenz ringenden finnländischen Volkes. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Hierauf wurde über die Organisation der internationalen sozialistischen Frauenbewegung beraten. Ein holländischer Antrag auf Gründung eines internationalen Frauenkongresses in Brüssel wurde zurückgezogen, nachdem Genossin Zellin unter Hinweis auf die mangelnden Mittel den Antrag als unausführbar bezeichnet hatte. Außerdem beschloß die Genossinnen bereits ein derartiges Organ in der „Gleichheit“. Hierauf wandte man sich zur Beratung der Mittel und Wege zur Erörterung des allgemeinen Frauenwahlrechts. Genossin Morris-England trat für Annahme der vom Genossen Radonahil im Unterhaus eingebrachten Verfassungsbill ein, während Miß Montefiore sich dagegen wandte. Die Fortsetzung der Beratungen wurde auf Sonnabend vertagt.

Aus der Partei.

Die Münchener Genossen zur Budgetbewilligung.

Aus den Verhandlungen der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins München vom Montag, deren Ergebnis, Annahme einer Resolution für Aufhebung der Münchener Resolution, wir bereits gemeldet haben, sei das Folgende hervorgehoben:

Der Redner, Landtagsabg. Genosse Franz Schmitt, wies darauf hin, daß nach dem Münchener Parteitag die Erklärung der 88 süddeutschen Delegierten von den Münchener Parteigenossen einstimmig gebilligt wurde, und meinte, es wäre sonderbar, wenn man heute einen anderen Standpunkt als den damals vertretenen einnehmen würde. Auch aus dem bayerischen Parteitag, der dem Münchener Parteitag folgte, habe Genosse Kuer die Erklärung der 88 rekapituliert, ohne Widerspruch zu finden. Seit zwei Jahren aber hätten sich die Verhältnisse nicht wesentlich geändert. Wir stehen daher noch heute auf dem Boden der Münchener Erklärung, die die Frage der Budgetbewilligung als eine Frage der Politik erklärt. Es geht nicht an, in der Budgetfrage die Genossen, die in den Landtagen tätig sind, ein für allemal zu binden, weil man die jeweilige Situation nicht voraussehen kann. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo auch in Norddeutschland ein Umsturz in der Auffassung eintreten wird, insbesondere, wenn es nach Aenderung des preussischen Wahlrechts der Partei gelingt, eine größere Zahl von Genossen in den Landtag hinein zu bringen.

Den Standpunkt der Gegner der Budgetbewilligung vertrat Genosse Rechtsanwalt Hofmann. Auch er ist der Ansicht, daß die Budgetfrage keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage ist. Aber die Minderheit müsse sich der Mehrheit unterordnen, selbst dann, wenn der Beschluß derselben nicht weise ist. Die Politik der bayerischen Genossen sei eine reine Opportunismuspolitik; aber diejenigen, die den Ausschluß der Budgetbewilliger verlangen, handeln unverantwortlich. Genosse Hofmann verurteilt entschieden die Art und Weise, wie in der norddeutschen Parteipresse die Angelegenheit behandelt worden ist.

Genosse Redakteur Gruber erklärt die Haltung der „Münchener Post“, die nicht durch Parteimahne für oder wider Del ins Feuer habe gehen wollen. Eine Verletzung sei insofern bereits gegenüber früher zu verzeichnen, als auch ein großer Teil der norddeutschen Parteigenossen heute anerkennen, die Budgetfrage sei keine prinzipielle, sondern lediglich eine taktische Frage. Genoss sei Disziplin notwendig, aber der Verpflichtung der Minderheit, sich der Mehrheit unterzuordnen, stelle die Verpflichtung der Mehrheit gegenüber, die Minderheit nicht brutal zu verweigern. Auf dem Münchener Parteitag ist der Minderheit nicht in dem Maße Rechnung getragen worden, wie es das Interesse der Partei verlangt hätte. Demen, die glauben, das Geschehene noch mehr schärfen zu müssen, gibt Gruber zu bedenken, welche schlimme Schädigungen der Partei durch den Dresdener Parteitag erwachsen seien. Die Partei der Freiheit darf sich nicht auf den Boden der Kirche stellen und die Inquisition einführen.

Im gleichen Sinne sprach Genosse Rauere.

Ueber Gefälligkeitsmandate

regt sich der Korlsruher „Volksfreund“ auf. Er behauptet, daß der Genossin Rosa Luzemburg in Barmen, dem Genossen Kautsky in Elberfeld-Barmen Gefälligkeitsmandate aufgestellt wurden und schreibt dazu:

„Schon frühere Parteitage haben die Norm aufgestellt, daß Gefälligkeitsmandate zu verwerfen sind und zu verlangen ist, daß der Mandatshaber entsprechende persönliche Beziehungen zu dem Reize unterhält, der ihn erkundet.“

Was würde in der gegenwärtigen Zeit die norddeutsche Parteipresse sagen, wenn z. B. Genosse Kolb sich zum Magdeburger Parteitag ein Gefälligkeitsmandat aufstellen ließe oder ausstellen lassen müßte!

Gefälligkeitsmandate sind gewiß zu verwerfen. Von Gefälligkeitsmandaten kann aber nur die Rede sein, wenn ein Genosse von einem Wahlkreise, dem er unbekannt ist, ein Mandat erhält. Wenn, wie es vorgekommen ist, ein Georg Bernhard auf seinen Wunsch vom Wahlkreise Weiskau-Land delegiert wurde, den er bis dahin nie betreten hatte, so darf man von einem Gefälligkeitsmandat sprechen. Die Genossin Luzemburg und der Genosse Kautsky sind allen deutschen Genossen, also auch denen der selben Kreise, die sie delegierten, genau bekannt. Sie haben sich um diese Mandate nicht beworben, sie sind vielmehr von den Genossen jener Kreise aufgefordert worden, die Delegation anzunehmen. Die Genossen jener Kreise legen eben Wert darauf, durch diese Genossen, deren Richtung ihnen bekannt ist, vertreten

zu werden. Dem Genossen Kautsky ist auch noch von einigen anderen Wahlkreisen ein Mandat angetragen worden, er hat das von Elberfeld angenommen. Der Korlsruher „Volksfreund“ mag sich also beruhigen, von Gefälligkeitsmandaten kann hier in keiner Weise geredet werden. Die Wählbarkeit eines Genossen auf den Wahlkreis seines Wohnortes beschränken zu wollen, — wie es auch die „Reinliche Zeitung“ tut — das wäre eine derartige Beschränkung der Wahlfreiheit, wie sie nicht einmal das preussische Dreiklassenwahlrecht kennt.

Bündnispolitik in Baden.

Aus Baden schreibt man uns:

Die in Baden beliebte Bündnispolitik hat in Wörringen, einem größeren Orte bei Bruchsal, eine sonderbare Blüte gefunden. Die Liberalen hatten unseren Genossen einen Sitz im Gemeinderat angeboten, was auch akzeptiert worden war. Da aber die Bauernbündler, um die Liberalen auszuschließen, unseren Genossen zwei Sitze boten, so ließen diese sich, weil sie meinten praktische Politik treiben zu müssen, leider verleiten, hierauf einzugehen. Der Erfolg dieser vermeintlich praktischen Politik aber war, daß die Bauernbündler die Namen unserer Genossen auf dem Stimmzettel vielfach strichen und somit die Sozialdemokraten unterlagen und anstatt zwei Sitze keinen einzigen Sitz erhielten. Auf die Zuverlässigkeit der Gegner zu bauen ist, wie Figura zeigt, auch in Baden ein sehr gewagtes Spiel.

Ein wichtiger Beschluß.

New York, 10. August. (Sig. Ver.) Die National-Exekutive (Parteiorgan) der sozialistischen Partei hielt gestern und vorgestern in New York eine Sitzung ab, um unter anderem Stellung zu nehmen zu der Gründung einer sogenannten Arbeiterpartei im Staate Arizona und damit zu derartigen Gründungen überhaupt. An der Wiege der neuen Partei standen Mitglieder der Western Federation of Miners (Vergewerksverband des Bergens), die als besonders zielbewußte Gewerkschaft betrachtet wird, und leider auch 5 Parteiorganisationen jenes Staates Gebatter, während verschiedene andere Parteiorganisationen der Sache durchaus nicht ablehnend gegenüber standen. Der Parteivorstand faßte nun einstimmig folgende Resolution:

„Der Parteivorstand erhielt von Parteimitgliedern und Parteibeamten des Staates Arizona verschiedene Zuschriften, aus denen hervorgeht, daß bei dem bevorstehenden Wahlkampf für die Vertreter zur konstituierenden Versammlung des neuen Staates die Mitglieder unserer Partei über die Frage der Unterstützung der neuen Arbeiterpartei von Arizona oder der Forderung eines selbständigen Wahlkampfes geteilter Meinung sind. Einzelne Mitglieder der Parteiorganisation in Arizona nahmen auch Anstoß daran, daß der Parteivorstand ein Verfassungsprogramm für die bevorstehende Kampagne aufgearbeitet hat, und bezeichnen diesen Schritt als einen unberechtigten Eingriff in die Angelegenheiten der Partei von Arizona.“

Der Parteivorstand hat ein Verfassungsprogramm für die Staaten New Mexico und Arizona nur entworfen auf Anregung des Nationalorganisations, der in beiden Staaten tätig war und die Versicherung gab, daß die Genossen beider Staaten einen solchen Entwurf herzlich willkommen heißen würden. Von einem Aufwachen des Programms kann keine Rede sein, ebenso wenig war es bindend, solange es nicht die volle Zustimmung der Staatsorganisation gefunden hat.

Der Parteivorstand möchte indessen beifügen, daß sein Verfassungsprogramm sehr sorgfältig entworfen worden ist und nach Ansicht des Parteivorstandes die Stellung der Sozialisten vollständig und korrekt prägt, wogegen das Programm der Arbeiterpartei durchaus ungenügend und inkonsequent ist nicht nur vom Standpunkt eines Sozialisten, sondern selbst vom Standpunkt der fortschrittlichen Arbeiterbewegung. Es schließt nicht einmal solche Lebensfragen der internationalen, modernen Arbeiterbewegung ein, wie Alterspensionen, staatliche Versicherung der Arbeiter gegen Krankheiten, Invalidität, Unfälle und Arbeitslosigkeit oder das unbeschränkte Recht der Anwendung von Streiks und Boykott und ähnliche wichtige Forderungen, sondern ist zusammengesetzt aus einem Sammelsurium von sozialistischen, populistischen und Bourgeois-Reform-Maßnahmen.

Ob eine Allianz zwischen der sozialistischen Partei und der organisierten Arbeiterbewegung in Arizona zum Zwecke der Erhaltung gemeinschaftlicher Delegierten zum Verfassungskongress unter irgend welchen Bedingungen gerechtfertigt war, ist eine rein theoretische Frage, deren Erörterung wir angesichts des in unserem Organisationsstatut enthaltenen ausdrücklichen Verbots unterlassen können. Artikel 10 Absatz 3 des Statuts lautet:

„Das Programm der Sozialistischen Partei ist der höchste Meinungsausdruck der Partei und alle Staats- und Municipalprogramme sollen damit übereinstimmen; keine Staats- oder Ortsorganisation soll unter irgend welchen Umständen mit irgend einer anderen politischen Partei oder Organisation eine Verbindung oder ein Kompromiß eingehen oder sich der Auffstellung von Kandidaten zum Zwecke der Begünstigung solcher anderer Organisationen enthalten, noch soll irgend ein Kandidat die Nominierung oder Indossierung irgend einer anderen Partei oder Organisation annehmen.“

Indem gewisse Genossen von Arizona mit der Arbeiterpartei ein Bündnis schloßen und von der Auffstellung eigener Kandidaten für den Verfassungskongress Abstand nahmen, verletzen sie die angeführte Bestimmung des Statuts. Der Parteivorstand darf eine solche grobe Verletzung des Statuts nicht dulden, sondern verurteilt sie aufs schärfste. Die Reinheit der Partei und unserer Bewegung hängt zum sehr großen Teil von der heiligen Disziplin unserer Parteimitglieder und der Beachtung unserer selbstgegebenen Gesetze und Regeln ab. Wenn irgend eine Bestimmung unseres Statuts unverändert ist oder nicht im Interesse unserer Bewegung liegt, so schafft man Abhilfe durch Aenderung derselben, nicht durch deren Verletzung.“

Die gleichfalls in der Sitzung des Parteivorstandes erstatteten Berichte über den Stand unserer Bewegung lassen eine erfreuliche Stärkung unserer Organisationen in fast allen Staaten erkennen.

Jugendbewegung.

Eine Krone der Jugendbewegung.

Soeben erschien:

Die Jugendbewegung der sozialistischen Internationale von Dr. Robert Danneberg. Preis 40 Pf. Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI, Gumpendorfer Straße 18. Anschließend an den internationalen sozialistischen Kongress wird in Kopenhagen die zweite internationale Jugendkonferenz tagen. Aus diesem Anlaß hat das internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen einen Bericht herausgegeben, der über die Entwicklung der Jugendbewegung aller Länder in den letzten drei Jahren informiert. Am eingehendsten wurde die deutsche und die österreichische Jugendbewegung besprochen. Flugblätter, Statuten, Programmresolutionen aus den verschiedensten Ländern informieren über den Charakter der proletarischen Jugendbewegung aller Nationen. Wer sich für die neueste Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung interessiert, wird diesen Bericht, der auch gewissermaßen eine Ergänzung zu dem vom internationalen Bureau in Brüssel herausgegebenen Bericht über die sozialistischen Parteien bildet, lesen müssen. Der Preis der 4 1/2 Bogen starken Broschüre beträgt 40 Pf. Bei Mehrabnahme tritt eine entsprechende Ermäßigung ein. Bestellungen sind ausschließlich an die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18, zu richten.

Aus Industrie und Handel.

Die deutsche Viehzucht.

Die Fleischnot lenkt unwillkürlich die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Viehzucht in Deutschland. Schon die

Latsche der Fleischnot zeigt, daß diese Entwicklung keineswegs normal sein kann. Die Entwicklung der Viehzucht wurde durch die Verteuerung der Futtermittel und durch die künstliche Begünstigung des Getreidebaues auf Kosten der Viehzucht aufgehalten. Das den Getreidearten und Hülsenfrüchten zugewiesene Land ist von 15,7 Millionen Hektar im Jahre 1883 auf 16,0 Millionen Hektar im Jahre 1900 gestiegen, während für Futterpflanzen 1883 rund 2,4 und 1900 nur 2,0 Millionen Hektar zur Verfügung standen. Gleichzeitig sind die natürlichen Weiden bedeutend eingeschränkt worden. Die Kuterweiden und Trache nahmen 1883 noch 8,24, im Jahre 1900 nur noch 2,28 Millionen Hektar ein.

Die natürliche Folge davon war, daß die Vermehrung des Viehstandes mit der Zunahme der Bevölkerungszahl keineswegs gleichen Schritt halten konnte. So stieg die Bevölkerung von 1870 bis 1905 von 40,8 Millionen auf 60,6 Millionen oder um circa 20 Millionen. Die Entwicklung der Viehzucht in derselben Zeit wird durch folgende Angaben beleuchtet:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen
	in 1000 Stück				
1873	3352	15 776,7	24 999,4	7 124,1	2820,0
1907	4345	20 690,5	7 708,7	22 146,5	8554,0
	+ 993	+ 4 883,2	- 17 295,7	+ 15 022,4	+ 1234,0

Während die Bevölkerung um 47,7 Proz. zugenommen hat, ist die Zahl der Pferde und des Rindviehs um circa 30 Proz. gestiegen. Die Vermehrung der Schweine und Ziegen wird zahlenmäßig durch die Abnahme der Zahl der Schafe ausgeglichen.

Ein Vergleich mit einigen anderen Industrieländern zeigt, wie rückständig die deutsche Viehzucht noch ist. Auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche kamen um die Mitte der 90er Jahre

	Großbritannien und Irland	Niederlande	Deutschland
Pferde	9,10	12,77	10,88
Rindvieh	72,52	74,02	52,44
Schafe	67,14	82,68	38,78
Schweine	28,12	31,76	41,71

Von Interesse ist noch die Entwicklung der landwirtschaftlichen und der städtischen Viehzucht. Für 1896 wurde berechnet, daß die „Haltung von Schweinen und Ziegen fast ganz in Betrieben mit Landwirtschaft oder Molkerei erfolgt“; ferner daß „von den Pferden fast 1/10, vom Rindvieh und von den Schafen über 1/10 in landwirtschaftlichen Betrieben vorhanden sind.“ Die Angaben über Preußens Viehstand beweist, daß die Entwicklung zugunsten der landwirtschaftlichen Viehzucht vor sich geht. So waren in Preußen

	Pferde	Rindvieh	Schweine
	in 1000 Stück		
nach der Viehzählung	3046,3	12011,6	15095,8
nach der Betriebszählung	2474,0	11785,8	12018,4
nach der Viehzählung mehr als nach der Betriebszählung	572,3	225,8	2987,4

Die Rindviehzucht hat sich bei den mittleren und großen Grundbesitzern seit 1895 vermehrt, während sie in den Parzellenbetrieben bedeutend zurückging und in den Kleinbetrieben unverändert blieb. Die Pferdezahl, pro 100 Hektar gerechnet, verminderte sich in den Wirtschaften aller Betriebsgrößen. Im allgemeinen hat der Kleinbetrieb eine viel intensivere Viehzucht als der Großbetrieb. Es kamen auf 100 Hektar:

	Pferde	Rindvieh	Schweine
in Betrieben bis 0,5 Hektar	2	66	662
von 0,5 - 2	3	81	214
2 - 5	5	90	115
5 - 20	14	66	70
20 - 100	13	53	40
100 und mehr	8	33	19

Den Kleinbetrieben ist die Viehzucht durch die Zollpolitik bedeutend erschwert worden, was zum Teil zur Einschränkung der Viehzucht führte. Andererseits begünstigt dieselbe Zollpolitik die Ausdehnung des Großbetriebes, was wiederum auf Kosten der allgemeinen Viehzucht vor sich geht.

Die Entwicklung der Fleischpreise wurde durch zwei Faktoren bestimmt: durch die Entwicklung der Weltmarktpreise und durch den einheimischen Konsum.

Indes sind die Fleischpreise in Deutschland infolge des ausgefallenen Grenzsperrsystems in viel geringerem Maße von der ausländischen Konkurrenz abhängig als die Getreidepreise.

Die Entwicklung des Fleischpreises auf dem Weltmarkt und die in Deutschland kann man aus folgenden im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ angeführten Angaben ersehen. Danach waren die Preise in Berlin

im Jahresdurchschnitt	Rindfleisch pro Kilogr. 85 Pf.	Schweinefleisch 100 Pf.
1851—1860	100	108
1861—1870	125	127
1871—1880	117	124
1881—1890	126	132
1901—1905	140	145
1906	159	163
1907	160	149

Die amerikanische Konkurrenz war aber auf diesem Gebiete nur von vorübergehender Wirkung. Schon in den 90er Jahren war der Fleischpreis höher als in den 70er Jahren. Seitdem steigt er ununterbrochen, so daß der Rindfleischpreis 1907 doppelt so hoch war als in den 50er Jahren.

Auf dem englischen Markte übte die Konkurrenz einen viel bedeutenderen Einfluß aus.

Es kostete (in Pfennigen) in London ein Kilogramm

Jahresdurchschnitt	absolut	mehr oder weniger als in Berlin	absolut	mehr oder weniger als in Berlin
1851—1860	100	+15	110	+4
1861—1870	112	+12	120	+12
1871—1880	131	+6	124	-3
1881—1890	112	-5	103	-16
1891—1900	100	-26	108	-32
1901—1905	108	-82	106	-39
1906	102	-57	115	-53
1907	107	-53	106	-43

Ähnlich wie in Berlin entwickelte sich der Fleischpreis auch in den anderen Städten Deutschlands. In dieser Hinsicht ist eine Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt München von Interesse.

Danach betragen die Durchschnittspreise pro Kilogramm Pfennige:

Jahre	Rindfleisch	Kalbfleisch	Schweinefleisch
1821/5	42	39	51
1831/5	46	48	59
1841/5	51	56	67
1851/5	57	60	82
1861/5	72	41	94
1871/5	107	118	124
1881/5	117	95	141
1891/5	123	116	135
1901/5	134	132	154
1906	150	158	178
1907	153	150	153

In München hat sich also die amerikanische Konkurrenz absolut nicht fühlbar gemacht, vielmehr steigt hier der Fleischpreis ununterbrochen, so daß er jetzt um 3 bis 4 mal höher ist als in den 20er Jahren

Und diese Entwicklung hält auch noch weiter an, wenn den unerschämten, von unerfährlicher Raffgier getriebenen Grenzsperr- und Schutzpolitikern das Handwerk nicht gelegt wird.

Ein „sanfter“ Zwang. Daß die Kartelle der Montanindustrie sich untereinander schleppendste leisten, ist bekannt. Jetzt will das Kohlenkartell die widerstrebenden Siegerländer Hoheisenwerke für den Anschluß, dem allgemeinen deutschen Hoheisenkartell beizutreten, begeistern. Es läßt nämlich eine Nachricht in der Presse veröffentlicht, nach welcher eine vertrauliche Besprechung unter seinen Mitgliedern stattfand, in der die Frage einer Ausfuhrvergütung an die Siegerländer Werke erörtert wurde. Zugleich hat man sich darüber unterhalten, wie man die Siegerländer in das Hoheisenkartell aufnehmen will. Es soll dies nur im ganzen geschehen. Selbstverständlich hoffen die großen rheinisch-westfälischen Werke, daß der Gesamtheit der Siegerwerke nicht eine so hohe Quote beizuliegen zu werden braucht, wie den einzelnen. Ob der sanfte Druck, den das Kohlenkartell mit der Ausfuhrvergütung ausüben wird, seine Wirkung erweist, ist noch nicht ganz sicher. Denn erst jetzt hat die Eisenbahndirektion nach dem Siegerland Ausnahmetarife bewilligt, die die Konkurrenzfähigkeit der dortigen Werke stärken. Diese möchten aber auch nicht mit ihren alten Quoten in das Syndikat eintreten, nachdem die gemischten Werke sich so viele Beteiligungserträge verschafft haben. Vielleicht müssen sie doch einmal der Gewalt weichen.

Die Fleischhandfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika ist im Zeitraum von nur zwei Jahren um nicht weniger als 200 Millionen Mark zurückgegangen. Sie hatte im Juli 1907 bis April 1908 einen Wert von 156,18 Millionen Dollar oder von rund 656 Millionen Mark, in derselben Zeit 1908-1909 bereits nur einen solchen von 137 Millionen Dollar oder von 575 1/2 Millionen Mark, und endlich 1909/10 einen Wert von 109,4 Millionen Dollar oder von 460 Millionen Mark. Der Rückgang gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit beträgt 115 Millionen Mark, gegenüber 1907/08 beträgt er genau 106 1/2 Millionen Mark. Der Abzug von Rindfleisch ist vornehmlich in Großbritannien gesunken, während amerikanisches Schweinefleisch in Großbritannien, auf dem europäischen Kontinent, in Ostindien und weniger stark abgesetzt wurde. Bei Schweinefleisch ist es nicht Großbritannien, sondern Deutschland, das den Hauptanteil an dem starken Rückgang hat. Auch nach Belgien, Frankreich und Holland ist die Ausfuhr amerikanischen Schweinefleisches sehr gesunken. Abgenommen hat dann noch der Export von Schinken, und zwar von 21,34 Millionen Dollar 1907/08 auf 16,33 Millionen 1908/10 und die Ausfuhr von Schweinehälften usw. um 12 Millionen Dollar, von 48,40 auf 36,00 Millionen Dollar.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf auf den Seeschiffswerften.

Die Werftbesitzer versuchen es mit Stimmungsmaße. Sie erklären, daß sie im jetzigen Augenblick auf Arbeitswillige gar keinen Wert legen. Es befänden sich nur wenige Schiffe auf den Werften und es wären keine Aufträge vorhanden. Es hätten sich auch schon Nichtorganisierte zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet, seien aber zurückgewiesen worden mit dem Bemerkten, daß sie dann wieder eingestellt werden könnten, wenn sich alle Ausständigen wieder zur Arbeit gemeldet hätten.

Die Berliner Verwaltung des Metallarbeiterverbandes hatte am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um einen Vortrag von F. H. Hamburg über den Kampf auf den Werften anzuhören. Der Redner schilderte die Ursachen sowie die einzelnen Phasen des Kampfes. Er zeigte, daß die Werftarbeiter, die in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen hinter allen anderen Berufen zurückstehen, Verbesserungen fordern, durch die sie ungefähr in die Lohnverhältnisse kommen, die andere Arbeiter bereits haben. Ein vollkommen berechtigtes Verlangen, was aber von den Unternehmern mit der Aussperrung beantwortet wurde. Wenn die Unternehmer die in letzter Zeit lautgewordenen Drohungen wahr machen und auch in anderen Zweigen der Metallindustrie mit Aussperrungen vorgehen, so kann das die kämpfenden Arbeiter nicht aus der Fassung bringen, denn nachdem die Unternehmer gezeigt haben, welche Absichten sie bei dieser Bewegung verfolgen, haben die Arbeiter mit einer weiteren Ausdehnung des Kampfes gerechnet. Unter allen Umständen werden die Werftarbeiter den Kampf mit derselben Ruhe und mit derselben Disziplin fortsetzen, wie sie ihn bisher geführt haben. Sie sind sicher, daß sie die Sympathie aller Arbeiter haben. In dieser Gewißheit werden die Werftarbeiter den Kampf weiter führen, bis die Bahn frei wird für bessere Verhältnisse auf den Werften.

Der lebhafteste Beifall, welchen die Versammlung den Ausführungen des Referenten zollte, war ein sicherer Beweis dafür, daß die Berliner Metallarbeiter solidarisch hinter ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern auf den Werften stehen. Als sichtbares Zeichen solidarischen Empfindens nahm die Versammlung einstimmig einen Vorschlag ihres Vorsitzenden Cohen an, wonach den Werftarbeitern 250 000 M. aus der Berliner Lokalkasse überwiesen werden.

Ferner lag ein Antrag einer Bezirksversammlung vor, welcher verlangt, daß während des Kampfes der doppelte Beitrag erhoben werde. — Cohen bemerkte dazu, dieser Antrag könne heute nicht angenommen werden, weil die übrigen Bezirke dazu noch nicht Stellung genommen haben und weil auch noch keine Veranlassung dazu vorliege. Dagegen möge die Versammlung beschließen, daß es die Kollegen nicht nur bei der Ueberweisung der 250 000 M. betenden lassen, sondern, wenn es erforderlich wird, auch in den eigenen Beutel greifen, wobei zu bedenken sei, daß wenn der Kampf eine weitere Ausdehnung annehme und die Zahl der Aussperrten in die Hunderttausende geht, es wohl nicht bei dem doppelten Beitrag der arbeitenden Kollegen bleiben werde. — Einstimmig wurde auch dieser Antrag angenommen und die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Kampf der Werftarbeiter geschlossen.

Berlin und Umgegend.

Marmorarbeiter im Kampf.

Bereits im Anfang der Bewegung können wir über einen nicht zu unterschätzenden Erfolg berichten. Ohne Schweißarbeit hat die Firma „Rorddeutsche Granit- und Marmorwerke, Emil Jode“, Jahaber Gottschall, den eingereichten Tarif bewilligt. — Eine Anerkennung des Tarifes, vorbehaltlich der Zustimmung der zurzeit vertretenden Geseh., kam bei den Firmen Braun und Eder zustande. Eine Entscheidung wird in beiden Fällen am Sonnabendabend beim Montagfrüh erfolgen. Wichtig haben ferner die Firmen: Bode, Ronstein, Fris, Hoffe, G. A. Jode. Dazu kommen die Vereschfirmen, welche den geforderten Lohn für die Steinmetzen schon seit langem zahlen. Den geforderten Lohn auch für die Schleifer zur Einführung zu bringen, wird ersten Differenzen kaum begegnen. Mehrere Firmen haben sich eine kurze Bedenkzeit ausgeben. Am Sonnabend (heute) werden noch verschiedene Entscheidungen fällen. — Der „Steinbildhauer“ (Unternehmerorgan)

schreibt im Anschluß an die Mitteilung, daß die Tarifverhandlungen von Verband zu Verband gescheitert sind ... und wäre der Abschluß eines Tarifes für beide Teile von Vorteil gewesen.“ Das Versäumnis kann nachgeholt werden, indem der Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin seinen Mitgliedern freistellt, mit uns in ein Tarifverhältnis zu treten. Nur der Zwang des Verbandes hält viele davon ab, ein Tarifverhältnis einzugehen. Am Schlusse der Bewegung werden diese Herren die Leidtragenden sein, da die besseren Arbeitskräfte sich den Unternehmern zur Verfügung stellen werden, die den Tarif anerkannt haben. Zentralverband der Steinmetze. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Hermann, Nähmaschinenfabrik, Grüner Weg, stehen sämtliche Kollegen seit dem 28. Juni im Streik. Die Firma bemüht sich, durch Inserate in hiesigen bürgerlichen Zeitungen Arbeitswillige für ihren Betrieb zu bekommen. Wir ersuchen, den Betrieb streng zu meiden. Die Firma ist für Metallarbeiter aller Branchen bis auf weiteres gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Bremer Staatsarbeiterstreik beendet.

Eine Versammlung der Bremer Staatsarbeiter beschloß mit großer Majorität, den über die Bremer Staatsbetriebe verhängten Streik aufzuheben und die von den Deputierten vorgeschlagene Lohnherabsetzung anzunehmen.

Maschinenbauer-Aussperrung.

In der Pögnitzer Eisengießerei und Maschinenfabrik Teichert u. Sohn war eine Differenz wegen zu leistender Ueberstunden mit den Maschinenarbeitern ausgebrochen. Als darauf die Firma den Vorsitz der Arbeiter entließ, legten sämtliche Maschinenarbeiter die Arbeit nieder. Als Antwort sperrte die Firma die gesamte Arbeiterschaft aus.

Soziales.

Prinzipielles von der Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung.

Der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Veruschwörung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird nach § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Gegen diese Vorschrift in Lateinheit mit leichter Körperverletzung (Stoßen) sollte sich der Eisenarbeiter Jahn verhalten haben und war deshalb vom Landgericht Berlin zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich um Zusammenstöße, die aus Anlaß des Streiks der Arbeiter der Dammnannschen Fabrik zu Berlin zwischen Streikenden und Streikbrechern vorgekommen waren. Die Arbeiter der Fabrik hatten im Dezember die Arbeit niedergelagt, um eine von der Fabrikleitung in Aussicht gestellte Lohnherabsetzung ganz oder teilweise zu verhindern. Die Mehrzahl der Streikenden waren noch nicht entlassen und auch nicht gefängnis worden, als der Streik begann. Eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen sah das Gericht darin, daß durch den Streik die Wiederherstellung der früheren Lohnsätze erzielt werden sollte. Es nahm ferner an, daß J. durch Anwendung leichten körperlichen Zwanges und durch Drohungen sowie durch Ehrverletzung (beschimpfende Worte) einen Arbeitswilligen zu bestimmen versucht habe, die Arbeit niederzulegen. J. legte Revision ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Kulow, machte vor allem geltend, daß die Feststellungen die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung nicht rechtfertigen. Von einer Erlangung günstiger Lohnbedingungen könne nur dann die Rede sein, wenn die Arbeiter nicht einen Rechtsanspruch auf die günstigeren Löhne hätten. Wenn zum Beispiel die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen gelte, dann könnte eine Lohnherabsetzung erst eintreten, wenn nach erfolgter ordnungsmäßiger Kündigung die Kündigungsfrist abgelaufen war. Ebenso könne nicht während eines laufenden Affordes der dafür vereinbarte Affordat herabgesetzt werden. Im vorliegenden Falle sei nun aber gar nichts darüber festgestellt, wie die Firma bei der Lohnherabsetzung vorgegangen sei. Es stehe nicht fest, ob die Löhne nicht schon während einer geltenden Kündigungsfrist niedriger werden sollten, oder für laufende Affordarbeiten, für die bestimmte Sätze galten. Wenn der Streik sich etwa gegen eine derartige rechtswidrige Lohnherabsetzung gerichtet hätte, dann käme § 153 der Gewerbeordnung nicht in Frage, denn dann läge keine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen in Sinne dieses Paragraphen vor. Auf jeden Fall müsse die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückbewiesen werden.

Das Kammergericht folgte dem Antrage des Verteidigers, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung zurück. Die vom Verteidiger dargelegte Auslegung des Rechtsbegriffes der Erlangung günstiger Lohnbedingungen sei die richtige. Das Urteil des Landgerichts lasse in der Tat nicht erkennen, ob nicht das Landgericht den Rechtsbegriff verkannt habe. Das Landgericht müsse nachprüfen, wie seitens des Arbeitgebers in der Lohnfrage gegen die Arbeiter vorgegangen sei, und müsse dies dann bei seiner Entscheidung berücksichtigen.

Aus aller Welt.

Landesväterliches.

Der „Roland von Berlin“ veröffentlicht eine bisher im Wortlaut nicht bekannte Rede Wilhelms II., die im Dezember 1000 bei der Entschaffung eines Grabdenkmals für die Gräfin v. Alvensleben-Neugattersleben gehalten wurde. Wilhelm II., der bei der Feier zugegen war, ergriff natürlich auch das Wort und wandte sich in folgender Ansprache an die Söhne der Verstorbene:

Jungens! Ich möchte mal als Freund des Hauses ein ernstes Wort mit Euch sprechen — im Andenken an Eure selbige Mutter, die ich so verehrte; Eure selbige Mutter war, das kann man wohl sagen, ein Engel! Ihr kommt aus einem alten, ehrwürdigen Geschlecht, aus dem so viel berühmte Staatsmänner, hervorragende Generale und andere tüchtige Männer hervorgegangen sind. Ich weiß, daß Ihr alle eine leichtsinnige Ader habt! Bedenkt, daß Ihr einen Vater habt, der viel Trübes hat erleben müssen, der in guten Verhältnissen, aber nicht in so glänzenden lebt, daß Ihr das Leben so leicht aufpassen dürft! Ihr müßt versuchen, möglichst Euch selbst durchzuarbeiten! Euer älterer Bruder ist seinem Leichtsinne zum Opfer gefallen; ich hoffe, daß er später mal wiederkommt und seine Dienste dem Staate wiederum widmet. Das Sprichwort „Noblesso oblige“ muß Euch maßgebend sein. Weßt Euren Standesgenossen ein Beispiel, daß man auch in einfacheren Verhältnissen ein vornehmer Mann sein kann. Tretet womöglich alle ein — macht Euren Vater und Eurer Familie Ehre! Ich brauche solche Männer — und mein Sohn, wenn er herankommt, erst recht. Unsere Väter haben waren einfache Leute; sie haben schwere Zeiten durchgemacht; der Feind war im Lande; wir haben diese Briten glücklich überwunden; wir müssen aber bedenken, daß solche Zeiten wiederkehren können. Und so hoffe ich denn, daß Ihr mal alle ordentliche Staatsmänner oder Soldaten werdet, und daß Ihr darauf acht arbeitet wolle und nicht über Eure Verhältnisse leben, darauf geht mir Eure Hand.

Sehr bemerkenswert ist die besondere Ermahnung zur Sparsamkeit, eine Tugend, die von Wilhelm II. auch bei verschiedenen anderen Anlässen — freilich erfolglos — empfohlen worden ist. Mit seinem Wunsche, daß die jungen Leute eintreten sollten —

gemeint ist wohl der Eintritt in die Armes — hat Wilhelm II. jedoch wenig Erfolg erzielt. Die drei v. Alvensleben haben es vorgezogen, sich, entsprechend dem Zuge der Zeit, im weniger „vornehmen“ Handel erfolgreich zu betätigen.

1500 Häuser durch Erdbeben zerstört.

Von einem schweren Erdbeben ist die armenische Provinz Diarbekr heimgesucht worden. In der Stadt Diarbekr selbst sind ganze Straßen demoliert, auch in den ländlichen Gemeinden wurde durch das Beben großer Schaden angerichtet. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sind etwa 1500 Häuser eingestürzt, zahlreiche Personen wurden durch die einstürzenden Häuser getötet oder schwer verwundet.

Zur Eisenbahnkatastrophe im Staate Michigan.

Ueber die gestern von uns gemeldete Eisenbahnkatastrophe bei Durand im Staate Michigan werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Es handelt sich bei dem Unglück um einen Expresszug, der durchweg aus Pullmannwagen bestand, und einem Personenzug mit Wagen älteren Systems. Der Expresszug kam von Chicago und wollte nach Montreal. Wenige hundert Meter vor der kleinen Stadt Durand mußte er halten, da die Einfahrtssignale geschlossen waren und sich auf demselben Geleise in der Station ein Güterzug befand. Trotz der weithin sichtbaren geschlossenen Einfahrtssignale brauchte im Rücken des Expresszuges der Personenzug der Grand-Trunk-Linie auf demselben Geleise mit unverminderter Geschwindigkeit heran. Seine Maschine sprang auf den letzten Wagen des Expresszuges hinauf. Dieser wurde buchstäblich in zwei Stücke geschnitten. Die Wagentrümmern stürzten einen Abhang hinunter; mit Ausnahme eines kleinen Mädchens sind alle Insassen des Wagens umgekommen. Es war ein furchtbarer Anblick, das kleine Mädchen zwischen den Mäthern hervorkriechen zu sehen, ihr zerschmettertes Beinchen nachschleppend. Die Leichen der Verunglückten konnten nur zum Teil und als vollständig unkenntlich verbrannte Leiberreste geborgen werden, da die Trümmer des Wagens sofort in Brand gerieten. Von den anderen Wagen des Expresszuges sind eine große Anzahl Reisende schwer verletzt, einzelne so schwer, daß sie noch auf der Unglücksstelle starben oder bald nach ihrer Entlieferung in die Station Durand-Detroit von ihren Leiden erlöst wurden. Trotzdem die Station nur wenige hundert Meter von der Unglücksstätte entfernt liegt, trafen die Rettungsmannschaften und Ärzte erst sehr spät ein.

Spigebuben in der Weltausstellung.

In der Nacht zum Freitag suchten Einbrecher die deutsche Abteilung auf der Brüsseler Weltausstellung heim; es gelang ihnen, 39 goldene Uhren, durchweg Glashütter Fabrikat, als Beute davonzutragen. Der Wert der gestohlenen Objekte beträgt 30 000 M. Ebenso unbemerkt, wie die Diebe in die Ausstellung eindringen, sind sie mit dem geraubten Gute entkommen. Man sollte wirklich nicht glauben, daß in einer Ausstellung, die Millionen an Werten birgt, ein so mangelhafter Wachtdienst organisiert ist.

Die Cholera.

Trotz der getroffenen Vorsichtsmaßregeln gelingt es nicht, die Weiterverbreitung der Cholera nach den bisher seuchenfreien russischen Nachbarländern zu verhindern. Wie das Sanitätsdepartement des österreichischen Ministeriums des Innern mitteilt, hat die bakteriologische Untersuchung in zwei Fällen ergeben, daß in Wien verstorben Kranke der asiatischen Cholera zum Opfer gefallen sind. Wie aus Preshburg gemeldet wird, wurde ein mit einem Dampfer von Raab nach Wien fahrendes Dienstmädchen in das Preshburger Epidemienhospital eingeliefert, da sie unter Cholera-Verdacht erkrankt ist. Der Dampfer ist unter Quarantäne gestellt und desinfiziert worden. — Auch in Rumänien fordert der heimliche Gast neuerdings mehrfach Opfer. In der an der russischen Grenze gelegenen Station Jolkischen wurde gestern ein Cholerafall festgestellt. Dort sind bereits vordem schon mehrere Choleraerkrankungen vorgekommen. — Wie ein Telegramm aus Rom meldet, sind in den letzten 24 Stunden in Barletta 15 Erkrankungen und 8 Todesfälle an Cholera festgestellt worden. In Andria starben zwei Personen an Cholera, in Trani eine. In beiden Orten sind auch mehrere Neuerkrankungen zu verzeichnen. In Margherita de Savoia sind drei Erkrankungen und ein Todesfall, in Trinitapoli vier Erkrankungen und ein Todesfall zu verzeichnen.

Schiffskatastrophen.

Auf seiner Reise von New York nach Genua hat der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Adnigin Luise“ am 24. d. Mts. das englische Schiff „Harvest Queen“ aus Windsor in sinkendem Zustande getroffen. Die in großer Gefahr schwebende Mannschaft wurde von der „Adnigin Luise“ an Bord genommen, das Schiff darauf angezündet.

Der portugiesische Torpedobootzerstörer „Tejo“ ist gestern in der Nähe von Kap Carboeiro an der portugiesischen Küste gestrandet, die Mannschaft konnte gerettet werden.

Neue Notizen.

Von einem Güterzuge erschlagen und getötet wurde auf der Eisenbahnstrecke Langendeeer-Längendorfmünd ein Streckenarbeiter; der Verunglückte hinterläßt Frau und sieben Kinder.

Brand in einem Tiergarten. Im Tiergarten der Stadt Königsberg i. Pr. brach in der Nacht zum Freitag ein Feuer aus, durch die der große Holzbau des Hauptrestaurantes vollständig eingeeicht wurde. Die Feuerwagen und die furchtbare Abstrahlung des Feuers in große Ausdehnung; es gelang jedoch, ein Uebergreifen des Feuers auf die Tiergärtner zu verhindern.

Durch einen Wirbelsturm ist ein großer Teil der italienischen Stadt Canelli zerstört worden. Man fand zahlreiche tote und Verwundete, jedoch konnte ihre genaue Zahl noch nicht festgestellt werden.

Infolge Explosion eines mit Säure gefüllten Reservoirs wurden in St. Duen in Frankreich sechs Arbeiter verletzt, darunter drei schwer. 35 000 Liter Säure stehen durch die Explosion in Flammen.

Briefkasten der Redaktion.

N. 8. 100. Wenden Sie sich an Ihre gewerkschaftliche Organisation. — G. 8. 45. Charis, Zulieferer. 3. Dort erfahren Sie alles Nähere. — R. 8. 81. 1. und 2. Sie können die Zulassung als Nebenlänger beantragen und Ihre Ansprüche im Streifenstreifen oder 3. nach Erhebung des Streifenstreifens im Jüdischenprozeß geltend machen. — P. 3. 1878. 1. So lange Sie Inhaber sind. 2. Vorausschicklich 12 Mark. 4. und 4. 3a. — M. 27. Wenn die Statuten nichts anderes festlegen: Ja. — G. 8. 305 56. Leider ist der Abzug begründet, jedoch nur in Höhe des Wertes, den die Karten noch hatten. Entschuldigen Sie es mit einem Versuch bei der Direktion des Zoo. — P. 8. 19. Wir halten Sie für haltbar. Ob der Kunde Ihnen ersahunglos ist, hängt von der Ursache des Wegens ab. — W. 8. 3. Derartige Angelegenheiten müssen Sie mit Ihrem Sohn gemeinsam erledigen. Zeitweilige Arbeitslosigkeit ist in der bezeichneten Branche nicht ausgeschlossen. — S. 8. 40. 1. und 2. Ja. — G. 79. Sie können Grundbesitzung der Söhne und Mütter der Familie fordern, für den Weigerungsfall flager. — St. 100. Wenden Sie sich an die Zentralkommission der Krankenkassen, Engländer 15.

Zur Einsegnung!



Anzüge aus schwarzem Kammgarn u. Meltonstoffen

M. 21.50, 17.50, 14.50

Anzüge aus dunkelblauem Kammgarn-Cheviot, ein- u. zweireihige Form.

M. 28.50, 21.50, 18.50

Anzüge aus tiel-schwarzen Ia. Kammgarn- u. Tuch-Kammgarn-Stoffen. Pa. Verarb.

M. 36.00, 30.50, 24.50

Anzüge zur Prüfung aus haltbaren, modern gemusterten Stoffen

M. 22.50, 19.00, 17.50

Nur eigene Konfektion. — Prima Roßhaar-Verarbeitung.

M. Schulmeister

BERLIN SO., Dresdener Str. 4, Hochbahn-Station Kottbuser Tor.

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.
Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu (siehe Spezial) Monats-Garderobe von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu Raumend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlungen
liebere elegante fertige Herren-Garderoben
Ersatz für Maß. Anfert. n. Maß. Tadellos Ausf.
Julius Fabian
Schneidermstr.
Große Frankfurterstr. 37 II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18 nur erste Etage, kein Laden.

Wurst - Speck.

Differiere besonders preiswert:

Prima Vollk. Schmalwurst	1.25
Salami	1.35
Westfälische Schinkenwurst	1.30
Knochenwurst	1.20
Döpreußische Schinkenwurst	1.20
Landbratwurst	1.20
Toemurst (ganz vorzüglich)	1.20
Reine Leberwurst	0.95
Dommerische Landleberwurst	0.95
Steiler Jagdwurst (platt)	0.95
Jungenwurst (vorzüglich)	0.95
Schärlinger Rotwurst	0.95
Westfälischer Schinkenpeck	1.15
Landpeck, mager, feste Ware	0.85
do. fett	0.80
ff. Berliner Bratenchmalz	0.70
Feinst. Rokok-Bratenchmalz	0.55

Sonnabends u. Sonntags ff. Kaffee zu den denkwürdigen billigen Tagespreisen.
Julius Grünwald Nachf. A. Hennig,
Kottbuser Damm 102 a. b. Kottb. Str.

Begehrte
Geschäfts-Erweiterung
10% Rabatt
auf Hüten, Schürzen, Unter-
röcke, Korsetts, Arbeiterhemden,
Kindermägen etc.
Margarete Dietrich
Mirbachstr. 25.

Eduard Salinger & Co.

G. m. b. H.
O., Grüner Weg 32 (Andreas-Platz)
Heute Eröffnung

Moderne Herren- und Knabenbekleidung
Am Eröffnungstage Vorzugspreise in allen Abteilungen
Herren-Anzüge M. 18.50, 23.—, 28.—, 32.—, 39.—
Herren-Ulster M. 11.50, 24.—, 27.—, 33.—, 42.—
Herren-Paletots M. 18.50, 22.—, 34.—, 40.—, 46.—

Einsegnungs-Anzüge
9.50 11.50 16.50 21.— 25.—

Knaben-Anzüge M. 2.95, 3.50, 5.65, 7.50, 9.25
Herren-Hosen M. 2.65, 3.50, 5.65, 7.50, 9.50
Herren-Westen M. 2.80, 3.25, 4.50, 5.25, 7.75
Wetterkragen M. 7.35, 8.75, 9.25
Gummimäntel M. 18.—, 20.—, 25.—

Am Eröffnungstage für jeden Käufer eine Ueberraschung.

Möbel

Kleine Einrichtung: 12 M.
Abzahlung 1 M. pro Woche

Mittlere Einrichtung: 20 M.
2 Zimmer u. Küche
Abzahl. 1.50 bis 2 M. pro Woche

Bessere Einrichtung: 30 M.
2 Zimmer u. Küche
Abzahlung 3 M. pro Woche

Größere Einrichtung: 50 M.
3 Zim. - Küche
Abzahlung nach Vereinbarung

Einzelne Möbelstücke Anzlg. 3 M. an, wöchentl. 1 M.
Möbel- u. Konfektions-Haus
S. Gottlieb G. m. b. H.
Rosenthaler Strasse 54.

Zum Reichtum der erste Schritt

ist sorgfältige und passende Sparlichkeit. Dieses erreichen Sie dadurch und legen viel Geld zurück, wenn Sie Ihren Bedarf an Kleidungsstücken im Kaufhaus für Monatsgarderoben Große Frankfurter Str. 93 beden. — Für billiges Geld können Sie sich dort schick und elegant einleiden, denn wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Wertstätten Deutschlands und des Auslands, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.
Kaufhaus für Monatsgarderoben
nur Gr. Frankfurter Straße 93. nur
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Mägen am Platz.
Abteilung II Neue Garderoben.

nur Große Frankfurter Str. 93.

Einsegnungs-Anzüge

hochelegant und tadellos sitzend, vollständiger Ersatz für Maßarbeit. Die Preise sind je nach Qualität und Größe 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27 bis 35 M.

Schwarze Gehrock - Anzüge für Herren
in vollendet schöner Paßform, vollständig für Maßanfertigung Ersatz bietend 32, 38, 44, 51, 57, 63 und 70 M.

Maßanfertigung
in vornehmster, bester und modernster Ausführung bei bekannter Preiswürdigkeit mit einer Lieferfrist von wenigen Tagen, in Eilfällen sogar in 24 Stunden.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO. Berlin W. Potsdam
Oranienstraße 108. Potsdamer Str. 113a. Nauener Str. 23.

Arbeiter- und Berufskleidung

kaufen Sie reell und billig, für jeden Beruf passend, in großer Auswahl.

Roter Laden

Schöneberg, Hauptstraße 108.

Zur Einsegnung

empfehle mein reichhaltiges Lager in Konfirmanden-Anzügen

Durch besonders günstigen Einkauf bin ich in der Lage zu nachfolgend billigen Preisen zu verkaufen.

Schwarze Kammgarn-Anzüge
beste Zutaten, Ia. Qualitäten
975 1250 1500

Prüfungs-Anzüge blau Cheviot und blau Kammgarn
beste Stoffe, solideste Ausführung
1150 1650 1950

Modern gemusterte Stoffe neuest. Fassons gute Qualitäten
875 1125 1450

Julius Lindenbaum Nachf.

Inh. Walter Hampel
Große Frankfurter Straße, Ecke Fruchtstraße.

Gegründet 1897. **Konfektions-Haus Leo Wolff** Gegründet 1897.
Rigaer Str. 1 Geschäftsprinzip: Frankfurter Allee 193
Ecke Battenplatz Streng reelle Bedienung Ecke Kronprinzenstr.
Empfehle Einsegnungs- und Prüfungs-Anzüge vom einfachsten bis zum elegantesten Genre zu soliden Preisen.

7. Internationaler Transportarbeiter-Kongress.

Kopenhagen, den 25. August 1910.

Die gestern angenommenen Anträge Branconi haben folgenden Wortlaut:

Der Kongress beschließt, daß in Zukunft die Berichte des Korrespondenzblattes der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I. T. F.) wenigstens zwei Monate vor der Abhaltung eines jeden Kongresses den nationalen Organisationen zugesandt werden, damit diesen die Möglichkeit gegeben wird, die Berichte zu studieren und ihre Meinung auszusprechen, so daß den internationalen Kongressen Zeit gespart wird.

Die Publikationen der I. T. F. werden in die Sprache derjenigen Länder überetzt, deren Mitgliederzahl in der I. T. F. mindestens 20 000 erreicht.

Die heutige Vormittagsführung wurde noch fast ganz durch die Debatte über das Referat Paul Müllers ausgefüllt. Vor-gelesen wurde für den Nachmittag eine Konferenz der Seeleute, deren Notwendigkeit sich aus der bisherigen Diskussion ergeben hat.

Erster Diskussionsredner war Burnseth, der Vertreter der Seeleute Nordamerikas. Er schloß sich den gestrigen Ausführungen Wilsons vollständig an. Auch er hielt die Zeit und die Situation für die Aufnahme des Kampfes mit der Internationalen Shipping Federation, dem Reederverbande, für durchaus günstig. Jedenfalls müßten die Seeleute jetzt mit Forderungen vorgehen. Lassen sich die Reeder auf Konzessionen ein, dann gut; andernfalls sei der Kampf unumgänglich. Nun frage es sich, wie sich die Seeleute der anderen Länder verhalten sollten; ob sie gleichzeitig den Kampf aufnehmen oder nur ihre englischen Kollegen unterstützen und für Fernhaltung von Streikrednern sorgen müßten. Diese letzte Forderung müsse unter allen Umständen durchgeführt werden. Er bedauere das Verhalten des Kollegen Paul Müller, der die Interessen der englischen Seeleute geschädigt habe.

Le Guennee (Frankreich) erkennt an, daß sich nur mit streifen Organisationen der wirtschaftliche Kampf führen lasse. Gewiß täten in anderen Ländern die Regierungen und Unternehmer alles, um die Organisation der Arbeiter auf geschicktem Wege zu bekämpfen. In Frankreich aber hätten diese Mächte einen anderen Weg gewählt: sie suchten durch Arbeiterfreundlichkeit die Arbeiter einzulagern und so die Organisation zu lähmen. Obligatorische Schiedsgerichte schädeten nur den Arbeitern und erschwerten den Kampf. Vor allem müsse der Parlamentarismus richtig bewertet werden; er habe nur die Aufgabe, das zu sanktionieren, was die Gewerkschaften vorher erkämpft hätten.

Der Redner schlägt vor, dem internationalen Sekretär als Vertreter der einzelnen Gruppen vier Gehilfen zur Seite zu stellen.

Bonnat (Frankreich) bedauert den Konflikt zwischen Müller und Wilson, der leider geeignet sei, die Interessen der international organisierten Transportarbeiter zu schädigen. Die politischen Aktionen der sozialistischen Partei Frankreichs hätten bisher leider nicht immer den Anforderungen entsprochen, die vom Standpunkte des organisierten Arbeiters aus zu stellen seien; aber das sei kein Anlaß, den Parlamentarismus überhaupt zu verwerfen. Die Versuche zur Zentralisation, die auf diesem Kongress sich bemerkbar gemacht hätten, müßten entschieden bekämpft werden, denn auf diesem Wege sei kein Fortschritt zu erwarten.

Jaepelt (Dänemark) bedauert gleichfalls das Vorgehen Müllers, aber weder Müller noch Wilson seien allein maßgebend. Es liege kein Grund vor, den Seeleuten die Abhaltung einer Sonderkonferenz zu verweigern, auf der sie ihre besonderen Angelegenheiten beraten könnten. Würden die Wünsche der Seeleute nicht erfüllt, dann bliebe ihnen kein anderer Weg, als der Austritt aus der I. T. F.

Ein Schlußantrag beendete die Diskussion.

Der Referent Paul Müller verzichtet auf das Schluswort, da die Diskussion sich nur in Angriffen gegen ihn selbst bewegt habe. Im „Seemann“ werde er als dessen Redakteur die Angriffe zurückweisen, weil die Artikel im „Seemann“ den Anstoß zu der persönlichen Debatte gegeben hätten. In die Aktionen der englischen Seeleute sich einzumischen, habe ihm ferngelegen; aber hier handelte es sich um Aktionen, die nicht auf England beschränkt bleiben können. Von einem Weisheitsrat war die Rede, und dazu hätte er die Pflicht gehabt, sich zu äußern, um so mehr, als Wilson auch nicht den geringsten Versuch einer Verständigung gemacht habe.

Eine von Ben Tillet an den Vorsitzenden gerichtete Anfrage, ob der Zentralrat der I. T. F. wie gegen Wilson so auch gegen Müller vorgehen würde, wurde dieser Schritte gegen die Interessen der internationalen Organisation unternehmen würde, beantwortet.

Schumann: Der Zentralrat habe keine Veranlassung, sich in persönliche Streitigkeiten einzumischen; sobald aber von irgend-einer Seite, ganz gleich von welcher, ein Schritt gegen die Inter-

essen der I. T. F. getan würde, werde der Zentralrat mit aller Entschiedenheit eintreten.

Es folgte nunmehr das Referat Dörings über die Form der Landesorganisation.

Gerichts-Zeitung.

Staatsanwaltschaftlicher Kampf gegen eine Postkarte.

Viele unserer Leser werden sich einer Mai-Postkarte erinnern, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist. Die Karte bringt ein Bild: Arbeiter brechen eine aus Gefesseln und Verordnungen bestehende Mauer ab, welche die herrschende Gesellschaft zum Schutze ihrer Interessen gegen die Bestrebungen der Arbeiter errichtet hat und Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, ein Geistlicher, ein Offizier, ein Bourgeois suchen das Werk der Arbeiter zu hindern.

Seit drei Jahren ist diese illustrierte Karte vertrieben worden, ohne daß irgendeine der zum Schutze der herrschenden Ordnung eingesetzten Behörden daran Anstoß genommen hätte. Erst vor einigen Monaten kam der Polizei die Erläuterung, daß diese Postkarte geeignet sei, verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufzureizen. Die Postkarte wurde in der Buchhandlung Vorwärts in Beschlag genommen und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Aufreizung gegen den Leiter der Buchhandlung, Genossen Bernhard Bruns. Am Freitag wurde die Anklage vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts I verhandelt.

Bruns und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, verwiesen darauf, daß nicht nur die Karte seit Jahren anstandslos vertrieben wird, sondern daß das Bild, von dem sie eine Reproduktion gibt, schon im Jahre 1895 in einer Wochenzeitung veröffentlicht worden ist. Zwar wurde die Zeitung damals auch in Beschlag genommen, aber das Gericht hat die Beschlagnahme aufgehoben und den Verantwortlichen, der wegen Aufreizung angeklagt war, freigesprochen. Das war in Berlin. Auch in Frankfurt a. M. ist damals wegen desselben Bildes Anklage und Freisprechung erfolgt.

Also, was im Jahre 1895 durch zwei Gerichtsurteile als straflos erklärt worden ist, das soll im Jahre 1910 strafbar sein. Weshalb? Darauf antwortet der Staatsanwalt: Heute ist die politische Situation eine andere als 1895. Was damals nicht aufreizend war, ist jetzt geeignet, die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufzureizen, denn die Sozialdemokratie führt den Kampf gegen die Reichsfinanzreform, sie führt einen Wahlrechtskampf und gerade am 1. Mai, wo diese Karte vertrieben wurde, waren besondere Demonstrationen geplant.

Gegen diese Kombination der Staatsanwaltschaft führte die Verteidigung das Zeugnis des Genossen Ernst ins Feld, der bezeugt, daß für die diesjährige Reise gar nichts besonderes geplant gewesen ist, sondern der 1. Mai nicht anders gefeiert werden sollte wie in früheren Jahren.

Ogleich hierauf das Gebäude der Anklage auf einer äußerst schwanke Grundlage beruht, bemühte sich der Staatsanwalt, weniger mit juristischen Gründen als mit politischen Erörterungen, das wankende Gebäude zu stützen. Er schilderte die politische Situation als eine so aufgeregte, daß es nur eines entscheidenden Anlasses bedürft hätte, um den Ausbruch einer gewaltigen Revolution herbeizuführen. Diese Ansicht will der Staatsanwalt geschöpft haben aus zwei Artikeln des „Vorwärts“ vom 25. und 26. Juli d. J., die er dem Gericht als Beweismaterial unterbreitete. Es sind dies zwei von den Artikeln in denen der „Vorwärts“ die Ansichten der Genossen Luxemburg über unsere Taktik im Wahlrechtskampf wiedergibt. Doch da weder diese Artikel noch die Redaktion und der Verlag des „Vorwärts“ mit dem Angeklagten Bruns in irgendwelche Beziehungen gebracht werden können, so mußte dieses „Beweismaterial“ der Staatsanwaltschaft aus-scheiden. Hätte es geteilt werden können, so würde sich heraus-gestellt haben, daß die Phantasie des Staatsanwalts aus diesen Artikeln etwas herausgelesen hat, was nicht darin steht. Doch der Staatsanwalt setzte auch ohne Beweismaterial seine phantastischen Schilderungen der politischen Situation fort. Folgt man diesen Schilderungen, so muß man glauben, die Situation sei so gespannt gewesen, daß es ausgerechnet nur der Reichsfinanzreform bedürfte, um die Flamme einer gewaltigen Revolution emporzudrücken zu lassen. Diesen durch Gründe nicht getriebenen Phantasieren entsprach auch der auf zwei Monate Gefängnis lautende Strafentscheid des Staats-anwalts.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte die Freisprechung des Angeklagten, da weder in objektiver noch in subjektiver Hinsicht die ihm zur Last gelegte Straftat erwiesen sei. Der Verteidiger verwies darauf, daß der Angeklagte unmöglich die Veröffentlichung des Bildes für strafbar halten konnte, nachdem, wie ihm bekannt war, zwei Gerichtsurteile dasselbe für einwandfrei erklärt und die Angeklagten freigesprochen hatten. Der Angeklagte konnte doch

nicht annehmen, daß zwei Organe, die eingeseht sind, um Recht zu finden, Unrecht gefunden haben. Es wäre doch gar keine Rechts-sicherheit gegeben, wenn ein nicht juristisch Gebildeter sich nicht auf die Michtigkeit von Gerichtsurteilen verlassen dürfte. Die Frei-sprechung müsse schon deshalb erfolgen, weil den Angeklagten in subjektiver Hinsicht keine Schuld treffe. Aber auch in objektiver Hinsicht sei das Bild, wie der Verteidiger eingehend ausführte, nicht aufreizend. Es verrate wenig-historische Bildung, wenn man glaube, die Arbeiterklasse wolle ihre Ziele durch eine Revolution im Heugabelstrome erreichen. Wie schon das Urteil von 1895 aus-sprach, verherrliche das Bild nicht eine Veränderung bestehender Verhältnisse durch physische Gewalt, sondern eine Aenderung der Gesehe durch geistige Arbeit. Hiernach müsse auch aus objektiven Gründen Freisprechung erfolgen.

Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Frei-sprechung und Aufhebung der Beschlagnahme, da weder in subjektiver noch in objektiver Hinsicht die Tatbestandsmerkmale der Auf-reizung vorliegen. Das Bild sei eine symbolische Darstellung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Gesellschaft. Eine Aufreizung lasse sich aus dieser Darstellung nicht folgern. — Sub-jektiv komme in Betracht, daß der Angeklagte nach den ihm be-kannten Urteilen von 1895 nicht das Bewußtsein haben konnte, durch Verbreitung des Bildes könne eine Aufreizung begangen werden.

Die Flucht eines Strafgefangenen aus dem Gerichtsgebäude

hatte gestern für den Hilfsgerichtsdienster Moser vor der Ferien-kammer des Landgerichts III ein recht unangenehmes Nach-spiel. — Der Angeklagte hatte am 30. März d. J. den Auftrag er-halten, den Fürsorgezögling Weinig aus der Strafkammer zu einem Termin bei dem Amtsgericht Wedding vorzuführen. Bei der Uebergabe des Gefangenen wurde dem Angeklagten ausdrücklich mitgeteilt, daß er diesen zu fesseln habe, da er schon einmal die Flucht ergriffen habe. Der Angeklagte unterließ die Fesselung, weil er, wie er behauptet, jene Anordnung nicht gehört habe. Wäh-rend des Termins drängte sich ein Komplex des V. in geschickter Weise zwischen den Häftling und den Transporteur. Plötzlich war der Gefangene spurlos verschwunden. Er hatte unter Hilfeleistung seiner zu dem Termin erschienenen Freunde in einem unbewachten Augenblick die Flucht ergriffen. — Für den Angeklagten hatte dieser Vorfall recht unangenehme Folgen, da gegen ihn Anklage wegen fahrlässigen Entweichenslassen eines Gefangenen erhoben wurde. Das Gericht sah die Verfehlung des Angeklagten milder an und erkannte auf nur 10 M. Geldstrafe.

Bereitsveranstaltung als öffentliche Tanzlustbarkeit.

Wegen verbotswidriger Veranstaltung einer öffentlichen Tanz-lustbarkeit am ersten Weihnachtsfeiertage waren Kraushaar und Helland aus Magdeburg angeklagt worden. Es handelte sich um eine Weihnachtsfeier des Turn- und Festklubs Eudenburg, bei der nach verschiedenen Darbietungen auch getanzt worden war. An der Feier nahmen über 900 Personen teil, während die Zahl der Bereitsmitglieder etwa 200 beträgt. Das Landgericht in Magdeburg verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen und führte aus: Es seien 1000 Einladungs-karten gedruckt worden, von denen jedes Mitglied 5 bis 6 erhalten habe, um sie gegen ein Entgelt von 35 Pf. weiterzugeben. An der Kontrolle habe jeder, der eine Karte hatte, eingelassen werden können. Die einzelnen Mitglieder hätten die Möglichkeit gehabt, jedem Beliebigen von den Karten abzugeben, der sie wieder weiter geben konnte. Eine persönliche Kontrolle sei beim Einlaß der Teilnehmer den Vorstandsmitgliedern auf diese Weise ganz unmöglich gewesen. Also habe tatsächlich jedem Be-liebigen der Zutritt offen gestanden. In Betracht komme außerdem die außerordentlich große Zahl der Teilnehmer. Es könne deshalb nur von einer öffentlichen Tanzlustbarkeit geredet werden. Die Angeklagten seien zu bestrafen.

Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil von den Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Mit Recht habe das Landgericht angenommen, daß hier keine geschlossene, sondern eine öffentliche Tanzlustbarkeit vorliege. Geschlossen sei eine Zusammenkunft nur, wenn es sich um einen nach außen ab-geschlossenen Kreis von innerlich miteinander verbundenen Personen handele. Ganz zweifellos sei hier, wo eigentlich jede beliebige Person Zutritt erlangen konnte, der Kreis der Beteiligten nicht innerlich miteinander verbunden gewesen. Es rechtfertige sich des-halb die Verurteilung.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Bild: Zufuhr ge-nügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Weisagel: Zufuhr genügend, Geschäft regt, Preise gut. Rühre: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise im allgemeinen recht befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse: Obst und Süd-früchte: Zufuhr reichlich, Geschäft befriedigend, Preise wenig verändert.

Georg Kleburg nebst Frau... Unserem treuen Genossen Karl Klein. Es gratulieren alle Mann aus unserem fünften Kreise, Zigeuner-Karl zum Namensfest in allgewohnter Weise. — So lang' wie du organisiert bist keiner un'rer Streiter — Ein Hoch dir, alter lieber Freund, Gesund bleib, froh und heiter. Der fünfte Wahlkreis.

Verband der Sattler und Portefeuller. Ortsverwaltung Berlin. Infolge eines Unglücksfalles er-trant am 21. August bei einem Auszug unser Mitglied Karl Klinger (Berthold Paul Häsemann). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Altdorf, Derrmannstraße, aus statt. 157/4 Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter Antonio Haberstroh geb. Schelwe sprechen wir allen unseren Verwandten, Freunden und Bekannten auf diesem Wege unseren Dank aus. Robert Haberstroh, Familie O. Eichert und O. Urban. 544b

Restauration zum Nordpol. Sehenswert. Inhaber: 4009* Max Worlitzer. Berlin O. 112, Gürtelstraße No. 15.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands. Filiale Potsdam. Sonntag, den 28. August, im Viktoria-Garten, vis-a-vis Charlottenhof.

XI. Stiftungsfest verbunden mit Sommervergnügen, Kinderbelustigung, Auskugeln, Verlosung, Preisschößen u. Tanz. Anfang 3 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Armin-Hallen. Kommandanten-Str. 58/59. A. IV. 10155. Sonnabende u. Sonntag diese und nächsten Jahres noch frei!

Nible's Fest-Säle. Dennewitzstraße 13. Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: 4432* Großer Saal. C. Nible.

Abendkurse. Ausbildung von Technikern und Meistern in Elektrotechnik und Maschinenbau. Technische Akademie. Berlin 45, Markgrafstraße 100. Prospekt frei.

Humor-Quartett. Berliner. G. Creuer, Kastanien-Allee 40

Schneiderei für elegante Herren-Moden. Partig und nach Maß. — Garantie für tadellosten Sitz und beste Verarbeitung. Auf Teilzahlung. Wochenrate von 1 Mk. J. Kurzberg Rosenthalerstr. 40 direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.

Wollen Sie für billiges Geld elegante Stiefel kaufen? Fordern Sie Musterbuch



Salamander

Schuhges., m. b. H., Berlin

Zentrale: W. 8, Friedrich-Strasse 152. C. König-Strasse 47 SW. Friedrich-Str. 221 W. Potsdamer Str. 8 NW. Wiltschaker Str. Ecke Turm-Strasse 9 C. Rosenthaler Tor Spandau, Breite Str. 50 W. Tauentzien-Str. 15 Steglitz, Schloss-Str. 20 N. Bad-Strasse 20



Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 27. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus, Julius Caesar.
Anfang 8 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Salome.
Leffing, Der Hiberpelz.
Deutsches, Simson und Delfa.
Kammerspiele, Liebeswälder.
Anf. 8 Uhr.

Berliner, Laifun.
Romische Ober, Eigenliebe.
Alteines, Lutzdug.
Neues, Katernluft.
Reibenz, Am Laubenschlag.
Neues Schauspielhaus, Der letzte Dief.
Weiten, Die geschiedene Frau.
Thalia, Politische Wirtschaft.
Schiller O. (Schauspielhaus.)
Die Hiberpelz.
Nachmittags 3 Uhr: Undine.
Zu 7 Charlottenburg, Bresters Millionen.

Berliner Volkoper, Der Jäger.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luffen, Lena Warnstetten.
Gebbel, Wenn geübt Celene?
Der Ruh auf der Reboute. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten, Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus, Das Leutnantsmündel.
Herrfeld, Die Welt geht unter.
Wenn zwei daselbe tun.
Rote, Ein feilamer Fall.
Trionon, Pariser Witwen.
Solies Caprice, Die böse 13.
Die feuchte Toilette. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Volg, Lebenswellen.
Puhmann, Am Rande des Abgrunds. (Anfang 1/2 Uhr.)
Wietzmann, Galob II - Die große Revue.
Hypnos, Spezialitäten.
Festinger, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sängerkapelle.
Wahalla, Spezialitäten.
Wintergarten, Spezialitäten.
Karl Haverland, Spezialitäten.
Prater, Schiller-O.
Schweizer-Garten, Spezialitäten.
Ehrlich.
Max Allen, Spezialitäten.
Volksgarten, Rosen aus dem Süden.
Hrania, Tannenstraße 14/15.
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
St. Marie, Moabit-Str. 57-59

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Der Hiberpelz.
Sonntag 8 Uhr: Lantid b. Karr.
Montag 8 Uhr: Die Weber.
Sommerpreise: Part. 5, 4 u. 3 R. u.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Täglich:
Kasernenluft.
Anfang 8 Uhr.
Berliner Volkoper.
Heute 1/2 Uhr:
Gefühl des Neuen Schauspielhauses:
Der Jäger.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Müller u. R. Dobanitz. Musik v. Franz Lehár.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Am Laubenschlag.
Schwan in 3 Akten von Hennequin und Heber.
Morgen und folgende Tage dieselbe Vorstellung.
Sommer-Preise.

Luisen-Theater.
Zum letzten Male:
Lena Warnstetten.
Schauspiel in 5 Akten.
Sonntag 8 Uhr zum letzten Male:
Der Graf von Monte Christo.
Abends 8 Uhr: **Der stille See.**
Montag: **Gefühllos.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ein feilamer Fall.
Hans Schanz in 4 Akten von Morton und Sumner.
Anfang 8 Uhr. Ende 1/211 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-Verstellung, Spezialitäten, Großes Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr):
Pariser Witwen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Schauspielhaus).
Gottscheld-Oper.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: **Undine.**
Romantische kom. Oper in 4 Akten von Albert Lortzing. Ende 6 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christi.
Operette in 3 Akten v. Georg Farno.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshalle am Zoo.
Riesen-Kinematograph.
4-6 Schüler-Vorstellung ermäßigter Eintritt.
7-11 Abend-Vorstellung
Das große Programm.
25 Bilder.
Rauchen überall gestattet

Passage-Panoptikum.
Bodhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4-7 Vitascop-Theater
Aguanopticum
Experiment aus der 4. Dimension
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein einziger Erfolg!
In einem amerikanischen Bulldog-Tingeltangel.
La mime espagnole
Zoraita
und das großartige August-Programm.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Das
Eröffnungsprogr.
U. a.:
Rajah
die unvergleichliche ägyptische Tänzerin.

Apollon Theater
Letzte Woche
des
unübertroffenen komischen August-Programms.

Wahalla
Wahalla-Theater
Weinbergsweg 10-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die amüsanten Spezialitäten.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Lustspiel in 4 Akten von Wilhelm Smith und Byron Dugley.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Egmont.
Montag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Genauf: In Zivil.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., a. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 R.

Casino-Theater
Boettinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Täglich die weltbekannte Fosse
Der schuridige Rudolf.
Rudolf Blumelmann: Dir. d. Berg. Vorher das glänzende bunte Progr. Nur Attraktionen ersten Ranges.

Karl Haverland-Theater
Anfang 7 1/2 u. 7 7/8
Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderbarste
Eröffnungs-Programm.
Castans Panoptikum Friedrichstraße 165 (Pachorrpalast).
Habu et Ita der Mann mit der eisernen Zunge.
Im neuen roten Saale: **Großes Konzert.** Kapellmeister Theo Wolff.

Schloß Weissensee.
Heute Sonnabend, 27. August: Internat. Ringkampfkongress. Es ringen: Zauer, Bayern gegen Witsch, Sachsen, Madraill, Armenien gegen Roland, Deutschland, Beckling, Hamburg, geg. Manfred, Stollen. - Entscheidungskampf: Bekking, Hamburg, gegen Michailoff, Russland.
Vor den Ringkämpfen: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang der Becht. 7 1/2 Uhr, der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr. Auto-Dampfbahn-Fahrt vom Alexanderplatz (Tief) 8 1/2 Uhr. Morgen Fortsetzung.

Luna-Park
TERRASSEN
HALEENSEE
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translateur- und Militär-Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schuhplattler.
Neu! Tanagra, das achte Weltwunder.
Heute Sonnabend:
Elitetag.
Tausend und eine Nacht.
Feenhafte Parkbeleuchtung durch 16 Schiffsscheinwerfer. Magische Beleuchtung. Aladins Wunderlampe. Dirigentengastspiel von Viktor Holländer mit dem Translateur-Orchester. Sensationelle Attraktionen. 4 Kapellen, Konfettischlacht, Luftschlangen.

Von der Michaelbrücke. Heute Sonnabend, 9 1/2 Uhr abends: Letzte diesjährige Mondschein-Promenadenfahrt mit Musik nach Schmiedw. Restaurant "Zeddissee". Dolch Ball. Preis hin u. zurück 50 Pf. (545b) Rooderei Zachow.

Abfahrtstelle Schillingsbrücke am schiefen Bahndof.
Morgen) früh 8-9 Uhr Woltersdorfer Schleuse. Ein 50
Sonntag) mittags 2 Uhr. zurück 50 Pf.
Heute Sonnabend: Große
Mondschein-Promenadenfahrt mit Musik und feilich illuminierten Dampfbooten nach Nieder-Schöneweide. Daseibt: Großer Sommernachtsball. Abfahrt abends 9 bis 10 Uhr. Hin und zurück 50 Pf. 5345

Reederei Nobiling
Morgen Sonntag mit Musik
nach **Sportshaus Ziegenhals,** herrlich am Kröftinsee gelegen.
Abfahrt 8 1/2 Uhr früh: Jannowitzbrücke vor Schultheiß.
Hin und zurück 80 Pf., Kinder die Hälfte, einisch 50 Pf.
Ruhe- und Naturfreunden bestens empfohlen. Restaurant W. Mörschel.

Reederei Nobiling
Tägliche Extrafahrten
9 Uhr früh) nach Berliner Schweiz, Gofener Berge.
2 1/2 Uhr mitt.) der
Täglich nach Woltersd. Schleuse. (Seden Mittwoch) nach Neue Mühle.
9 1/2 mitt.) der u. Sonnabend 2 1/2)
Abfahrtsstelle: Jannowitzbrücke vor Restaurant Sautsbeih. Hin u. zur. 50 Pf., Kind. 25, vorn. 75 Pf., Kind. 40, Sonntags 1 R., Kind. 50 Pf.
Morgen, Sonntag:

Große Extrafahrten mit Musik
9 Uhr früh) nach
2 1/2 Uhr mitt.) der Berl. Schweiz, 2 1/2 Woltersdorf. Schleuse.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Sonntag, den 28. August cr.
Großes Volksfest
in der
Seeterrasse Lichtenberg, Röderstr. 11/13.
Alles Nähere im Inserat am Sonntag. 220/11

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Sonntag, den 28. August, 1/8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Lebenswellen.
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von H. Wilfen.
Das große Aquasprogramm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Morz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9003.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur Sonnabend, Sonntag u. Montag. Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 u. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten, nur wochentl. gültig. 25 Pf. auf allen Wägen. Stets wech. Progr. Jed. Sonnt. 1. Oberlauf: Künstlerkonzert. Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf. R. d. Konzert: Familien-Kränzchen. Täglich: Freiluftkonzert.

CIRCUS GYMLIANE
Pankow, Berliner strasse Ecke Binzstraße (a. d. Schindhauser Allee)
Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Abend
mit neuen Schlegern.
Sonntag, 28. August, nachm. 4 u. abds. 8 1/2 Uhr:
2 große Vorstellungen 2
mit allen Sensationen.
Nachm. 1 Kind in Begleit. Erwachsener frei. Außer. zahl. nachm. unt. 12 Jahre alte Kinder u. Militär v. Feldwebel abwärts halbe Preise. Abends volle Preise. Die Straßenbahnlinien 47, 49, 51, 57 führen zum Circus Hatle.
Fernruf: A. Pankow 421

Königstadt-Kasino.
Polymarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße. Inhaber: Max Schindelhauer. Im herrlichen Naturgarten (bei ungestörter Stille im Theaterloaf). Les Fleurs, Hand- u. Kopfsquidbrill. Kio? des Feilichs Würfel. The Willhus, Hampton-Pal-M. Mittwochs: **Freitanz.** Anfang wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 5

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger (Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang wochentags 8 Uhr Sonntags 7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

Spree-Garten Treptow.
Täglich nachmittags:
Kaffee-Frei-Konzert
Heute Sonnabend:
Großes Militär-Konzert.
Kap. d. 6. Garde-Grenad.-Reg. Kgl. Obermusikmeister Kniefel
Anfang 7 Uhr. Entree 15 Pf.

Volksgarten-Theater
früher Weilmann.
Badstr. 8, Behm u. Bellermannstraße.
Täglich:
Rosen aus dem Süden.
Fosse mit Gesang und Tanz von W. Gehardt.
Spezialitäten ersten Ranges usw.

Herrnfeld Theater
Die größten Schlager der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und
Wenn zwei daselbe tun
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Billetverkauf. 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Sanssouci
am Kottbuser Tor.
Ab September allabendlich im prächtig renovierten Theater:
Gr. Varieté-Programm
Berliner Possen.

Schweizer Garten
Am Königstor - Am Friedrichshain.
Täglich abends 1/2, 10 Uhr:
Eiternlos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 2 Akt. Vorher: **Spezialitäten.** Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Puhmanns Theater
Schönl. A. 148 - Kastanien-A. 97/99.
Im Garten oder Saal:
Erstklassige Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 1/2 Uhr. der Vorstellung 1/2 Uhr. 1/2 Uhr:
Genießet das Leben.
Entree 20-30 Pf.
In den Pausen u. nach d. Becht.: Ball. Mittwochs, 31. August: **Der Millionär** und sein Schmeichlerohn.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wandt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Max Klems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenhöhe 13/15, vis-à-vis v. Turmpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Grävenitz, Kapellmeister: Max Weiffheim. Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.** Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 5 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Heute: **Schubert's 1.**
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
3. Sept.: **Gr. Kindertreudienst.**

Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich **Gr. humorist. Solirec.** (Gesangsvoorf. Theater und Varieté-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst. und Sonnabends: **Tanzkränzen.** Anf.: Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr. - Alle Dons gültig.
Im Refektor: **Mittagsisch 75 Pf.**
Gr. u. n. Säle zu Festlichkeiten aller Art. Max Seeger.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1229. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Montag, den 29. August 1910, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, großer Saal:

Versammlung

aller in Metallgiebereien Berlins und Umgegend beschäftigten Former und Berufsgenossen

Tages-Ordnung:

1. Die Geschichte der deutschen Bundesstaaten bis zur Reichsgründung. Referent: Reichstagsabgeordneter Giehorn. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. — Das Erscheinen aller Kollegen erwartet 120/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband

Bezirksverwaltung Berlin.

Achtung! Achtung!

Kollkutscher, Begleiter, Stallente und Bodenarbeiter aus allen Speditionsbetrieben Berlins!

Sonntag, den 28. August 1910, vormittags 10^{1/2} Uhr:

Große Versammlung

bei Keller (Juh. Freyer), Köpenickerstr. 29, großer Saal.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über die Tarifverhandlungen mit den Speditoren. 2. Diskussion und Beschlussfassung.

Versammlung der Mitfahrer aus den Speditionsbetrieben

Samstag um 10^{1/2} Uhr, bei Merkowitz, Andraastr. 26 (am Andraastr. Platz) mit derselben Tagesordnung. 71/30

Kein Kollege darf fehlen! Das Verbandsbuch ist mitzubringen und am Eingang des Saales vorzulegen. Beiträge können in der Versammlung bezahlt und neue Mitglieder aufgenommen werden. Die Bezirksleitung.

Kaffe billiger!

Sie sparen viel

und trinken doch den schönen Kaffee, wie er in Wien und Carlsbad getrunken wird, durch einen kleinen Zusatz von dem Wiener Kaffee Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek.

Die darin enthaltenen Feigen geben den bekannten milden und doch kräftigen Geschmack.

Tabletts à 10 und 25 Pfg., verkaufen alle besseren Handlungen. Gratisproben überall erhältlich.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma

Fischer & Herwig, Hann. Münden.

Erstklassiges Fabrikat.

Hauptniederlage:

Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70

Amt VII, 3047. 295L*

Licht und Schatten

Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den Kapitän-Rauchtabaken

die von hervorragender Qualität in den verschiedensten Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis 1,50 Mk.) in den meisten Zigarrengeschäften zu haben sind.

Spezialität: Feiner Goldshag (in roten Düten).

Man achte jedoch genau auf das ges. gesch. Wort „Kapitän“. Päckchen ohne diese Bezeichnung weisen man als unecht zurück. 301L*

Gen.-Vertrieb Carl Röcker, Grüner Weg 112.

Oderbrucher Fettgänse, täglich frisch, sowie sämtliche Gänse-Artikel als Gänsefleisch, Keulen (frisch und gepökelt), Gänsefett, usw. Prima Schmalz und Salamivurst, à Pfd. 1,20 M. empfiehlt

Herrmann Leißner, 90/2 BERLIN C.,

Klosterstr. 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Str. II.

Möbel-Lechner

am Rosenthaler Tor. Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Tor. Laden.

Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit

Anzahlung von 15 M. an, einzelne Möbelstücke von 5 M. an. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben. Liefere auch nach auswärts.

Die dunkelste Ecke

wird taghell,

wenn Sie auf Ihrer Lampe

Urania=Salonoel

brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Urania=Salonoel

(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name

Urania=Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische

Sicherheits-Petroleum

zu erhalten.

Urania=Salonoel

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichisch. (galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Paul Köfer, Berlin SO., Kottbuser Damm 81/82, offeriert den seit Jahrzehnten rühmlichst bekannten

Ungewitter's Kautabak

an Niederverkäufer zu Engros-Preisen. 4402

Robert Schmidts Restaurant u. Festhalle Frucht-Straße 36a.

Empfehle den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften meine Räume. Sonnabend und Sonntag noch frei.

Warnung

vor Ankauf von Falsifikaten der Marke

„Problem“.

Fabrikanten und Verkäufer werden strafrechtlich verfolgt.

Cigarettenfabrik „Problem“

Berlin O., Alexanderhof.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Berlin W., Alvensleben-Straße 6

an der Potsdamer Straße.

Billigste Bezugsquelle für solide Leute, die sich die Zahlung erleichtern, aber darum nicht teurer einkaufen wollen, an jedem Stück deutlich der Preis!

Spezialität: Einrichtungen für kleine und mittlere Wohnungen, für Einzelzimmer und zum Abvermieten.

Langjährige Garantie für gutes Aussehen und Haltbarkeit der Möbel.

Straßenbahn: No. 2, 23, 24, 59, 62, 69, 71, 72, 74, 87, 98. — Fünf Minuten vom Hochbahnhof Bülow-Straße.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.



Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark. Ganz.

Schwere Leder-Hose in allen Größen. Große Plücker umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes. Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 12 Gr. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10. Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten

Sommer-Preise.

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?

So kaufen Sie

1a. Briketts nach Gewicht!

A. B. KOCH

Kohlen- und Briketts-Großhandlung

gegründet 1893.

Hauptkontor:

Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.

Telephon Amt 7, 3040 u. 3006.

Lagerplätze:

- I. Rüdersdorfer Str. 71 — Ostbahn, Küstriner Platz.
- II. Fruchtstr. 13 — Ostbahn, Güterbahnhof.
- III. Behmstr. 28-34 — Ecke Schivelbeiner Straße.

Preise für 1a. Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Ztr. an:

- 1a. Halksteine Hansa p. Ztr. 75 Pl.
- 1a. Marienglück Salon p. Ztr. 77 Pl.
- 1a. Gotthold Salon p. Ztr. 87 Pl.
- 1a. Diamant Salon p. Ztr. 95 Pl.
- (ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)
- 1a. Ilse Salon p. Ztr. 95 Pl.
- 1a. Anthracit Cadé p. Ztr. 2,20 M.

Transport bis in den Keller oder 4. Etage, je nach Quantum, 10-18 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität und Steinkohlen billigst. — Koks zu Anstaltspreisen. Holz, nach Wunsch zerkleinert, per Ztr. 2,00 M.

Bei größeren Abschüssen und Original-Waggons sämtlicher Brennmaterialien verlangen Sie meine Spezial-Offerte. 467L

Versand nach allen Bahnhöfen

Partei-Angelegenheiten.

Zur gefälligen Beachtung!

Dem gestrigen Verzeichnis der Mitglieder des Aktionsausschusses ist noch hinzuzufügen:

Paul Brühl, O. 112, Scharnweberstr. 6/7. Hermann Varentzin, Stralauer Platz 1/2.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 28. August, findet in Blankenburg das Erntefest statt. Da wir dort schon jahrelang den Kampf mit den Saalbesitzern erfolglos führen, so ersuchen wir die Berliner Arbeiterschaft sich nach der Lokalliste zu richten und uns im Kampfe zu unterstützen, indem sie die Lokale streng meiden.

Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Morgen, Sonntag, den 28. August, veranstaltet der Wahlverein ein großes Volksfest in der Seeterrasse in Lichtenberg. Die in diesem Lokal vorhandenen Räumlichkeiten begünstigen besonders die in Aussicht genommenen Veranstaltungen und künstlerischen Aufführungen. Bei dem mäßigen Eintrittspreis wird natürlich auf Massenbesuch gerechnet. Der Vorstand.

Lichtenberg. Sonntag vormittag Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Steglitz. Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr große öffentliche Protestversammlung gegen die Fleischsteuerung im Wirtenswäldchen. Sonntag früh 8 Uhr Handzettelverbreitung von allen Bezirken aus. Das Material kann am Sonnabend abend bei Clement in Empfang genommen werden. Die Mitgliederversammlung am Dienstag fällt aus. Die Bibliothek ist am Sonnabend wie immer von 8-9 Uhr abends geöffnet. Der Vorstand.

Graf-Lichterfelde. Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 Uhr veranstalten die Genossen des Wahlvereins in F. Wahrensdorfs Gesellschaftshaus, Västestr. 22 ein großes Kinderfest, verbunden mit Konzert und Tanz. Eintritt 10 Pf. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.

Grünau. Am Sonntagvormittag 8 Uhr vom Lokal zur „Grünen Ede“ aus Handzettelverbreitung zur öffentlichen Versammlung am Dienstag. Der Vorstand.

Kaustdorf (Dübahn). Heute abend 8 Uhr findet in Hamanns Gesellschaftshaus (Inhaber Kobelt), Frankfurter Chaussee eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse E. Eichhorn-Berlin über: „Die Vorbereitungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien auf die kommenden Reichstagswahlen“ sprechen wird. Die Genossen und Genossinnen aus Kaustdorf und Kaulsdorf werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Möktental. Am Sonntag, 28. August findet im Lokal A. Lange, Siemensstraße eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Die Verhandlungen über den zweiten Bahnhofszugang in unserem Gemeindeparlament. Referent: Fr. Schulz. Es ist Pflicht der Genossen, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu sorgen.

Berliner Nachrichten.

Aus dem alten Berlin.

Die Parochialstraße, deren Durchlegung bis zur Neuen Friedrichstraße der Magistrat beschlossen hat, führt ihren jetzigen Namen erst seit 38 Jahren, obwohl sie eine der ältesten Verbindungsstraßen Berlins ist. Allerdings war die Benennung der einzelnen Straßenteile auch bei dieser Straße früher nicht einheitlich. Der älteste Teil, zwischen Spandauer und Jüdenstraße, hieß im 16. Jahrhundert Jüdens Gasse, nach dem Wirt des Hauses am Mollensmarkt. Im 17. Jahrhundert erwarb dieses Haus der Stadtkämmerer David Reez, nach dem die Gasse dann Reezengasse genannt wurde. Die Fortsetzung der Gasse bis zur Klosterstraße war ebenfalls schon in früherer Zeit mit Hausbuden besetzt und kommt im 15. Jahrhundert als Hoffmannsgäßlein, 1580 als Mauernmannsgasse und 1640 als Joachim Velings Gäßlein vor. Endlich hieß der dritte Teil, von der Kloster- bis zur Waisenstraße, zuerst „Gäßlein an der Parochialkirche“, dann Parochialkirchegasse. Aus den drei Teilen wurde durch Kabinettsorder vom 15. Februar 1862 eine stolze Parochialstraße. Den ursprünglichen Charakter hat die Straße allerdings bis in die neuere Zeit hinein bewahrt; sie war das Dorado der Schuster, die dort in engen Verkaufs- und Werkstattbuden hausten, die Straße teilweise zur Arbeit, teilweise für den Verkauf benutzend. Es war ein richtiges Jöhl des Schuhmacherhandwerks, das sich dem Beobachter in der Parochialstraße, oder, wie sie im Volke noch heute genannt wird, in der „Reezenburg“ zeigte. Vor circa 50 Jahren wohnten noch etwa 50 Schuster in dieser Gasse, die, obwohl inmitten der Stadt gelegen, mit ihren alten, bauwürdigen Häusern wie ein abgeschlossenes Städtchen amütierte. Nach und nach brachten Abbrüche, Umbauten usw. Luft in die Gasse und die Zahl der Jünger Hans Sachs', von denen manche schon das Handwerk des Großvaters fortgesetzt hatten, verringerte sich immer mehr, so daß im Jahre 1883 nur noch 12 vorhanden waren. Heute sind kaum noch sechs vorhanden. Und das Renommee der Schuster in der Reezenburg, die früher zu den geschätztesten Berlins gehörten, ist bereits seit langer Zeit entfallen. Mit dem Ankauf des Hauses Neue Friedrichstraße 92 wird die Parochialstraße demnächst bis zur Neuen Friedrichstraße verlängert und eine Durchgangsstraße werden, aus der bald jede alte Erinnerung verwischt sein wird. Uebrigens steht auch das zum Abbruch bestimmte Haus Neue Friedrichstraße 92 auf historischem Boden. Hier befand sich ursprünglich ein alter Pulverturm, der um 1688 niedergefallen wurde. Den Platz erhielt im Jahre 1713 der General de Vegne, der ihn an den Generalfeldmarschall v. Wartenleben verkaufte; letzterer schenkte ihn seinem Sekretär, der ihn 1718 bebautete. Neben diesem Hause befanden sich die Ställe für die Waffentarren, also das, was wir heute etwa Depot der Straßenreinigung nennen würden. Möglicherweise wird man beim Abbruch des jetzigen Hauses noch die alten Fundamente des Pulverturms wiederfinden.

Zum 7 Uhr-Beginn in den Berliner Volksschulen. Aus Lehrerkreisen wird und geschrieben: Die Vermutung, daß hinter den Kundfragen bezüglich des Schulbeginns um 8 oder um 7 Uhr nicht die Schuldeputation steht, muß als richtig bezeichnet werden, da Erhebungen der angeordneten Art nicht in allen Schulen und nicht offiziell stattgefunden haben, was der Fall hätte sein müssen, wenn die Schuldeputation eine solche Erhebung durch eine Verfügung angeordnet hätte. Die privaten Erhebungen laufen natürlich auf Neugierigkeiten hinaus und können bei den Kindern, falls mit ihnen ein besonderer Zweck verbunden ist, wie hier die Abfertigung der Materialien, zu Irrungen gegen den 8 Uhr-Beginn, nach Belieben dirigiert werden. Der Hauptimpuls von Kindern und

Lehrern ist der, daß man später fertig wird. Da es sich aber nur um eine Stunde handelt, so kann er nicht ins Gewicht fallen gegenüber den mancherlei Vorteilen. Daß der spätere Beginn der Schule einigen Lehrern, namentlich älteren, deren Schlafbedürfnis nicht mehr so groß ist, nicht angenehm ist, dürfte nicht ausschlaggebend sein. Tatsächlich hat sich gleich nach Einführung des späteren Schulbeginns eine Art Agitation dagegen bemerkbar gemacht, die aber von den Eltern nicht ausgeht und wohl kaum unterstützt worden ist. Es wäre wünschenswert, wenn diese Bestrebungen Erfolg hätten. Uebelsünde gibt es immer, auch wenn um 7 Uhr angefangen wird. Warum sollte das, was in den höheren Schulen dauernd üblich ist, nicht in der Volksschule auch gehen. Wir wohnen nicht auf dem Lande, wo man mit den Dählern zu Bett geht und mit den Dählern aufsteht. Zum mindesten sollte man einen längeren Versuch mit dem Beginn um 8 Uhr machen und die Rücksicht auf die Lehrer ganz ausschalten, denn sie werden dadurch nicht mehr belastet und gesundheitlich auch nicht geschädigt.

Starke Nebelercheinungen bringen jetzt fast täglich die ersten Morgenstunden. Sind es nicht in der Nacht heruntergegangene Regengemengen, so sorgt die schon recht tief während der Dunkelheit sinkende Temperatur mit ihrer erhöhten Taubildung am Abend und Morgen für eine verhältnismäßig starke Feuchtigkeitssättigung der Atmosphäre, die dicht über dem Erdboden lagert und bei Sonnenaufgang in zähen, milchigen Nebelschichten zerflutet. Die Sonnenreflexe in diesem wallenden Dampfmeer geben bei heiterem Himmel oft zartabgetönte Stimmungen. Sie verzeichnen und verzerrten die Konturen der Häuser und Bäume und unterstreichen verträglich die Farben des glühenden Laubes. Im Innern der Stadt fällt diese für den Frühherbst charakteristischen Nebelercheinungen wohl weniger intensiv und von geringerer Leidauer; in den weniger bebauten Strahenzügen der Vororte kann man sie jedoch nahezu zwei Stunden lang nach Sonnenaufgang beobachten.

Der Moonsche Blindenverein in Berlin, so benannt nach einem Engländer Moon, der selber blind war und eine Blindenschrift erfand, besteht jetzt 50 Jahre. Aus diesem Anlaß ist eine Denkschrift „Ausflüge in das Land der Blinden“ herausgegeben worden, die über die Entwicklung der Blindenfürsorge und im besonderen über die Geschichte dieses Vereins berichtet. Der Verfasser ist ein Pastor Roda, und unverfälschter Pastorengestalt ist es auch, der aus seinem Büchlein ein entgegengesetztes Bild zeigt. Wir haben bei der Lektüre des Schriftchens nicht den Eindruck gewonnen, daß der Moonsche Blindenverein viel dazu beiträgt, die wirtschaftliche Lage der Blinden zu bessern. Er hat jetzt für 500 Blinde zu sorgen, von denen der größte Teil (447) in Berlin und seinen Vororten und ein kleiner Teil (53) in der übrigen Provinz Brandenburg wohnt. Die meisten sind über 40 Jahre alt, etwa zwei Drittel der Gesamtzahl haben das 60. Lebensjahr hinter sich, manche sind schon über das 70., ja über das 80. Lebensjahr hinaus. Nur etwa der Hälfte aller ist die Arbeitsfähigkeit noch erhalten geblieben. Ueber den Arbeitsnachweis des Vereins macht die Denkschrift die folgenden Angaben: Im Jahre 1908 wurden 1065 Einzelarbeiten vermittelt (1293 Stühle geflochten, 24 Korbarbeiten, 309 Paar Strümpfe gestrickt, 89 Klaviere gestimmt), daneben war ein Raffeur tätig, und öfter wurde Harmoniumspiel auf Friedhöfen verlangt. Im Jahre 1909 steigerte sich die Zahl der vermittelten Einzelarbeiten von 1965 auf 2000. Wenn das alles ist, was der Arbeitsnachweis vermittelt hat, so bedeutet er leider wenig unter den in Berlin bestehenden Veranstaltungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Blinde. Wir wollen übrigens hoffen, daß dieser Arbeitsnachweis nicht etwa sich zur Lohnverdrängerin mißbrauchen läßt, wie man es leider bei solchen Unternehmungen nicht selten findet. Der Verein gibt daneben auch Unterweisungen in barem Geld, die allen seinen Schülern ohne Unterschied gewährt werden. Er verwendet auf diesen Zweig seiner Hilfsstätigkeit jährlich etwa 30 000 M., das würde für jeden der 500 Unterstützten im Durchschnitt 60 M. pro Jahr machen. Gegenüber der bitteren Not, in der viele arbeitsunfähig gewordene Blinde sich befinden, sind solche Beträge nicht mehr als ein Tropfen, der auf einen heißen Stein fällt.

Es ist traurig, daß die Blindenfürsorge noch immer zum größten Teil der sogenannten freien Biederstätigkeit überlassen wird. Die Stadt Berlin hat ihre Blindenanstalt, die auch in eigener Arbeitsstätte den erwachsenen Blinden die Möglichkeit gibt, etwas zu verdienen. Aber diese eine Arbeitsstätte der Stadt kann natürlich nur einem kleinen Teil der über ganz Berlin verstreuten Blinden zugute kommen, so daß den Vereinen noch ein weites Feld für ihre Sonderbestrebungen bleibt. Die Vereine suchen dann die Blinden an sich zu fesseln durch eine Pflege des Gemeinschaftslebens, das dem Hilfsbedürftigen ersparen soll, was ihm an materieller Hilfe verweigert werden muß. Bei dem Moonschen Blindenverein sieht im Mittelpunkt des Gemeinschaftslebens, das er seinen Schülern bietet, die Erhaltung des frommen Glaubens an Gottes unendliche Liebe und Güte. Es muß sich ganz besonders hübsch machen, solchen Glauben einem Blinden zu predigen, der nichts zu heißen hat.

Erkrankung des Rektors Bod. Vom Blutsturz zweimal befallen wurde im Untersuchungsgefängnis der Rektor Bod. Sein Zustand erwies sich als so ernst, daß er im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses nicht bleiben konnte, sondern gestern nach der Charité gebracht werden mußte.

Strassenbahnunfälle. Ein beladener Arbeitswagen der Firma Hermann Treptow, Buxtehuder Straße 10, bog kurz vor dem Rotortwagen 2758 der Linie 8 in die Mohlstraße ein und versuchte vor dem Bahnwagen das Gleis zu kreuzen. Der Lastwagen wurde jedoch von dem Vorderrad des Kraftwagens erfasst und umgeworfen. Der Eigentümer des Gefährtes, Hermann Treptow, wurde von dem Aufseherbod geschleudert und erlitt einen komplizierten Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung. Der Schwereverletzte wurde mittels Droschke nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft.

Ein zweiter Zusammenstoß zwischen einem Geschäftswagen und einem Strassenbahnwagen ereignete sich in der Schönhauser Allee nahe dem Schönhauser Tor. Dort versuchte ein Wagen der Firma Hermann Käbel, Pankow, Bremer Straße 58, vor dem Rotortwagen 1520 der Linie 49 E das Gleis zu kreuzen und wurde angefahren. Der Aufseher Karl Anders stürzte dabei zur Erde und erlitt einen Bruch des Rosenbeins und eine Verstauchung des linken Armes. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation und von dort nach seiner Wohnung übergeführt.

Zu einer Karambolge zwischen einer Autodroschke und einem Strassenbahnwagen kam es gestern nachmittags an der Ecke der Charlotten- und Kronenstraße. Als die Autodroschke 9630 die Strassenbahnlinien kreuzte, wurde sie von dem Rotortwagen 1208 der Linie 53 angefahren. Der Insasse des Autos, der Kaufmann Max Reier, Wielandstraße 40 toombacht, erlitt Schnittwunden im Gesicht und begab sich nach der Unfallstation in der Kronenstraße und von dort nach seiner Wohnung.

Ein schweres Stillsitzungsverbrechen ist gestern am Wedding verübt worden. Der zwölf Jahre alte Schulfreund Bruno K. aus der Wiesenstraße wurde von dem Händler Max Stieger nach seiner Wohnung verschleppt. Dort verging sich St. in bestialischer Weise an dem wehrlosen Kinde. Der Knabe mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden. Stieger wurde verhaftet.

Schüsse auf einen Stadtbahnwagen. Auf dem Bahnhof Zentralbahnhof zeigte vorgestern abend die im Gesicht stark blutende

28 Jahre alte Näherin Witwe Henriette Ogrzalla aus der Volziger Straße dem dort diensthabenden Weichensteller an, daß von der Eldenaer Brücke aus von einer unbekanntem Person in die Fenster des durchfahrenden Stadtbahnzuges, in dem sie gesessen habe, geschossen worden sei. Während sich die Frau in Begleitung ihrer Schwester zu einem Arzte begab, der ihr eine durch den Schuß erlittene Fleischwunde am rechten Auge verband, suchten Beamte die Strecke und die Brücke ab, ohne aber eine verdächtige Person zu finden.

Auf einer Bootsfahrt ertrunken ist vorgestern ein unbekanntes etwa 30 Jahre alter Mann. Er hatte sich bei einem Friedrichshagen Bootverleiher ein Fahrzeug gemietet und war auf den Rudergeselle hinausgefahren. Anscheinend war der Mann des Ruderns unkundig, denn beim Passieren eines Personendampfers steuerte er das Boot direkt längs in die Wellen, die der Dampfer hinterließ. Das Boot wurde nun derartig hin und her geschleudert, daß es zum Kentern kam und der Insasse in die Fluten stürzte. Obwohl Hilfe bald zur Stelle war, konnte der Ruderer doch nicht mehr gerettet werden. Auch die Leiche des Ertrunkenen vermochte man nicht zu bergen.

Neue Hüte für Omnibuskäufer werden jetzt eingeführt und probeweise z. B. auf Linie 13 bereits getragen. Sie sind etwas höher als die alten, haben aber eine bedeutend schmalere Krempe und gleichen den modernen Hüten, wie sie von Herren getragen werden. Anstatt des breiten Lederbandes umschließt den Hutkopf eine breite silberne Krefse. Auch die Schaffner werden eine neue Kleidung erhalten, die einige Schaffner bereits angelegt haben. Sie besteht in einer Zoppe mit einer Reihe Knöpfen und einem Strehmügelgekrage.

Die Verzweilungstat einer jugendlichen Lebensmüde tief vorgestern am Tempelhofer Ufer Aufsehen herbeiz. In der Nähe der Wödenbrücke stürzte sich ein unbekanntes etwa 23jähriges Mädchen über das Geländer in den Landwehrkanal hinab. Obwohl man sofort Versuche unternahm, die Lebensmüde zu retten, erkrank die Unbekannte. Ihre Leiche konnte nicht geborgen werden.

In erschöpftem Zustand wurde am Montag früh 4 Uhr in Badmännslust ein alter Genosse des 6. Wahlkreises von einem Chauffeur aufgefunden. Bei demselben machten sich in letzter Zeit Spuren geistiger Ummachung bemerkbar. Am Sonntag verließ er vormittags seine Wohnung in der Greifelder Straße; hierauf ist er in den Laubentkolonien bei der Charlottenburger Gasanstalt und nachmittags in Charlottenburg, Kollndorffstraße, gewesen. Auf dem Heimwege hat sich der Herr verirrt, bis er hilflos aufgefunden und nach seiner Wohnung gebracht wurde. Während seiner Abwesenheit ist dem Umherirrenden sein neuer schwarzer steifer Hut, ein Siegelring mit rotem Stein und eine silberne Remoniströhre abhanden gekommen. Wo er Hut und Ring gelassen hat, ist ihm unbekannt, die Uhr will der Herr für ein Glas Bier in Pfand gegeben haben. Letztere trug auf dem inneren Deckel die Inschrift: Philipp Hübnerrmund Stötterich-Leipzig. Personen, die über den Verbleib der Gegenstände Auskunft geben können, werden gebeten, dies bei Fr. Albrecht, Alt-Moabit 70, zu melden.

Auf der Treptow-Sternwarte findet am Sonntag, den 28. August, nachmittags 5 Uhr, ein Vortrag von Herrn Direktor Dr. Krakenhold über: „Die Wohnbarkeit der Welten“ statt. Abends 7 Uhr lautet das Thema: „Unsere Erde als Planet“. Montag, abends 9 Uhr, steht das Thema: „Sonnens- und Mondfinsternisse“ auf dem Programm. Die Vorträge werden gemeinverständlich gehalten und mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Sonne und abends der Saturn gezeigt. Außerdem stehen den Besuchern zur Beobachtung beliebiger Himmelsobjekte kleinere Fernrohre zur freien Benutzung.

Feuerwehrbericht. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die das Auslösen der Feuerwehr nach der Kurfürststraße 146 veranlaßte. Der Löter ist unerkannt entkommen. Wegen Kurzschluß in der elektrischen Leitung, hervorgerufen durch Abnehmen des Schalters, erfolgte ein Alarm nach der Straße Alt-Moabit 89. Ferner hatte die Feuerwehr in der Müllerstraße 133, Rantaustraße 45, Hauptstraße 42, Wagnersstraße 11, Jordenstraße 35 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Die Wählerlisten zu den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen liegen nur noch bis zum 30. August aus und zwar am morgigen letzten Sonntag, vormittags von 8-10 Uhr, für den Nordbezirk (2. Abteilung) und die Wahlbezirke 1-6 (3. Abteilung) in der Turnhalle Wefersstraße 12/13; für den Ostbezirk (2. Abteilung) und die Wahlbezirke 7-12 (3. Abteilung) in der Turnhalle am Herdbergplatz; für den Südbezirk (2. Abteilung) und die Wahlbezirke 13-18 (3. Abteilung) in der Turnhalle Emser Straße 133/137; für den Westbezirk (2. Abteilung) und die Wahlbezirke 19-24 (3. Abteilung) in der Turnhalle Weisstraße 19/20.

Jeder Wähler Rixdorfs muß Protest einlegen gegen die Aufstellung der Liste.

Einstellung des städtischen Omnibusbetriebes nach Treptow. Infolge der am 25. d. M. in Kraft getretenen Sperrung der Widenbruch-, Garzer- und Eisenstraße sowie der Widenbruchbrücke ist der Betrieb der städtischen Omnibuslinie Rathaus-Treptow eingestellt worden, da mit dem Einbau der Gleise für die Strassenbahnverbindung nach Treptow und mit den erforderlichen Pflasterarbeiten sofort begonnen werden soll.

Wilmersdorf. Diphtherieerkrankungen in der I. Gemeindefschule. In der Mädchenabteilung der I. Wilmersdorfer Gemeindefschule an der Ecke der Brandenburgischen und Gieselerstraße sind gestern 17 Kinder, die zumeist die Klasse Vm besuchen, nicht zum Unterricht erschienen, weil sie an Diphtherie erkrankt sind. Nachdem dem Magistrat hierdurch Anzeige erstattet worden, wurden der Schularzt und der Kreisarzt telephonisch beauftragt, die einzelnen Fälle sofort zu untersuchen. Die Feststellungen ergaben, daß sämtliche Erkrankungen nur leichter Natur sind, so daß kein Grund zur Beunruhigung vorliegt. Gleichwohl wurde sofort vom Magistrat die Desinfizierung der Klassenzimmer und von der Polizei die Desinfektion auch der Wohnungen der Kinder veranlaßt. Eins der erkrankten Kinder soll gestern bereits gestorben sein.

Schöneberg. In der letzten Sitzung der hiesigen Gewerkschaftskommission stellt zunächst Stadtverordneter Genosse D 51 ein Referat über „Die Rotenwäldchen der politischen Agitation auf den Werkstätten“. Dem Vortrag folgte eine Diskussion, in der sich alle Redner dahin aussprachen, daß noch viel für die Aufklärung und Organisation getan werden müsse. Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, sich jetzt schon mit den Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse zu beschäftigen. Weiter wurden die Delegierten ersucht, für den Beitritt zu dem Verein Jugendheim sowie für die Veranstaltungen des Jugendausschusses zu agitieren. Die Vertreter der Gastwirtschaften und der Bierfahrer forderten auf, ihre Kollegen bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach der Zugehörigkeit zur Organisation zu fragen.

Marlendorf.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am Freitag früh gegen 1/7 Uhr von Arbeitern am Rande der Lichtenrader Chaussee in der Nähe der Haltestelle der Straßenbahnlinie 78 in einem Paket aufgefunden. Der Körper des kleinen Wesens war noch nicht ganz erkalte, woraus zu schließen ist, daß die Aussetzung der Leiche erst unmittelbar vor deren Auffindung erfolgt ist. Die Leiche wies keinerlei Merkmale auf, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen, doch konnte die eigentliche Todesursache noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, weshalb die polizeiliche Beschlagnahme angeordnet wurde.

Ober-Schöneweide.

Großes Volksfest der organisierten Arbeiterschaft. Am Sonntag, den 28. August, findet in Moerens Blumengarten das alljährlich wiederkehrende beliebte Volksfest statt. Es sind diesmal, angeleitet durch die Erfolge der früheren Jahre, weder Räder noch Stufen gekostet worden. Auf dem gegenüber liegenden Spreuerfeld wird ein Riesenseuerwerk abgebrannt, auf dem Vergnügungsplatz konzertiert eine Scharmellekappe; Riesenfeuerwerk, Schießhalle, Katakombenmuseum und vieles andere sorgen für Belustigung.

Im großen Konzertgarten wirken außer der großen Kapelle Besang, Turnverein und eine Sängergesellschaft mit. An dem Festzug, welcher um 2 Uhr vor: Marktplatz (Ehjenstraße) ausgeht, nehmen die Radfahrer des Gaus teil.

Moerens Blumengarten ist Station der Sternegesellschaft, der Untergrundbahn und dem Bahnhof Karlohorst, Sadowa oder Johannis- hof bequem zu erreichen.

Voghen - Rummelsburg.

In einem Anfall von Geistesgestörtheit versuchte sich vorgestern in später Abendstunde die 30 Jahre alte Kaufmannsrau Cohn aus der Böhmerstraße 4 das Leben zu nehmen. Die Frau sprang vom Café Bellevue, Joh. G. Tempel, aus in den Rummelsburger See. Zufällig begab sich der Kellner noch einmal an das Wasser, hier gewahrte er zu seinem Entsetzen die mit den Wellen Ringende. Nach vielen Verhörungen gelang es ihm, die Frau dem nahen Element zu entreißen, sie wurde sofort dem Rummelsburger Krankenhaus angeführt.

Röpenitz.

In bejammerndem Zustande wurde vorgestern in der Schloßstraße ein taubstummer Knabe aufgefunden. Ein patrouillierender Polizeibeamter, dem das Kind aufgefallen war, brachte es nach dem Revier. Bei einer näheren Untersuchung stellte es sich heraus, daß der Körper des etwa achtjährigen Knaben über und über mit blutunterlaufenen Strichen, Beulen und roten sowie blauen Flecken besetzt war. Auch fürsichtige Wunden wurden auf dem Rücken des Kindes entdeckt. Ein hinzugezogener Arzt stellte fest, daß die Spuren von unglaublich rohen Mißhandlungen herrühren. Wahrscheinlich ist der Knabe, war den unmenschlichen Mißhandlungen aus dem Wege zu gehen, aus dem elterlichen Hause entflohen. Da der bedauernswerte Junge taubstumm ist, war es bisher nicht möglich, über seine Personlichkeiten etwas zu ermitteln. Es wird angenommen, daß die Eltern in Berlin wohnen und daß das mißhandelte Kind in seiner Angst bis nach Röpenitz gelaufen ist.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde für den sein Amt als Schwesmann niederlegenden Zigarrenfabrikanten Fritz Wächter sein Stellvertreter Schlossermeister Karl Binge gewählt. Für das Ritzdorf bewilligte die Gemeindevertretung 100 M., dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, das Kinderfest vor den Ferien stattfinden zu lassen und die 100 M. im Etat aufzunehmen. Sodann wurde eine Erbschaft der verstorbenen Frau Landinspektors Steinbart an das Penitentiariat in Höhe von 15 000 M., wovon 10 000 M. erst nach dem Tode der jetzigen Erbin ohne Zinsen zahlbar sind, einstimmig angenommen. Hierauf geheime Sitzung.

Senzig. (Kreis Teltow.)

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschloß einstimmig, den ersten Vorsitzenden Frau Böttcher wegen unehrerlicher Handlung aus dem Wahlverein auszuschließen.

Weißensee.

In einer öffentlichen gut besuchten Versammlung im Saale der Enders-Druckerei referierte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld über „Die Bedeutung der Jugendbewegung für die Arbeiterbewegung“. Der Redner legte in eingehender Weise dar, inwiefern die Arbeiterbewegung das größte Interesse an der Jugendbewegung habe. Die Versammlungsteilnehmer, unter denen sich sehr viele Jugendliche und Frauen befanden, lauschten mit regem Interesse den trefflichen Ausführungen, welche mehrmals zu Heiterkeitsausbrüchen führten, wenn der Redner auf Fälle zu sprechen kam, in denen die Polizei, wie in Köpenitz, Adlershof usw., besonders „schneidig“ gegen jugendliche Auswüchse vorgegangen war. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Nach einer feierlichen Ansprache des Versammlungsleiters, Genossen Schlemminger, welcher darauf hinwies, daß es Pflicht der Eltern sowie auch aller Erwachsenen sei, für die Aufklärung der arbeitenden Jugend Sorge zu tragen, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Auf dem jüdischen Kirchhofe, Lotzinger Straße, durchschritt sich gestern Abend ein junger Kaufmann namens Wolf, wohnhaft Charlottenburg, Walzstraße, am Grabe seiner Großmutter mit einem Kastermesser beide Pulsadern. Nachdem ein in der Königsdorfer wohnhafter Arzt einen Notverband angelegt hatte, wurde der Lebensmüde in bedenklichem Zustande nach dem hiesigen Krankenhaus geschafft.

Oranienburg.

In der Wahlvereinsversammlung am Mittwoch erstattete zunächst Genosse Otto Paris den Bericht der Bezirksleitung vom 1. Halbjahr 1910. Alsdann berichtete der jetzige Bezirksleiter Emil Schumann über den Verlauf der Kreisgeneralversammlung sowie von der Versammlung Groß-Berlin. Unter Parteianglegenheiten wurde ein Antrag des Genossen E. Schumann „Bahl eines ständigen Schiedsgerichts“ einstimmig angenommen. Gewählt hierfür wurden die fünf Genossen Paris, Wilde, Köhler, Müller und Paak. Der Besuch ließ, wenn man bedenkt, daß von 132 Mitgliedern nur 47 anwesend waren, sehr zu wünschen übrig. Mögen doch die Genossen für den Versammlungsbuch lebhafter unter einander agitieren.

Spandau.

Vor einiger Zeit petitionierten Bewohner der Wilhelmstadt beim Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung um die Einrichtung eines Wochenmarktes, wie solcher schon seit Jahren in der Altstadt und in der Neustadt an 2 Wochentagen abgehalten wird. Die Petition hatte aber keinen Erfolg, denn beide städtischen Körperschaften lehnten ab. Man wolle die einheimischen Geschäftsleute nicht schädigen, so führte man aus. Die Bewohner der Wilhelmstadt haben sich nun auf andere Weise zu helfen gewußt. Von privater Seite war von dem Unterpächter des Pferdemarktes ein Teil des Geländes gepachtet und hier wurde nun ein Privatwochenmarkt abgehalten. Die städtischen Körperschaften wollen aber durchaus ihrem ablehnenden Beschluß Geltung verschaffen. Ihnen scheint wenig an dem Bedürfnis, das sich für einen Wochenmarkt in der Wilhelmstadt zeigt, gelegen zu sein. Es wurde zunächst versucht, aus sanitäts- und sicherheitspolizeilichen Gründen gegen den Privatmarkt vorzugehen. Aber eine Prüfung ergab, daß auf diese Weise nicht beigekommen war. Jetzt hat der Magistrat nun den Pächter des Pferdemarktes, die Unionsbrauerei, auf seinen Vertrag verwiesen, nach welchem auf diesem Platz nur Pferdemarkte abgehalten werden dürfen. Nunmehr geht die Unionsbrauerei gegen ihren Unterpächter vor, um diesen zu veranlassen, daß er die fernere Abhaltung der Wochenmärkte nicht mehr gestattet. Wenn es dem Magistrat nun wirklich

gelingt, auf diese Weise den Privatwochenmarkt zu verhindern, so wird dieser doch nicht eingehen, denn der Veranstalter dieses Marktes beabsichtigt, dann einen anderen Platz zu pachten, wo der Magistrat nichts zu sagen hat, und er wird zweifellos darin von den Bewohnern der Wilhelmstadt kräftig unterstützt werden. Wenn ein Wochenmarkt sich als ein Bedürfnis, als eine Forderung der Einwohner herausstellt, dann sollte man einem solchen Bedürfnis nicht in so feindseliger und lächerlicher Weise entgegenstellen.

Nowawes.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich nochmals mit der Höherlegung des Eisenbahnkörpers. Die technischen Vorarbeiten scheinen nunmehr beendet zu sein, so daß in naher Zeit mit den Erdarbeiten begonnen werden dürfte. Um eine frühere Ausergütigkeit gegen die Anwohner der Kaiser-Wilhelm-Straße und der Bismarckstraße, die seinerzeit durch die Schließung des Bahnüberganges schwer geschädigt wurden, wieder gut zu machen, beantragte der Gemeindevertreter Quappe, im Zuge der Kaiser-Wilhelm-Straße nach der Bismarckstraße einen Fußgänger-tunnel auf Kosten der Gemeinde mit ausführen zu lassen. Nach kurzer Debatte wurde Kommissionsberatung beschlossen. Ein Antrag, den nördlich der Eisenbahn gelegenen Teil der Bergstraße zu verlegen, um eine gerade Straßenführung zu ermöglichen, wurde nach einer vorgenommenen gemeinsamen Ortsbesichtigung abgelehnt, da die Nachteile für einen großen Teil der westlich wohnenden Anwohner doch größer sind, als die durch die Verlegung der Straße entfallenden Vorteile. Ferner wurde beschlossen, den südlich der Eisenbahn gelegenen Teil der Bergstraße sowie den angehobten Teil der Kaiser-Wilhelm-Straße anlässlich der Eisenbahnhöherlegung wieder auf das frühere Niveau zu verlegen. Ein Antrag der vereinigten Vereine, das auf dem Friedrichsriedplatz von ihnen errichtete Kriegerdenkmal von der Gemeinde zu übernehmen und damit bei patriotischen Gelegenheiten auch für die Aus schmückung desselben zu sorgen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Zum Schluß wurde der Abschluß eines Vertrages mit der Landesdirektion zwecks Verlegung der Grobberensstraße durch eine Entwässerungsleitung genehmigt.

Potsdam.

Organisationsverbot durch den Magistrat. Anfang dieses Jahres war den Potsdamer Feuerwehrmännern bis auf 3 bis 4 Mann gekündigt worden, weil sie dem Verband der Berufsfeuerwehrmänner angehörten. Der Oberbürgermeister hatte damals eine Anproben gehalten und betont, daß es eines Potsdamer Feuerwehrmannes unwürdig sei, einem Verbandsangehörigen, da sie sich als Leibwache Sr. Maj. des Kaisers zu betrachten hätten. Die Feuerwehrmänner fielen leider um und kehrten dem Verbandsverbande den Rücken. Damit der Magistrat nun aber nicht wieder in die Verlegenheit kommt, den Feuerwehrmännern wegen Verbandsangehörigkeit kündigen zu müssen, hat er dieser Tage in den Anträgen, der von jedem unterschrieben werden muß, einen Passus eingeschoben, nach welchem es jedem Feuerwehrmann streng verboten ist, ohne besondere Genehmigung des Magistrats irgend einem Feuerwehr- oder Straßenreinigungsverbande beizutreten. Dieses Gebot des Magistrats bedeutet einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Man hat dadurch die Feuerwehrmänner als unter die Gefährdungsordnung gehörig gekennzeichnet. Es wäre wirklich in Potsdam die höchste Zeit, daß einmal ein sozialdemokratischer Stadtverordneter ins Rathaus käme. Bei der Beratung des Etats über das Feuerlöschwesen hatte man geglaubt, daß irgend ein freisinnig sein wollender Stadtverordneter das Gebot des Magistrats gegen die Feuerwehrmänner, welches, wie die hiesige liberale Zeitung seinerzeit feststellte, unter der Bürgerschaft Staub aufgewirbelt habe, zur Sprache bringen würde. Doch alle waren still und selbst Herr Rechtsanwält Kennes, der liberale Kandidat für den Reichstag, fand keine Worte. Jedenfalls hatte für ihn die deutsche Sprache nicht die Worte aufzuweisen, mit denen man ein solches Vorgehen entsprechend kennzeichnet.

Soldaten als Gartenarbeiter wurden vom 5. bis 13. August bei dem Gärtnereibesitzer Hering in Bornstedt beschäftigt, trotzdem es hier genügend Arbeitskräfte gibt. Es handelt sich um zwei Soldaten des Lehr-Infanterie-Bataillons, welche zu Forstarbeiten nach Wildpark bei dem Förster Huttanus kommandiert worden waren und von diesem erst 14 Tage lang zu seinem Schwiegervater, dem Gastwirt Werlin in Bornim und dann zu dem Gärtner Hering entsandt wurden. Bei dem letzteren erhielten sie einen Tagelohn von 2 M. Während ihre Beschäftigung bei Werlin im Infrantenzieren und Gärten bestand, mußten sie bei Hering Rosenstöcke verschneiden. In der Gemeindevertreterversammlung in Bornim brachte unser Gemeindevertreter die Sache zur Sprache, doch er hatte wenig Glück. Man gab zu, daß dies geschehen sei, doch könne man niemand verdenken, wenn er billige Arbeitskräfte erhalten kann. Wir bemerkten, daß auch Gastwirt Werlin Gemeindevertreter ist und als solcher die erste Geige mitspielt. Wir können kaum annehmen, daß die Vorgesetzten der beiden Soldaten Kenntnis davon hatten, daß diese an Privatpersonen zur Arbeitsleistung abgegeben wurden. Es wäre Pflicht der Militärbehörde, diesen Fall zu untersuchen und dafür zu sorgen, daß Wiederholungen unterbleiben.

Jugendveranstaltungen.

Rixdorf. Ein Gartenfest der arbeitenden Jugend veranstaltet am Sonntag, den 28. August, der Jugend-Ausschuß der Arbeiterklasse Rixdorf in dem bedeutend vergrößerten und renovierten Sommer-Etablissement von F. L. Schlegelstraße 48/49. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges; Gartenkonzert, Festrede, Turnspiele und theatralische Aufführungen fallen daselbst aus. Während der Pausen wird im Saale ein Langdrängen Abwechslung bringen. Der Jugend-Ausschuß ladet zu dem Feste neben der Jugend auch die Eltern und Anverwandten sowie alle Freunde der Jugendbewegung ein. Die Eintrittskarten sind bereits zur Ausgabe gelangt und zum Preise von 20 Pf. im Festsaal, in der Parteipublikation, Redarstr. 2, bei Hulsenbed (Hoppel'sche), Hermannstr. 49, Birtel, Zigarrengeschäft, Ideal-Passage 6, Kramm (Ideal-Kalmo), Reichsstr. 8, Dehling, Zigarrengeschäft, Kaiser-Friedrich-Straße 171/172, zu haben. Für Jugendliche (unter 18 Jahren) erfolgt die Ausgabe von Billetts a 10 Pf. ausschließlich im Jugendheim, Ideal-Passage 2, abends von 7 bis 9 1/2 Uhr.

Freie Jugendorganisation Schöneberg. Heute abend 8 Uhr findet bei Laube, Sedanstraße 71, eine Versammlung statt. Die Jugendlichen Schönebergs sind hierzu eingeladen.

Welschenie. Am Sonntag, den 28. August, veranstaltet die hiesige freie Jugendorganisation einen Unterhaltungsabend im „Palast“, Ledderstraße 122. Das Programm wird aus Rezitationen und Gesangsbeiträgen ersten und zweiten Inhalts bestehen. Wir bitten die erwachsenen Arbeiterklasse, sich zahlreich einzufinden, besonders aber ihre erwachsenen Söhne und Töchter mitzubringen.

Tempelhof-Marlendorf. Morgen Sonntag veranstaltet der Jugend-Ausschuß eine Partie nach Erlner-Fangschloße-Alt-Duchhorst. Treffpunkt morgens 7 Uhr am Ringbahnhof Tempelhof.

Aus der Frauenbewegung.

Wilhelm II. gegen die Frauenbewegung. Die sensationelle Kaiserrede, deren vollständigen Wortlaut unsere Genossinnen im Leitartikel finden, enthält einen für sie ganz besonders interessanten Passus. Mit Bezug auf die Königin Luise sagte Wilhelm II.: Und was sollen unsere Frauen von der Königin lernen? Sie sollen lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiet der Vermählungs- und Vereindenen liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleich tun können, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie. Wenn alle deutschen Frauen sich die Königin Luise zum Muster nehmen wollten, dann dürften doch wohl die meisten Ehemänner Einpruch erheben. Dieser „Engel in Menschengestalt“, wie Wilhelm II. die verstorbene Königin nannte, war

ein recht teures Vergnügen für das Volk. Welche Rechte die Frauen fordern, das zu bestimmen, muß Wilhelm II. den durch Brot- und Fleischwucher in ihrer und ihrer Familien Existenz bedrohten Frauen selbst überlassen. Glaubt Wilhelm II. vielleicht, die Millionen Frauen und Mädchen, die in den Fabriken oder in der Heimindustrie schuften und schanzten, nur um das nackte Leben zu fristen, bezichtigen freiwillig auf die Stille des Hauses? In den wertvollen Frauen kann der Ratshlag Wilhelms II. leicht bittere Empfindungen erregen, denn sie können ihn nicht befolgen, treibt sie doch die bittere Not aus dem Hause. Bittere Not macht für Millionen Menschen in der Hausindustrie das Heim zur Hölle! Die Frauen, die durch Lebensmittelwucher und Steuerleistungen um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden, lassen sich nicht vorschreiben, wann und wie oft sie in Versammlungen gehen, um gegen die herrschende Mißwirtschaft der Junker, Heiligen und Scharfmacher zu protestieren. Nun erst recht werden sie jede Gelegenheit benutzen, um zu zeigen, daß sie die Ratshlage Wilhelms II. ganz entschieden ablehnen.

Frauen, Genossinnen, gebt die einzig treffende Antwort auf die Rede, indem ihr ohne Ausnahme in den für Dienstag anberaumten Versammlungen erscheint. Heraus aus dem Hause und hinein in die Organisationen der Sozialdemokratie!

Fleischsteuerung und die Frauen.

Die Tüchtigkeit der Hausfrauen wird augenblicklich auf eine besonders harte Probe gestellt. Überall im Lande schier unerschwingliche Fleischpreise! Schlächtererinnungen beschäftigen sich fast nur noch mit der Frage der Preiserhöhung. Um 20 Pf. pro Pfund und mehr sind die Preise in kurzer Zeit gestiegen.

Das sind böse Tatsachen! Besonders für die Hausfrauen, die gezwungen sind, mit einem geringen Wirtschaftselde den Unterhalt einer Familie zu bestreiten. Diese gequälten Menschenkinder werden nun noch öfter gezwungen sein, den Küchensettel, der in der Regel ohnehin nichts Entbehrliches enthält, eingehend zu revidieren, an den Fleischportionen Kürzungen vorzunehmen. Das ist jedoch leichter gesagt als ausgeführt. Arbeiterfamilien, die sich eine wirklich ausreichende Nahrung leisten konnten, gab es längst schon nur noch wenige. Wo eine zahlreiche Familie vorbanden ist, da geschieht die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Mannes nicht selten auf Kosten der unzulänglichen Ernährung von Frau und Kindern. Wasse, abgemagerte Männer, hohlwangige Frauen und Kinder legen Zeugnis ab von dem grenzenlosen Elend großer Proletariatschichten. Obwohl vielfach Frauen und Kinder mit in das Joch der Erwerbsarbeit gespannt werden, leiden die Familienangehörigen an Unterernährung. Die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch Wucherzölle und Steuern — Reichsfinanzreform — hat in letzter Zeit viele Wirtschaftlerinnen zur Verzweiflung gebracht. Dabei ist manche ehrsame Hausfrau, die bis dahin nicht weit über die Grenzpfähle ihres Kochtopfes hinausgeschaut, etwas weitsichtiger geworden. Anfangs waren es Schlächter, Wäcker und Kaufleute, die den ganzen Grimm einer gequälten Hausfrau zu lösen belamen. Heute gibt es wohl schon eine Menge Hausfrauen, die eines anderen belehrt worden sind, die nun die wirklichen Ursachen der enormen Teuerung erkennen, die nun wissen, daß die agrarische Joll- und Grenzsteuerspolitik die Ursache des Volkseleudes ist. Die „notleidenden“ Agrarier sind es, die kein Erbarmen kennen, die sich nicht scheuen, auf der Jagd nach Liebesgaben über Halbverhungerte und Leichen zu schreiten.

Die Hausfrauen, die nach dem wohlmeinenden Räte aller deutschen Philister zwar nicht ihren Kochtopf, wohl aber die Politik aus dem Auge gelassen haben, müssen nun mit Schrecken erkennen, wie die Politik ihnen die Hauswirtschaft verteuert. Der politischen Trägheit breiter Volksmassen, vor allem der Frauen, verdanken wir es, daß immer noch eine winzige Schar von Menschen die große Masse des Volkes beherrscht und schamlos ausbeutet. Die deutsche Arbeiterfrau muß nun vor allem gewillt sein, das Joch der Ausbeuter abzuschütteln. Daher darf auch keine Frau, keine Mutter verabsäumen, in einer der am nächsten Dienstag stattfindenden

Gratekversammlungen gegen den Fleischwucher zu erscheinen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Britz-Buckow. Morgen, Sonntag früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus Handzettelverbreitung. Montag abend 1/2 9 Uhr, Frauenversammlung bei N. Wenisch, Rudower, Ede Gannemannstraße. Vortrag des Genossen Wilh. Sonntag über: „Die Ziele der modernen Frauenbewegung.“

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. August, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 16/17; Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzfurter Straße 6; Vortrag von Herrn Prof. Dr. H. Schütz: „Schönweiden.“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Briefkasten der Expedition.

H. G. D. Die Anzeige kostet bei einmaliger Aufnahme 4,50 M., inkl. Lagergeld für Offerten. Preisermäßigung erst bei dreimaliger Aufnahme.

Witterungsbericht vom 26. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 6 u. 9 u.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 6 u. 9 u.
Swinemünde	764 B		1	Nebel	15	Saparanda	766 SB		6	halbbd	11
Quedlinburg	763 SED		2	bedekt	13	Wiesbaden	770 SB		1	mollig	9
Berlin	764 D		1	bedekt	13	Stettin	758 SW		5	mollig	13
Frankfurt	763 ED		2	heiter	14	Breslau	749 SO		2	Regen	14
Königsberg	764 ED		2	halbbd.	15	Paris	758 S		2	bedekt	17
Wien	765 B		1	mollig	17						

Wetterprognose für Sonnabend, den 27. August 1910. Gleicht heiter, zunächst noch vorwiegend trocken, nachmittags etwas wärmer, schwache südliche Winde. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25. 8. om	am 26. 8. om	Wasserstand	am 25. 8. om	am 26. 8. om
Wemel, Iltis	—	—	Saale, Gschöll	100	+2
Regel, Ansbach	109	+20	Havel, Spandau	78	+3
Beigels, Itern	142	-10	Havel, Rathenow	68	+1
Oder, Rathen	185	-31	Spree, Eberswalde	114	0
• Krossen	118	-6	• Beetzow	102	+4
• Frankfurt	140	-2	• Wetzlar	58	-1
• Rastatt	-14	-2	• Rindem	16	+4
• Rastatt, Rastatt	-19	0	• Rhein, Rastatt	514	-12
• Rastatt, Rastatt	-22	+4	• Rastatt	318	+4
• Rastatt, Rastatt	-33	+5	• Rastatt	316	+5
• Rastatt, Rastatt	-153	+5	• Rastatt, Rastatt	90	-5
• Rastatt, Rastatt	93	+1	• Rastatt, Rastatt	154	+7
• Rastatt, Rastatt	92	-5	• Rastatt, Rastatt	—	—